VOLKSAUFSTAND –
Erinnerungsorte und Biografien

INHALTSVERZEICHNIS

Impressum 2

Vorwort 3

17. Juni 1953 – Von Stefan Wolle 4

Erinnerungsorte und Biografien 18

Auswahlbibliografie 114

Geografisches Register 117

Abkürzungsverzeichnis 118

Herausgegeben von Anna Kaminsky im Auftrag der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Kronenstraße 5 | 10117 Berlin
Tel.: 030 31 98 95 0 | Fax: 030 31 98 95 21 0
E-Mail: buero@bundesstiftung-aufarbeitung.de
Homepage: www.bundesstiftung-aufarbeitung.de

Konzeption: Dr. Anna Kaminsky
Bearbeitung: Lena Ens
Gestaltung: ultramarinrot – büro für kommunikationsdesign
Titelmotiv: © Bundesstiftung Aufarbeitung, Eastblockworld, EBW_PH_1212153
Redaktionsschluss: 30. Mai 2023

VORWORT

Etwa eine Million Menschen protestierten in den Tagen um den 17. Juni 1953 in der gesamten DDR gegen die schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen. Ihre Forderungen gingen jedoch weit über soziale Fragen hinaus: Aus einem Streik, der sich gegen die willkürliche Erhöhung der Arbeitsnormen richtete, wurde über Nacht eine machtvolle Demonstration gegen die kommunistische Herrschaft in der DDR. Der Volksaufstand in der DDR war kaum vier Jahre nach Gründung der DDR 1949 die erste große nationale Erhebung gegen ein kommunistisches Regime nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Aufstand wurde schließlich durch sowjetische Panzer mit Waffengewalt niedergeschlagen. Bekannt sind die Namen von 55 Todesopfern im Zusammenhang mit den Ereignissen des 17. Juni. Nach dem Aufstand wurden etwa 15.000 Menschen verhaftet und teilweise zu langen Haftstrafen verurteilt. Zwei Todesurteile wurden von DDR-Gerichten gegen Aufständische verhängt. Sowjetische Militärtribunale verurteilten weitere fünf Personen und richteten diese standrechtlich hin.

Die offizielle Erklärung der SED-Führung, die sich während des Aufstands in das Hauptquartier der sowjetischen Besatzungsmacht geflüchtet hatte, lautete, es sei gar kein „Arbeiteraufstand" gewesen, sondern bei den Protesten habe es sich um einen von Saboteuren und Provokateuren aus dem Westen organisierten und gesteuerten faschistischen Putsch gehandelt. Während der Aufstand in der DDR zum Tabu-Thema wurde, wurde er insbesondere im westlichen Ausland zum Symbol für den Mut der Menschen und ihren Widerstand gegen die kommunistische Herrschaft. Aber auch in der DDR blieben die Juni-Ereignisse für die kommunistische Führung eine beständige Mahnung und Warnung: Als sich im Herbst 1989 immer mehr Menschen offen gegen die SED-Diktatur wandten, fragte der Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, seine Untergebenen, ob jetzt wieder ein 17. Juni drohe.

Während es in der DDR keine öffentliche Erinnerung an den Aufstand gab, wurden in der Bundesrepublik und in West-Berlin alsbald die ersten Mahnmale und Denkmäler zur Erinnerung an den Aufstand und seine Opfer errichtet. Bereits fünf Tage nach dem Aufstand wurde am 22. Juni 1953 auf Beschluss des Berliner Senats der Straßenzug durch den Großen Tiergarten und das Gelände der Technischen Universität bis zum Ernst-Reuter-Platz (ehemalige Berliner Straße) in „Straße des 17. Juni" umbenannt. Kaum zwei Wochen nach dem Aufstand, am 03. Juli 1953, wurde der 17. Juni zum nationalen Gedenktag erklärt.

Auf dem Gebiet der ehemaligen DDR konnten erst nach 1990 an den historischen Orten des Aufstands Denkmäler und Erinnerungszeichen entstehen. Die verdrängte und verbotene Erinnerung an den Aufstand musste zudem von den jahrzehntelang durch die SED-Propaganda verbreiteten Lügen befreit werden. Auch die Erinnerung an die mutigen Männer und Frauen, die damals ihren Protest auf die Straßen und Plätze getragen hatten, konnte erst nach dem Ende der kommunistischen Herrschaft gepflegt werden. So sind mittlerweile etliche der entstandenen Denkmale jenen Personen gewidmet, die sich am 17. Juni an den Protesten beteiligten und getötet oder zu langen Haftstrafen verurteilt wurden.

Mit der vorliegenden Publikation gibt die Bundesstiftung eine Übersicht über Erinnerungsorte, die in ganz Deutschland an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 erinnern. Gleichzeitig möchten wir an die zahlreichen Menschen erinnern, die sich mutig für demokratische Rechte und Freiheiten einsetzten und oftmals einen sehr hohen Preis bezahlten.

Die redaktionelle und organisatorische Betreuung der vorliegenden Publikation sowie die Zusammenstellung der Erinnerungsorte wurde maßgeblich von Lena Ens übernommen, der an dieser Stelle herausragend gedankt werden soll.

Anna Kaminsky

Dr. Anna Kaminsky
Direktorin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

17. JUNI 1953

VON STEFAN WOLLE

Demonstranten mit schwarz-rot-goldenen Fahnen durchschreiten vom sowjetischen Sektor kommend das Brandenburger Tor. Die Staatsflagge ist 1953 in Ost und West noch identisch. © Foto: 70 Jahre DDR-Volksaufstand/Bundespresseamt der Bundesregierung/Perlia-Archiv/Bild Nr. 203065

Am Morgen des 17. Juni machen sich etwa 6.000 Stahlwerker aus Hennigsdorf im Norden von Berlin auf den Weg ins Zentrum von Ost-Berlin. Sie durchqueren dabei den französischen Sektor. West-Berliner Polizisten begleiten den Zug, um den Straßenverkehr zu regeln. © Foto: 70 Jahre DDR-Volksaufstand/AdsD/FES; 6/FOTB001831

Im Sommer 1989 schienen nach Jahren der Friedhofsruhe die Verhältnisse in der DDR endlich in Bewegung zu geraten. Immer mehr Menschen versuchten, über Ungarn und die Tschechoslowakei in den Westen zu gelangen und sammelten sich rund um die bundesdeutschen Botschaften in Budapest und Prag. Auch die Oppositionsgruppen traten nun stärker an die Öffentlichkeit und forderten den Dialog mit der Staatsmacht. Selbst unter den Mitgliedern der Staatspartei SED gab es Diskussionen, ob man auf den Reformkurs der sowjetischen Führung unter Michail Gorbatschow einschwenken oder an den erstarrten Verhältnissen festhalten solle.

Am 31. August rief Stasi-Chef Erich Mielke die Leiter der Bezirksverwaltungen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) zusammen. Sie versicherten, alles im Griff zu haben, berichteten aber auch über die wachsende Unzufriedenheit, Ärger über die schlechte Versorgung und den Ruf nach Reisefreiheit. Als Oberst Dieter Dangrieß die Situation im Bezirk Gera schilderte, unterbrach ihn Mielke mit der besorgten Frage: „Ist es so, dass morgen der 17. Juni ausbricht?“ „Der ist morgen nicht, der wird nicht stattfinden“, versicherte laut Protokoll der Leiter der MfS-Bezirksverwaltung und fügte hinzu, „dafür sind wir ja auch da.“

„Du verstehst den Sinn?“, schob der Minister nach und Dangrieß bejahte dies. Aber die Frage war überflüssig. Jeder der Anwesenden wusste, was Mielke meinte.

Keiner hatte jene Tage im Juni 1953 vergessen, als in den großen Betrieben die Arbeiter streikten, als hunderttausende Menschen auf die Straße gingen und in vielen Städten die Gefängnisse und Partei-Zentralen gestürmt wurden. Damals retteten sowjetische Panzer das verhasste SED-Regime, das angesichts der Volkserhebung innerhalb weniger Stunden praktisch zusammengebrochen war.

Es lohnt sich also, über den 17. Juni nachzudenken. Wie konnte es zu so einer Explosion des Unwillens kommen? Was genau ist in jenen Tagen geschehen? Welche Folgen hatte der Aufstand für das SED-System? Wie ging man in Ost und West mit den Ereignissen um und wie erinnern wir heute an sie?

Der Kalte Krieg und die DDR

Im Jahre 1952 war der kalte Krieg zur politischen Eiszeit erstarrt. In Moskau regierte der greise Diktator Josef Stalin sein geplagtes Land mit brutaler Härte, in den USA war im November 1952 der Weltkriegsgeneral und Nato-Oberbefehlshaber Dwight D. Eisenhower zum Präsidenten gewählt worden. Er hatte versprochen, den Kommunismus zurück zu drängen. „Roll-Back-Strategie“ nannte er das und es gab keinen Anlass, daran zu zweifeln, dass diese Ankündigung ernst gemeint war. Am 1. November 1952 zündeten die Amerikaner auf dem Eniwetok-Atoll in der Südsee ihre erste Wasserstoffbombe. An Zerstörungskraft überstieg diese neue Waffe die Atombomben von Hiroshima und Nagasaki um ein Vielfaches. Erstmals in der Weltgeschichte existierte die reale Gefahr der Selbstauslöschung der Menschheit.

Noch waren die beiden deutschen Staaten formal nicht Mitglied der jeweiligen Militärallianzen und noch verfügten sie über keine eigenständigen Armeen. Doch in der DDR wie in der Bundesrepublik waren die Weichen längst auf Remilitarisierung gestellt. Zur „Verteidigung des Friedens“ wurden in der DDR seit 1952 Einheiten der Kasernierten Volkspolizei (KVP) aufgestellt und die Bundesregierung unterzeichnete am 27. Mai 1952 in Paris den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG), in deren Rahmen ein deutsches Heer mit 407.000 Mann geschaffen werden sollte.

Im März 1952 offerierte die Sowjetführung den Westmächten den überraschenden Vorschlag, im Rahmen eines Friedensvertrages die Wiedervereinigung Deutschlands zu akzeptieren. Deutschland sollte neutral sein und sogar das Recht haben, eine eigene Armee aufzustellen. Die bundesdeutsche Regierung in Bonn unter Konrad Adenauer sah in dem Angebot nichts als eine Falle Stalins und wies zusammen mit den Regierungen in London, Paris und Washington das sowjetische Angebot zurück. Hätte doch ein solcher Friedensvertrag den Rückzug der USA aus Deutschland bedeutet. Damit wäre ganz Europa unter die Vorherrschaft der Sowjetunion geraten. Angesichts des Sieges der Kommunisten in China im Jahr 1949 und des nordkoreanischen Angriffs auf den Süden im Juni 1950 war ein solcher Rückzug aus Europa für die USA undenkbar.

Die politische Propaganda steigerte sich auf beiden Seiten zur Hysterie: Für die SED war die Bundesrepublik die pseudodemokratisch drapierte Fortsetzung des Nazireiches, die mit Unterstützung des Weltimperialismus den Revanchefeldzug plante. Aus der westlichen Perspektive war die Sowjetzone – wie man damals die DDR nannte – ein Teil des Reichs des Kommunismus, das auf dem Sprung war, die Welt zu erobern.

Planmäßiger Aufbau des Sozialismus

In dieser Situation versammelte sich vom 9.–12. Juli 1952 in der Ost-Berliner Werner-Seelenbinder-Halle die II. Parteikonferenz der SED. Die Delegierten waren nicht ordnungsgemäß gewählt, sondern eilig zusammengetrommelt worden. Deswegen bezeichnete sich die Funktionärsversammlung als Parteikonferenz und nicht als Parteitag. Immerhin hatte man die Zeit gefunden, den nüchternen Saal mit Blumenarrangements und Fahnenschmuck auszustatten. An der Stirnseite des ehemaligen Zentralviehhofs, der nun als Sporthalle mit einer Radrennbahn ausgestattet war, hing eine gewaltige rote Leinwand mit den bärtigen Profilen von Marx, Engels, Lenin und Stalin. Die sogenannten Klassiker des Marxismus-Leninismus waren damals allgegenwärtig. Karl Marx (1818–1883) und Friedrich Engels (1820–1895) hatten die wissenschaftliche Theorie des Sozialismus begründet. Wladimir Iljitsch Lenin (1870–1924) hatte die Idee durch die russische „Okto-

berrevolution“ im Jahr 1917 Russland in revolutionäre Gewalt verwandelt und die erste sozialistische Diktatur der Welt begründet. Unter Josef Wissarionowitsch Stalin (1879–1953) wurde die bereits unter Lenin herrschende Repression auf alle gesellschaftlichen Gruppen und Bereiche ausgeweitet und die 1922 gegründete Sowjetunion mit immer neuen Wellen des Massenterrors überzogen. Millionen Menschen fielen diesem System zum Opfer.

Das Grundsatzreferat hielt Walter Ulbricht (1893–1973), der als Generalsekretär unangefochten die Nummer eins der Parteihierarchie war. Die Delegierten ließen trotz der brütenden Hitze die zweihundert Seiten lange Rede geduldig über sich ergehen. Immerhin zogen die Parteiführer teilweise die Anzugjacken aus und legten den Schlips ab. Damit gaben sie den Delegierten ein Zeichen, es ihnen gleich zu tun.

Nach sechs Stunden steigerte sich der einschläfernde Singsang Walter Ulbrichts zu einem überraschenden dramatischen Höhepunkt. Feierlich erregt verkündete der Generalsekretär: „In Übereinstimmung mit den Vorschlägen aus der Arbeiterklasse, aus der werktätigen Bauernschaft und aus anderen Kreisen der Werktätigen hat das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei beschlossen, der zweiten Parteikonferenz vorzuschlagen, dass in der Deutschen Demokratischen Republik der Sozialismus planmäßig aufgebaut wird.“ Das Protokoll verzeichnet: „Die Delegierten und Gäste erheben sich von den Plätzen, spenden langanhaltenden Beifall und bringen Hochrufe auf das ZK der SED aus.“

Nach dem minutenlangen Jubel setzte Ulbricht seine Rede mit dem bemerkenswerten Satz fort: „Das Hauptinstrument bei der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus ist die Staatsmacht. … Es ist zu beachten, dass die Verschärfung des Klassenkampfes unvermeidlich ist und die Werktätigen den Widerstand der feindlichen Kräfte brechen müssen.“ Mit diesem Bekenntnis offenbarte der SED-Generalsekretär seine wahren Absichten. Es war eine Art Kriegserklärung an das eigene Volk.

Denn was bedeutete eigentlich die Ankündigung des „planmäßigen Aufbaus des Sozialismus, nachdem die Parteiführung schon seit Jahren stolz verkündete, unter dem Banner Stalins von Sieg zu Sieg zu schreiten? Nach der Enteignung des Großgrundbesitzes durch die Bodenreform des Jahres 1945 und der Verstaatlichung der Industrie waren nach marxistisch-leninistischer Theorie die ökonomischen Grundlagen des Sozialismus bereits geschaffen. Die Macht lag unangefochten in den Händen der Partei. Die Massenorganisationen und Blockparteien waren entmündigt und die Gewerkschaft zum „Transmissionsriemen“ der Parteipo-

1. Mai 1953 – Kampftag der Werktätigen für Frieden, Einheit, Demokratie und Sozialismus Demonstration auf dem Marx-Engels-Platz in Berlin. An der Spitze des Demonstrationszuges: Die Bilder von Marx, Engels, Lenin und Stalin. © Horst Sturm, Bundesarchiv Bild 183-19400-0029

II. Parteikonferenz der SED vom 9. bis 12. Juli 1952 in der Werner-Seelenbinder-Halle in Berlin. © Bundesarchiv, Bild 183-15410-0425 / Fotograf: Werner Junge

Die Bodenreform in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945. Am 11. September 1945 erlebten die Gemeinden Rockau, Cunnersdorf und Helfenberg bei Dresden die Aufteilung des ehemaligen „Königlichen Rittergutes" Helfenberg. © Bundesarchiv. Bild 183-32584-0002, Foto Höhne, Erich; Pohl, Erich | 11. September 1945; CC-BY-SA 3.0 (https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=5351353)

Die Bildpolitik der SED-Propaganda sollte den Erfolg der Bodenreform suggerieren: Auf den Feldern während des gemeinsamen Dreschens in der Produktionsgenossenschaft „Thomas Müntzer", Kemberg in Sachsen Anhalt. © Bundesarchiv, Bild 183-15844-0039, Foto: Horst Sturm

litik herabgestuft. Kunst und Literatur waren auf den „Kampf gegen den bürgerlichen Formalismus" eingeschworen, Presse und Rundfunk dienten allein der Parteipropaganda, und jede abweichende Meinung wurde mit allen Mitteln verfolgt. Was also fehlte noch zum Sozialismus?

Die Verkündungen Ulbrichts auf der II. Parteikonferenz sollten der Welt und der eigenen Bevölkerung verkünden, dass die Zeit der deutschlandpolitischen Rücksichten vorbei sei. Im Juli 1952 signalisierte Walter Ulbricht Freund und Feind: Wenn es jemals eine Wiedervereinigung Deutschlands geben wird, dann allein nach den Vorstellungen der SED. Langfristig – so glaubten Ulbricht und seine Genossen – wäre der Sozialismus von solcher Anziehungskraft, dass sich eines Tages Deutschland unter ihrer Führung vereinigen würde.

Kollektivierung der Landwirtschaft

Während der II. Parteikonferenz verkündete Ulbricht: „In einigen Dörfern gibt es schon seit längerer Zeit landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, deren Mitglieder den Boden gemeinsam bestellen und zum Teil auch das Zugvieh wie Pferde, Ochsen usw. gemeinsam halten. … Das Zentralkomitee unserer Partei hat die Briefe der werktätigen Bauern aus bäuerlichen Produktionsgenossenschaften sorgfältig studiert und ist der Meinung, dass die Schaffung bäuerlicher Produktionsgemeinschaften auf der Grundlage der völligen Freiwilligkeit einen großen Fortschritt bedeutet."

Die Weichen waren also gestellt für die sozialistische Umgestaltung auf dem Lande. Doch in der Praxis häuften sich die Schwierigkeiten. Am 31. Dezember 1952 bestanden nach offiziellen Angaben zwar 1.906 Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften mit 37.000 Mitgliedern. Allein im Januar 1953 bildeten sich 400 weitere LPG's. Doch trotz dieser eindrucksvollen Zahlen hatten sich erst 3,2 Prozent der Einzelbauern entschlossen, einer Genossenschaft beizutreten. Hinzu kam, dass nur zehn Prozent davon Altbauern waren. Es herrschte also die Tendenz, dass sich wirtschaftlich kaum lebensfähige Kleinbetriebe zusammenschlossen, um die Vorteile bei der Bereitstellung von Saatgut und Technik zu nutzen. Die Inhaber erfolgreicher Bauernwirtschaften beriefen sich auf das verkündete Prinzip der Freiwilligkeit. Die Bereitschaft zur Aufgabe des Hofes war unter den Bauern ausgesprochen gering. Also wurde der administrative Druck verschärft. Wo der Erfolg freiwilliger Überzeugungsarbeit ausblieb, halfen Einschüchterung und Klassenkampfparolen. Vom 1. August 1952 bis zum 31. Januar 1953 wurden ungefähr 1.200 Gerichtsverfahren gegen Bauern durchgeführt. „Der sich mit Bildung der Produktionsgenossenschaften vollziehende Klas-

Erinnerungstafel in Beelitz „Vom Ich zum Wir durch die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft – 11. März 1960". © Picture Alliance / ZB / Sascha Steinach

senkampf auf dem Lande", sagte Ulbricht im April 1953 während einer internen Sitzung von Landwirtschaftsfunktionären, „macht es erforderlich, die werktätigen Bauern in ihrem Kampf gegen die sabotierenden großbäuerlichen Elemente, gegen die Agenten und Kriegstreiber im Dorf zu unterstützen, die volksdemokratischen Grundlagen der Staatsmacht auf dem Lande ständig zu festigen."

Aufbau „Nationaler Streitkräfte"

Angesichts der Millionen Toten, der zerbombten Städte und des Flüchtlingselends hatten sich viele Deutsche nach der Katastrophe im Mai 1945 geschworen, nie wieder eine Waffe in die Hand zu nehmen. Auch die Siegermächte hatten verkündet, in Deutschland den Militarismus für alle Zeiten mit der Wurzel auszurotten. Dabei ging es nicht zuletzt um die geistigen Wurzeln des deutschen Militarismus, der im 20. Jahrhundert zweimal die Welt in entsetzliche Kriege gestürzt hatte. Nachdem Generationen von Lehrern den Kindern eingebläut hatten, dass es schön und ehrenvoll sei, fürs Vaterland zu sterben, war es nun verpönt, eine Trommel unter den Weihnachtsbaum zu legen oder gar mit Zinnsoldaten zu spielen. Ordensblech, Strammstehen und Stechschritt sollten für immer einer unseligen Vergangenheit angehören.

Sieben Jahre später wurde auf den Schulhöfen der DDR wieder im Gleichschritt marschiert. Uniformierte FDJler hielten mit umgehängten Sportgewehren Ehrenwache vor Stalinbildern. Nun wurde im Namen des Friedens zackig kommandiert, mit Kleinkalibergewehren auf Pappkameraden geschossen und im Geländespiel mit Karte und Kompass der Ernstfall geprobt.

Das Motiv aus einer Bild-Reportage für die Illustrierte „Zeit im Bild" zeigt den Aufmarsch zum IV. Parlament der Freien Deutschen Jugend (FDJ) vom 27.05. bis 30.05.1952 in Leipzig. © Picture Alliance / Berliner Verlag / Archiv / 52763167

Vor allem aber wurde unter den Jugendlichen für die Einheiten der Kasernierten Volkspolizei geworben. Es handelte sich dabei um eine nur schlecht als Polizei getarnte neue Armee, die künftig an der Seite der Sowjetunion die Friedenspolitik durchsetzen sollte.

Am 24. Juli 1952 verfügte der Ministerrat der DDR die Bildung einer Organisation mit dem Namen „Dienst für Deutschland“ (DD) verfügt. Alle Jugendlichen sollten nach Abschluss der Schule oder der Lehre einen sechsmonatigen freiwilligen Arbeitsdienst leisten. Am 6. August 1952 begann der Einsatz der ersten „Freiwilligen“, die ein Tagegeld von einer Mark pro Tag erhielten. Sie sollten in verschiedenen Lagern, die überstürzt aus dem Boden gestampft wurden, am Bau umfangreicher Militäreinrichtungen mitwirken. Es sprach sich jedoch bald herum, dass die Arbeitsbedingungen hart, die Unterbringung und die Verpflegung katastrophal waren. So reichte selbst der übliche Druck nicht aus, um jenen allseits bekannten „freiwilligen Zwang“ zu organisieren und genug Jugendliche für den Arbeitsdienst zu gewinnen. Der nach dem 17. Juni aufgelöste „Dienst für Deutschland“ erwies sich als Fehlschlag.

Kirchenkampf

In der frühen DDR war die Freiheit der Religionsausübung in der Verfassung verankert. Dennoch stand diese Religionsfreiheit nur auf dem Papier. Die Kirchen waren für die Partei ein dauerndes Ärgernis. Allen anderslautenden Beteuerungen zum Trotz waren die Botschaft des Evangeliums und die kommunistische Ideologie unvereinbar. Dieser weltanschauliche Konflikt gewann schnell eine politische Dimension. Scharenweise strömten junge Leute in die Junge Gemeinde. Dort wurde über die Fragen gesprochen, die in Schulen und bei der FDJ tabuisiert waren. Dies wollte 1952 die Partei nun nicht mehr dulden.

Bereits in seiner Rede auf der II. Parteikonferenz kündigte Walter Ulbricht einen schärferen Kurs gegenüber der Kirche an: „Unter den Bedingungen der Vertiefung der Spaltung Deutschlands kann auch die Kirche nicht weiter ihre Stellungnahme unter der Maske der ‚Neutralität’ verdecken. Die Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik muss sich entschieden lossagen von allen amerikanischen und englischen Agenturen …“. Dies war das Signal für eine breite anti-kirchliche Kampagne. Zu Beginn des Jahres 1953 begann die Verhaftung von Kirchenleuten, die sich im Sinne des Staates unliebsam hervorgetan hatten. Von Januar bis April 1953 wurden etwa fünfzig Pfarrer und Kirchenangestellte verhaftet.

Der Hauptangriff des Staates aber zielte auf christliche Jugendliche. Am 27. Januar 1953 verabschiedete das Politbüro der SED eine Beschlussvorlage, in welcher die Einzelheiten des neuen Kirchenkampfes festgelegt waren. Die Koordination lag bei einer Kommission unter Leitung des FDJ-Chefs Erich Honecker, dem späteren Partei- und Staatschef der DDR (1912 – 1994). Die Zeitungen „Junge Welt“ und „Junge Generation“ sollten regelmäßig „entlarvende“ Berichte veröffentlichen. Die FDJ selbst sollte von Anhängern der Jungen Gemeinden „gesäubert“ werden. Die Junge Gemeinde sollte als „illegale konfessionelle Jugendorganisation“ verboten werden. Bis Pfingsten 1953 mussten etwa 3.000 Schüler die Oberschulen verlassen, weil sie sich weigerten, eine schriftliche Austrittserklärung aus der Jungen Gemeinde vorzulegen. In ähnlicher Weise wurde an den Universitäten und Hochschulen verfahren.

In ihrer Verzweiflung wandten sich die evangelischen Bischöfe am 9. April 1953 in einem Schreiben an den Chef der Sowjetischen Kontrollkommission, General Wassili Iwanowitsch Tschuikow (1900–1982), der in Berlin-Karlshorst als oberster Repräsentant der Besatzungsmacht residierte. In dem Brief wurde der unpolitische Charakter der kirchlichen Tätigkeit geschildert. Dann hieß es: „Die Vertreter der sowjetischen Dienststellen haben diese Arbeitsweise immer gebilligt. Sie ist jahrelang unbeanstandet geschehen und ist unverändert geblieben bis auf diesen Tag.“

Tatsächlich wurde der Kirche von sowjetischer Seite Hilfe zuteil. Mit Beginn des aus Moskau befohlenen Neuen Kurses hörte die Christenverfolgung in dieser anachronistischen Form auf. Später setzte die SED unter dem Etikett „wissenschaftlicher Atheismus“ auf eine Widerlegung der religiösen Lehren. Durch die Jugendweihe sollten der Konfirmation und der Erstkommunion das Wasser abgegraben werden und christlichen Jugendlichen wurde oft der Zugang zur Oberschule und zur Universität verwehrt. Einen offenen Kirchenkampf aber hat die SED nie wieder gewagt.

Aufbau Schwerindustrie und Verstaatlichungen

Bereits 1945 hatte in der Sowjetischen Besatzungszone die Enteignung von Wirtschaftsbetrieben begonnen[1]. Zum einen sollten damit Reparationsforderungen der Alliierten erfüllt und zum anderen Schäden ausgeglichen werden, die während des Zweiten Weltkriegs in den von Deutschland überfallenen Ländern angerichtet worden waren. Darüber hinaus gehörten die Enteignungen und Verstaatlichungen zu den Zielen der aus dem Moskauer Exil zurückgekehrten Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) bei der Errichtung einer Diktatur nach sowjetischem Vorbild. Als Losung hierfür wurde ausgegeben, die „Brechung der Macht der Konzerne und Monopole" zu erreichen. Die Grundlage hierfür bildeten die von der SMAD im Oktober 1945 erlassenen Befehle Nr. 124 und 126. Diesen zufolge sollte das Vermögen des deutschen Staates, führender Mitglieder der NSDAP und von Personen, die das sowjetische Militärkommando benannte, beschlagnahmt werden. Ein Volksentscheid legitimierte im Juni 1946 in Sachsen die Enteignungen. Fast 78 Prozent der Befragten stimmten für das „Gesetz über die Enteignung von Kriegs- und Naziverbrechern". Wie Rainer Karlsch in seinem Artikel „Die Enteignungen in der Sowjetischen Besatzungszone"[2] schreibt, hatten dieser Volksentscheid und die Enteignungen „mit Gerechtigkeit im Sinne der Feststellung individueller Schuld" wenig zu tun. Um Enteignungen zu legimitieren, wurden Schauprozesse angestrengt und Fabrikbesitzer als Nazi- und Kriegsverbrecher gebrandmarkt.

> Der Besitzer eines kleinen Maschinenbaubetriebes schätzte die Stimmung jener Zeit rückblickend wie folgt ein: „Es sollte der Sozialismus aufgebaut werden. Also war die Beseitigung des Privateigentums das Ziel. Eine richtige Untergangsstimmung gab es im Mittelstand hier und eine Fluchtbewegung."

Auf die erste Enteignungswelle der 1940er Jahre, folgte ab Anfang der 1950er Jahre eine zweite Enteignungskampagne. Auf der II. Parteikonferenz der SED war im Juli 1952 der „beschleunigte Aufbau des Sozialismus" verkündet worden. Einerseits wurde der Druck auf die Bauern verstärkt, sich „freiwillig" zu Genossenschaften zusammenzuschließen. Auch auf private Unternehmen wurde der Druck erhöht. Selbstständigen wurden die Lebensmittelkarten entzogen. Was angesichts der nach wie vor bestehenden Rationierungen und Bezugsscheinsysteme zu enormen Belastungen der Betroffenen führte. Zudem wurden die Möglichkeiten zur Beschlagnahme von Eigentum weiter verschärft.

Anfang 1953 wurden die Daumenschrauben weiter angezogen. In der berüchtigten „Aktion Rose" wurden Hotels und Gästehäusern an der Ostseeküste generalstabsmäßig enteignet, ihre Besitzer unter fadenscheinigen Gründen inhaftiert. Viele versuchten zu fliehen. 447 Personen wurden verhaftet und durch ein eigens eingerichtetes Sondergericht zu langen Haftstrafen verurteilt und ihr Vermögen eingezogen.

> Staatsanwalt Josef Streit begründete die Strafen: „Die Saboteure aus dem Küstengebiet gehörten zu jenen überlebten Resten einer Gesellschaftsklasse, die in der DDR überwunden ist. Diese Kräfte wittern die letzten Tage ihres Daseins und deshalb sind sie gezwungen, mit allen ihnen zu Geboten stehenden Mitteln Widerstand zu leisten."

Insgesamt wurden 440 Hotels und Pensionen sowie 181 Wirtschaftsbetriebe, Gaststätten, Wohnhäuser und Grundstücke beschlagnahmt. Die meisten der enteigneten Häuser übernahm der Feriendienst des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB).

[1] Karlsch, Rainer: Enteignungen der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR. Historischer Hintergrund zu den Enteignungen. Online abrufbar unter: https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/dossiers/enteignungen-der-sowjetischen-besatzungszone-und-der-ddr/historischer-hintergrund
[2] Ebd.

Besuch in Moskau

Der Tod Stalins am 5. März 1953 löste in Moskau schwer durchschaubare Nachfolgekämpfe aus. Auch in die Deutschlandpolitik schien Bewegung zu geraten. Die Führungsspitze der SED wurde nach Moskau beordert und dort mit einer heftigen Kritik am bisherigen Kurs konfrontiert. Die Einschätzung der Sowjetführung muss von niederschmetternder Wirkung gewesen sein. Das Schriftstück, das nach 1990 im Archiv der SED aufgefunden und veröffentlicht wurde, zog eine sehr eindeutige Bilanz. Aufgrund der Fehler der Parteiführung sei in der DDR eine „äußerst unbefriedigende politische und wirtschaftliche Lage entstanden". Zwischen Januar 1951 und April 1953 seien 447.000 Personen nach Westdeutschland geflohen, darunter über 120.000 seit Beginn des Jahres 1953. Die mangelhafte Versorgung der Bevölkerung wurde kritisiert und als Ursache die übereilte Gründung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften genannt. Dies hätte Bauern zur Flucht genötigt. Der beschleunigte Aufbau der Schwerindustrie und die Vernachlässigung der Konsumgüterproduktion wurden als Fehler angeführt. Auch die Kirchenpolitik wurde deutlich kritisiert, die „... in einer groben Unterschätzung des Einflusses der Kirche unter den breiten Massen der Bevölkerung, in groben Administrierungsmaßnahmen und Repressalien ihren Ausdruck fanden." Nüchtern wurde festgestellt, dass diese falsche Politik die Existenz der DDR gefährden würde.

Maikundgebung mit Parade in Görlitz in den 1950er Jahren, © Picture Alliance / United Archives | Siegfried Pilz

Zur „Gesundung" der Situation wurde ein Bündel von Maßnahmen vorgeschlagen. Diese liefen auf einen Abbruch der Politik des Aufbaus des Sozialismus hinaus. Die Zwangskollektivierung sollte ebenso wie die Verfolgung der Jungen Gemeinde eingestellt werden. Die Privatwirtschaft sollte gefördert, der Fünfjahrplan zugunsten der Konsumgüterindustrie geändert werden.

Immerhin räumte der sowjetische Geheimdienstchef Lawrenti Pawlowitsch Berija (1899–1953) laut den überlieferten handschriftlichen Notizen des damaligen DDR-Ministerpräsidenten Otto Grotewohl großmütig ein: „Wir alle haben den Fehler mitgemacht; keine Vorwürfe".

Am nächsten Tag sollte die SED-Führung wieder erscheinen und bis dahin ein selbstkritisches Papier erstellen. So geschah es. Doch die Vorschläge der SED gingen der Sowjetführung nicht weit genug. Berija herrschte Ulbricht an: „Das Dokument könnt ihr wieder mitnehmen".

Am dritten Tag des Besuchs, dem 4. Juni 1953 wurden noch eine Reihe Einzelheiten besprochen. Dabei ging es auch um die Reduzierung der militärischen Aufrüstung der DDR. Dann wurden die Deutschen verabschiedet und angewiesen, zu Hause schnellstens die angewiesenen Maßnahmen umzusetzen.

Der neue Kurs

Ein schärferer Kurswechsel als jener, der Anfang Juni 1953 der SED zugemutet wurde, war kaum denkbar. Die Partei, die ihrer eigenen Hymne zufolge „immer recht" hatte, sollte öffentlich schwere Fehler zugeben, Maßnahmen zurücknehmen, sich faktisch bei der Bevölkerung entschuldigen – dennoch aber Gründe finden, weiter im Amte zu bleiben, um auch künftig das Volk zu regieren. Selbst in der Führungsschicht existierten offenbar Zweifel, ob dies mit Ulbricht an der Spitze funktionieren würde. Er stand mit seiner Autorität als Generalsekretär für den Kurs des beschleunigten Aufbaus des Sozialismus. Die Kampagnen für die Kollektivierung der Landwirtschaft und den Ausbau der Schwerindustrie, die Verschärfung des Klassenkampfes und die Maßnahmen gegen die bürgerlichen Schichten waren begleitet von einem ausgeprägten Kult um die Person Ulbrichts. In der DDR sollte der am 30. Juni 1953 anstehende 60. Geburtstag Walter Ulbrichts pompös begangen werden. Ein Porträtkünstler saß bereits an einem repräsentativen Gemälde des Generalsekretärs, der Dichter Johannes R. Becher (1891–1958) – einst ein literarisch begabter Rebell gegen das Bürgertum – hatte eine an Peinlichkeit kaum zu überbietende Heiligenvita über Ulbricht geschrieben, ein abendfüllender DEFA-Dokumentarfilm über das Leben „des großen Sohnes des deutschen Volkes" war bereits fertig gestellt.

Nach dem Besuch in der Sowjetunion war plötzlich alles anders. Statt Ulbricht sollte wie in Moskau eine kollektive Führung installiert werden. Am 6. Juni 1953 versammelte sich das Politbüro des ZK der SED, das faktisch oberste Machtgremium der DDR. Es schien, als habe die Kritik aus Moskau alle Schleusen geöffnet.

Bisher hatten sich die dramatischen Auseinandersetzungen hinter den verschlossenen Türen des Politbüros abgespielt. Es war vollkommen offen, wie die Öffentlichkeit auf den rasanten Kurswechsel reagieren würde. Am 9. Juni 1953 kam das Politbüro erneut zusammen, um die Verfahrensweise zu beraten. Rudolf Herrnstadt (1903–

KOMMUNIQUÉ
des Politbüros des Zentralkomitees der SED vom 9. Juni 1953

Das Politbüro des Zentralkomitees der SED hat in seiner Sitzung vom 9. Juni 1953 beschlossen, der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die Durchführung einer Reihe von Maßnahmen zu empfehlen, die der entschiedenen Verbesserung der Lebenshaltung aller Teile der Bevölkerung und der Stärkung der Rechtssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik dienen. Das Politbüro des ZK der SED ging davon aus, daß seitens der SED und der Regierung der DDR in der Vergangenheit eine Reihe von Fehlern begangen wurden, die ihren Ausdruck in Verordnungen und Anordnungen gefunden haben, wie z. B. der Verordnung über die Neuregelung der Lebensmittelkartenversorgung, über die Übernahme devastierter landwirtschaftlicher Betriebe, in außerordentlichen Maßnahmen der Erfassung, in verschärften Methoden der Steuereerhebung usw. Die Interessen solcher Bevölkerungsstelle wie der Einzelbauern, der Einzelhändler, der Handwerker, der Intelligenz wurden vernachlässigt. Bei der Durchführung der erwähnten Verordnungen und Anordnungen sind außerdem ernste Fehler in den Bezirken, Kreisen und Orten begangen worden. Eine Folge war, daß zahlreiche Personen die Republik verlassen haben.

Das Politbüro hat bei seinen Beschlüssen das große Ziel der Herstellung der Einheit Deutschlands im Auge, welches von beiden Seiten Maßnahmen erfordert, die die Annäherung der beiden Teile Deutschlands konkret erleichtern.

Aus diesen Gründen hält das Politbüro des ZK der SED für nötig, daß in nächster Zeit im Zusammenhang mit Korrekturen des Planes der Schwerindustrie eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt werden, die die begangenen Fehler korrigieren und die Lebenshaltung der Arbeiter, Bauern, der Intelligenz, der Handwerker und der übrigen Schichten des Mittelstandes verbessern. Auf der Sitzung am 9. Juni hat das Politbüro Maßnahmen auf dem Gebiet des Handels und der Versorgung, auf landwirtschaftlichem Gebiet und auch hinsichtlich der Erleichterung des Verkehrs zwischen der DDR und Westdeutschland festgelegt.

Um die Erzeugung von Waren des Massenbedarfs zu vergrößern, die von kleinen und mittleren Privatbetrieben hergestellt werden, und um das Handelsnetz zu erweitern, wird vorgeschlagen, den Handwerkern, Einzel- und Großhändlern, privaten Industrie-, Bau- und Verkehrsbetrieben in ausreichendem Umfange kurzfristig Kredite zu gewähren. Die Zwangsmaßnahmen zur Betreibung von Rückständen an Steuern und Sozialversicherungsbeträgen, die bis zum Ende des Jahres 1951 entstanden sind, sollen für Klein-, Mittel- und Großbauern, Handwerker, Einzel- und Großhändler, private Industrie-, Bau- und Verkehrsbetriebe, d. h. in der gesamten privaten Wirtschaft, ausgesetzt werden.

Wenn Geschäftseigentümer, die in letzter Zeit ihre Geschäfte geschlossen oder abgegeben haben, den Wunsch äußern, diese wieder zu eröffnen, so ist diesem Wunsche unverzüglich Rechnung zu tragen. Außerdem soll die HO zur besseren Versorgung der Bevölkerung sofort Agenturverträge mit dem privaten Einzelhandel abschließen.

Das Politbüro schlägt ferner vor, daß die Verordnungen über die Übernahme devastierter landwirtschaftlicher Betriebe aufgehoben werden und die Einsetzung von Treuhändern wegen Nichterfüllung der Ablieferungspflichten oder wegen Steuerrückständen unterzogt wird. Die Bauern, die im Zusammenhang mit Schwierigkeiten in der Weiterführung ihrer Wirtschaft ihre Höfe verlassen haben und nach Westberlin oder nach Westdeutschland geflüchtet sind (Kleinbauern, Mittelbauern, Großbauern), sollen die Möglichkeit erhalten, auf ihre Bauernhöfe zurückzukehren. Ist das in Ausnahmefällen nicht möglich, so sollen sie vollwertigen Ersatz erhalten. Es soll ihnen mit Krediten und landwirtschaftlichem Inventar geholfen werden, ihre Bauernwirtschaften zu entwickeln. Strafen, die wegen Nichterfüllung von Ablieferungsverpflichtungen oder Steuerverpflichtungen ausgesprochen wurden, sollen überprüft werden. Dabei wird vorgeschlagen, den Minister für Land- und Forstwirtschaft zu beauftragen, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, damit die Interessen der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften gewahrt bleiben.

Das Politbüro schlägt weiter vor, daß alle republikflüchtigen Personen, die in das Gebiet der DDR und den demokratischen Sektor von Berlin zurückkehren, das auf Grund der Verordnung vom 17. Juli 1952 zur Sicherung von Vermögenswerten beschlagnahmte Eigentum zurückerhalten. Ist in Einzelfällen die Rückgabe nicht möglich, so soll Ersatz geleistet werden. Zurückkehrenden Republikflüchtigen darf aus der Tatsache der Republikflucht keine Benachteiligung entstehen. Sie sollen durch die zuständigen Organe der Räte der Bezirke und Kreise entsprechend ihrer fachlichen Qualifikation wieder in das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben eingegliedert werden und ihre vollen Bürgerrechte erhalten. (Deutscher Personalausweis, Lebensmittelkarte usw.). Für die Rückkehrer sind Auskunftsstellen einzurichten, die ihnen in allen Fragen Rat und Auskunft erteilen.

Das Politbüro ist ferner der Auffassung, daß die Frage der Aufenthaltsgenehmigungen für Westdeutsche und Westberliner sowie die Frage der Ausstellung von Interzonenpässen im Sinne der Erleichterung des Verkehrs zwischen Ost- und Westdeutschland neu geregelt werden müssen. Bei Antrag auf Ausstellung von Aufenthaltsgenehmigungen für Westdeutsche und Westberliner sind familiäre Gründe anzuerkennen, ebenso bei Anträgen auf Ausstellung von Interzonenpässen. Insbesondere ist Wissenschaftlern und Künstlern die Teilnahme an Tagungen in Westdeutschland zu ermöglichen, ebenso ist Künstlern aus Westdeutschland die Teilnahme an Tagungen in der DDR zu ermöglichen.

Das Politbüro schlägt ferner vor, daß alle im Zusammenhang mit der Überprüfung der Oberschüler und der Diskussion über die Tätigkeit der Jungen Gemeinde aus den Oberschulen entfernten Schüler sofort wieder zum Unterricht zuzulassen sind und daß ihnen die Möglichkeit gegeben wird, die versäumten Prüfungen nachzuholen. Ebenso sollen die im Zusammenhang mit der Überprüfung der Oberschulen ausgesprochenen Kündigungen und Versetzungen von Lehrern rückgängig gemacht werden. Die in den letzten Monaten ausgesprochenen Exmatrikulationen an Hochschulen und Universitäten sollen sofort überprüft und bis zum 30. Juni 1953 entschieden werden. Bei Immatrikulationen an den Hochschulen und Universitäten dürfen befähigte Jugendliche aus den Mittelschichten nicht benachteiligt werden.

Ferner empfiehlt das Politbüro der Regierung der DDR, die Justizorgane zu beauftragen, diejenigen Verurteilten sofort zu entlassen, die nach dem Gesetz zum Schutz des Volkseigentums zu 1 bis 3 Jahren verurteilt worden sind, mit Ausnahme der Fälle, in denen schwere Folgen eintraten.

Ebenso empfiehlt es, diejenigen Untersuchungshäftlinge sofort zu entlassen, gegen die ein Verfahren nach dem Gesetz zum Schutz des Volkseigentums anhängig gemacht wurde und bei denen keine höheren Strafen als die gesetzlichen Mindeststrafen von 1 bis 3 Jahren zu erwarten sind.

Das Politbüro hat schließlich beschlossen, der Regierung der DDR zu empfehlen, daß ab 1. Juli 1953 wieder an alle Bürger der DDR und des demokratischen Sektors von Groß-Berlin Lebensmittelkarten entsprechend den gesetzlich festgelegten Tätigkeitsmerkmalen ausgegeben werden. Es wird weiter vorgeschlagen, die im April 1953 durchgeführten Preiserhöhungen für Marmelade, Kunsthonig und anderen Süß- und Backwaren mit Wirkung vom 15. Juni 1953 rückgängig zu machen, die Fahrpreisermäßigungen in Höhe von 30 Prozent ab 1. Juli 1953 bei Arbeiterrückfahrkarten auf alle berechtigten Personen ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Einkommens auszudehnen, die Fahrpreisermäßigungen für Schüler und Lehrlinge und auch bestimmte Schichten der Arbeiter wiederherzustellen und auch die Fahrpreisermäßigungen für Schwerbeschädigte, Kleingärtner usw. sowie die Erstattung von Fahrgeld durch die Sozialversicherung beim Besuch bei Fachärzten wieder einzuführen.

Am 11. Juni 1953 erschien das „Neue Deutschland" mit dem „Kommuniqué des Politbüros des ZK der SED vom 9. Juni 1953" auf der Titelseite
© „Neues Deutschland" (mit freundlicher Genehmigung der Stiftung „Willi Münzenbergs Erben")

1966), der später von Ulbricht aus allen Funktionen gejagte Chefredakteur des „Neuen Deutschland“, befürchtete von der Veröffentlichung eine Schockwirkung und plädierte für einen Aufschub. Doch der anwesende Sowjetberater Wladimir Semjonowitsch Semjonow (1911–1992), der nach Lage der Dinge stets das letzte Wort hatte, kanzelte ihn mit der Bemerkung ab: „In vierzehn Tagen werden sie vielleicht schon keinen Staat mehr haben.“ Die Parteiführung hatte keine andere Wahl. Sie musste der Bevölkerung den neuen Kurs verkünden. Am 11. Juni 1953 erschien das „Neue Deutschland“ mit dem „Kommuniqué des Politbüros des ZK der SED vom 9. Juni 1953“ auf der Titelseite.

Dem Eingeständnis eigener Fehler folgte eine Liste von zu ergreifenden Maßnahmen: Korrektur des Volkswirtschaftsplans zugunsten der Konsumgüterproduktion, Förderung des privaten Sektors der Industrie und des Handwerks, Erleichterungen im innerdeutschen Verkehr, Einstellung der Kampagne gegen die Kirchen, Preissenkungen für Lebensmittel, Angebot der straffreien Rückkehr an geflüchteten Bauern sowie Rückgabe des Eigentums, Ausgabe von Lebensmittelkarten an Selbständige.

Die Wirkung des Kommuniqués vom 11. Juni entsprach dann auch ganz und gar den Befürchtungen von Herrnstadt. In den Erinnerungen des FDJ-Funktionärs Heinz Lippmann (1921–1974), der später aus der DDR floh, liest sich das so: „Die unteren Funktionäre der SED fühlten sich von ihrer Führung verraten. Bisher hatten sie unter dem Druck von oben alle unpopulären Maßnahmen durchführen müssen, die nun plötzlich von der Führung als falsch erklärt wurden.“ Die breite Masse der Bevölkerung sah in der Politik des Neuen Kurses schlichtweg eine Bankrotterklärung der SED-Führung.

Es ist auffallend, dass in allen Erklärungen des Neuen Kurses, in allen selbstkritischen Bekundungen und Ankündigungen künftiger Veränderungen ein wichtiger und brisanter Punkt fehlte – es war dies die Normenfrage. Bereits seit dem Mai 1953 wurde eine allgemeine und angeblich freiwillige Normerhöhung öffentlich diskutiert und teilweise durchgeführt. In den Betrieben und auf den Baustellen rumorte es kräftig. Für die Arbeiter bedeutete Normerhöhung praktisch Arbeitshetze oder Lohnsenkung. Ab 1. Juni 1953 erfolgte für die Bauarbeiter eine pauschale Normerhöhung von zehn Prozent. Als die Partei den Neuen Kurs verkündete, erwarteten viele, dass nun auch die unpopulären Normerhöhungen zurückgenommen würden. Genau dies geschah aber nicht. Am 16. Juni 1953 veröffentlichte die Gewerkschaftszeitung „Tribüne“ einen Kommentar, der die Normerhöhungen neuerlich für richtig erklärte. War das eine gezielte Provokation oder herrschte in der SED-Führung einfach nur Konfusion?

Im Ausflugsrestaurant Rübezahl – benannt nach dem berühmten Berggeist aus dem Riesengebirge – gibt es wie stets in der Sommersaison Bockwurst, Bier und Musik vom Schifferklavier, und am 13. Juni 1953 außerdem politische Diskussionen mit weitreichenden Folgen.
© Picture Alliance / arkivi | -

Die Frage der Normerhöhungen war der Funke, der das offene Pulverfass zur Explosion brachte.

Bauarbeiter gehen voran

Auch wenn sich Proteste bereits in verschiedenen Landesteilen äußerten, wurde ausgerechnet die Prestige-Baustelle der Ost-Berliner Stalinallee ab dem 15. Juni 1953 zum Ausgangspunkt der landesweiten Streik- und Protestwelle. Die Prachtallee mit dem Namen des „Führers der fortschrittlichen Menschheit“ war das zentrale Prestigeobjekt für den Wiederaufbau in Ost-Berlins. Schon seit einigen Wochen herrschte unter den Bauarbeitern Missstimmung wegen der von oben verordneten und als ungerecht empfundenen Normerhöhungen.

Zwei Sowjetische Panzer vom Typ T 34 haben sich in Berlin an der Kreuzung Leipziger Straße / Wilhelmstraße zwischen die Menschenmassen geschoben. Vom Panzer herab spricht ein sowjetischer Offizier zu den Demonstranten. Die Uhr zeigt zwanzig vor zwölf. Noch ist die Situation friedlich. © Foto: 70 Jahre DDR-Volksaufstand/AdsD/FES; 6/FOTB003466

Am Samstag, dem 13. Juni unternahmen die Kollegen der Berliner Bau-Union eine Dampferfahrt mit Zwischenstation in der Ausflugsgaststätte „Rübezahl“ am Müggelsee, bei der die neue Situation von den Kollegen diskutiert wurde. Gegen 19 Uhr kletterte der Brigadier Alfred Metzdorf auf den Tisch und verkündete lautstark: „Kollegen, wir gehen am Montag um 7 Uhr nicht aus den Baubuden. Wir streiken.“

Am Montag, dem 15. Juni 1953, eskalierte die Situation auf den Baustellen im Zentrum von Ost-Berlin weiter. Eine kleine Delegation der Bauarbeiter fuhr mit einem Lieferwagen zum Regierungssitz, um dort Otto Grotewohl zu sprechen. Sie wurden tatsächlich von zwei Mitarbeitern des Ministerpräsidenten empfangen, die sich die Forderungen nach Rücknahme der Normerhöhung notierten. Vielleicht hätte das Schlimmste noch verhindert werden können. Doch im Apparat der SED gab es keine Reaktion auf die Forderungen.

Am nächsten Morgen zogen die Arbeiter der Baustellen Krankenhaus Friedrichshain und Block 40 der Stalinallee durch Berlin und sammelten sich vor dem Haus der Ministerien in der Leipziger Straße. Einige Funktionäre versuchten, zu den Arbeitern zu sprechen. Doch es ging gar nicht mehr um die Normen. Es ging um Freiheit und Demokratie und letztendlich auch um die Einheit Deutschlands. Auf dem Rückweg enterten die Demonstranten einen Lautsprecherwagen und verkündeten den Generalstreik. Eine Abordnung der Bauarbeiter erschien beim Radiosender RIAS im Amerikanischen Sektor und forderte die Durchgabe der Streikparole. Dies tat der unter amerikanischer Kontrolle stehende Sender nicht, aber er brachte einen Kommentar und berichtete in den Nachrichten ausführlich über die Demonstration in Ost-Berlin; andere westliche Sender übernahmen die Meldung. Später wurde von östlicher Seite behauptet, der RIAS hätte den Volksaufstand organisiert. Das war natürlich Unsinn, aber die Radiomeldungen waren ohne Zweifel die Initialzündung für den Flächenbrand, der sich am nächsten Tag auf die gesamte DDR ausdehnte.

Der Aufstand

Die Ereignisse folgten in tausenden Betrieben dem gleichen Muster. Die Frühschicht weigerte sich, die Arbeit aufzunehmen und versammelte sich auf dem Betriebshof oder in Versammlungsräumen. Sie wählten Sprecher und Streikkomitees, welche die Forderungen der Arbeiter zu Papier brachten. Es war in der Regel eine Mischung aus traditionellen gewerkschaftlichen Forderungen wie Rücknahme der Normerhöhung und Senkung der Preise mit eindeutig politischen Forderungen. Am Anfang stand oft die Forderung nach freien Wahlen, nach dem Ende der Alleinherrschaft der SED, nach Freilassung politischer Gefangener. Nach dem Ende der kommunistischen Herrschaft und mit der Öffnung der Archive der Staatssicherheit und der SED setzte eine intensive Forschung ein, die einzelne Aspekte der Aufstandsbewegung vor allem aber die Vorgänge in einzelnen Städten und Regionen gründlich untersucht hat. Nach aktuellen Forschungsergebnissen kam es in über 700 Orten zu Streiks und Demonstrationen. In den Vormittagsstunden zogen vielerorts Hunderte Menschen in die Zentren der Städte, sammelten sich auf den Marktplätzen, stürmten teilweise die Zentralen der SED und der Staatssicherheit sowie Gefängnisse. Innerhalb weniger Stunden war aus der Ar-

beiterrebellion ein allgemeiner Volksaufstand geworden.

Zentren waren neben Ost-Berlin vor allem das mitteldeutsche Industrierevier mit Halle (Saale), Leuna, Merseburg, Leipzig und anderen Städten, sowie Thüringen und Sachsen. Es handelte sich dabei um die traditionellen Zentren der Arbeiterbewegung, in denen die Sozialdemokraten aber auch die Kommunisten stets sehr stark gewesen waren. Insofern ist die Bezeichnung Arbeiteraufstand auf keinen Fall grundsätzlich falsch. Der Begriff wurde im Westen sehr häufig gebracht, nicht um den Aufstand zu relativieren, sondern um die SED-Ideologie mit ihren Phrasen von der Herrschaft der Arbeiterklasse sozusagen ins Herz zu treffen.

In der Leipziger Straße kommt es am Nachmittag zur dramatischen Konfrontation zwischen Sowjetpanzern und meist jugendlichen Demonstranten. Sie werfen in ohnmächtiger Wut Steine gegen Panzer. © Foto: 70 Jahre DDR-Volksaufstand/Bundesstiftung Aufarbeitung, Eastblockworld, EBW_PH_1212156

Sicher ist aber auch, dass sich spontan Menschen aller Schichten an den Unruhen beteiligten. Der Begriff Volksaufstand ergibt sich sowohl aus den Menschen aller Regionen und sozialen Schichten als auch aus den politischen Forderungen. Diese trugen keinen spezifischen, auf soziale Schichten beschränkten Charakter. Die Normenfrage war in den Mittagsstunden des 17. Juni längst vom Tisch, zumal auch die Ostsender verkündeten, die Normerhöhung sei zurückgenommen. Es ging um die Überwindung des SED-Systems.

Die Herrschaft der SED war faktisch bereits zusammengebrochen. Die Vertreter der Partei und die Staatsorgane einschließlich der Volkspolizei waren vollkommen panisch, räumten oft ohne Widerstand die Amtsstuben oder verlegten sich aufs Verhandeln. Die SED-Führung war ins sowjetische Hauptquartier nach Karlshorst geflohen. In einigen Städten übernahmen spontan gewählte Komitees die Macht.

Der Aufstand verlief zunächst sehr friedlich, nur vereinzelt kam es zu Racheakten der aufgebrachten Bevölkerung. Auf den wenigen überlieferten Fotos, die am Vormittag des 17. Juni gemacht wurden, fallen die fröhlich winkenden Menschen auf. Viele hielten den Sieg über das verhasste SED-System zu diesem Zeitpunkt für eine ausgemachte Sache.

Selbst als die sowjetischen Soldaten auf der Bildfläche erschienen, wurden sie oft noch von den Menschen freundlich begrüßt. Die Bewegung war nicht gegen die sowjetische Besatzungsmacht gerichtet. Eher erhoffte man sich von den Sowjets Unterstützung.

Zunächst versuchte auch das sowjetische Militär maßvoll aufzutreten. Die Sowjetarmee setzte eher auf Einschüchterung als auf brutale Gewalt. Die Soldaten gaben Warnschüsse ab und die Panzer fuhren im Schritttempo durch die Menge der Demonstranten. In Berlin wurde erst gezielt auf Menschen geschossen, als Jugendliche vom Brandenburger Tor die sowjetische Fahne herunterholten und versuchten sie anzustecken. Auch in anderen Städten kam es zu gewaltsamen Konfrontationen, scharfen Schüssen und schließlich zu standrechtlichen Erschießungen von festgenommenen Demonstranten. Etwa 55 Menschen fanden den Tod.

Die Besatzungsmacht verhängte am 17./18. Juni über 167 der 217 Land- und Stadtkreise den Ausnahmezustand, der im Sowjetischen Sektor von Berlin und einigen anderen Städten bis 11. Juli 1953 aufrecht erhalten wurde.

Sobald die Machtorgane der DDR, also Volkspolizei und Staatssicherheit, wieder die Rückendeckung der Besatzungsmacht hatten, begann eine Verhaftungswelle, die 13.000 bis 15.000 Personen umfasste. Oft waren es Mitglieder von Streikkomitees und Sprecher der Demonstranten. Doch die SED-Führung war gewarnt und wollte den Bogen nicht wieder überspannen. Ein Teil der Verhafteten wurden bald wieder freigelassen. Bis 1955 kam es zu etwa 1.800 Urteilssprüchen, darunter zwei Todesurteilen.

Die Lehren des 17. Juni

Die SED hatte im Vorfeld des 17. Juni jeden politischen Fehler begangen, den man nur begehen kann. Die Verschlechterung der Versorgungslage und die Herabsetzung der Einkommen der Werktätigen gingen einher mit der Kampfansage an die bürgerlichen Schichten und die Kirchen. Diese Politik war von einem unglaublichen Propagandagetöse begleitet.

Es ist nicht bestreitbar, dass die SED-Führung aus den Fehlern lernte. Ihr war klar geworden, dass die Geduld der Menschen Grenzen hatte, die man nicht ohne Not verletzen sollte. Die SED-Führung baute einerseits ihren Sicherheits- und Überwachungsapparat, insbesondere das MfS und das damit verbundene Spitzelwesen massiv aus. Nie wieder wollte sie von der Unzufriedenheit in der Bevölkerung überrascht werden. Andererseits bemühte sie sich von nun an, die materiellen Interessen der Bevölkerung nicht mehr grob zu vernachlässigen. Die Konsumgüterproduktion sollte angekurbelt werden und die Verkaufskultur im Einzelhandel und der Gastronomie verbessert werden. Die bürgerlichen Mittelschichten wollte man nun nicht mehr über Gebühr verbittern, sondern sie nach Möglichkeit in den sozialistischen Aufbau integrieren. Die Kampagnen zur Kollektivierung der Landwirtschaft wurden abgebrochen und erst 1960 wieder mit Gewalt vorangetrieben, dann aber rigoros durchgepeitscht. Nach dem 17. Juni forderte die Partei mehr Selbstkritik der Verantwortlichen und Kritik der Bevölkerung. Diese durfte natürlich nur Einzelheiten nicht aber das System betreffen. Immerhin nahmen Humor und Satire einen Aufschwung. Die satirische Wochenzeitung „Eulenspiegel“, das Berliner Kabarett „Die Distel“ und die humoristischen Kurzfilme „Stacheltier“ sind sozusagen „Kinder des 17. Juni“, wenn auch in allen drei Fällen schon vor den Juniereignissen Pläne und Konzeptionen existiert hatten.

In manchen Alltagsfragen brachte die zweite Hälfte der 1950er Jahre eine gewisse Entspannung, sogar die Fluchtbewegung in den Westen war anfangs leicht rückläufig, bevor sie ab 1955 wieder stark anstieg – denn an den Grundlagen der kommunistischen Herrschaft in der DDR änderte sich nichts. Nach dem Mauerbau vom 13. August 1961, mit dem das letzte Schlupfloch für eine Flucht in den Westen und damit in die Freiheit versperrt wurde, versprach die SED-Führung, dass man nun den Sozialismus ohne Störungen von außen aufbauen würde und die DDR den Westen, der für viele Menschen in der DDR als Maßstab galt, bald im Lebensniveau ein- und überholen würde. 1963 legte sie sogar ein geschlossenes Reformpaket vor, das manche Hoffnung weckte. Die SED verband die martialische Drohgebärde später mit sozialpolitischen Versprechungen. Erich Honecker, der im Juni 1953 der treueste Gefolgsmanns Ulbrichts gewesen war, entwickelte sich

in den 1970er und 1980er Jahren zum Meister der kleinen Zugeständnisse.

Im Westen wurde der 17. Juni bereits 1954, nur ein Jahr nach dem niedergeschlagenen Aufstand als „Tag der deutschen Einheit“ zum arbeitsfreien Feiertag erklärt. Doch spätestens mit Beginn der Entspannungspolitik Ende der 1960er Jahre wurde es stiller um den Aufstand in der DDR: Der Aufstand und seine Opfer gerieten in Vergessenheit. Viele Menschen, die das meist schöne Wetter an dem Gedenktag für einen Ausflug nutzten, wussten gar nicht mehr, wem sie den freien Tag verdankten.

In der DDR deckte die Führung den Mantel des Schweigens über die Ereignisse von 1953. Wenn überhaupt davon geredet wurde, blieb man bei der Sprachregelung, es habe sich um einen aus dem Westen gesteuerten „faschistischen“ oder „konterrevolutionären Putsch“ gehandelt. Verantwortlich dafür seien westliche Agenten, die über geradezu magische Fähigkeiten verfügt haben müssen, um in tausenden Betrieben Streiks und in hunderten Städten Massendemonstrationen zu organisieren.

Die Erfahrungen der DDR-Bevölkerung waren gespalten. Die Erzählungen lebten speziell unter Arbeitern im Kollegenkreis oder in den Familien weiter. Doch der gescheiterte Aufstand macht auch deutlich, dass die SED-Herrschaft nicht zu stürzen war, solange die Sowjetunion ihre schützende Hand über die ostdeutschen Vasallen hielt. Viele Menschen verließen ihre Heimat, um im Westen ihr Glück zu finden. Für manche, die blieben, war der gescheiterte Aufstand ein Beleg dafür, dass ein allmählicher Wandel zum Besseren sinnvoller sei, als die offene Konfrontation mit der Staatsmacht. Auch von dieser Illusion trennten sich viele nach dem gewaltsamen Ende des Prager Frühlings am 21. August 1968.

Die Menschen in den kommunistisch beherrschten Staaten begehrten immer wieder auf: Sei es 1956 in Ungarn und Polen, 1968 in der CSSR, wo erneut sowjetische Panzer die Aufstände niederwalzten. Sei es 1970 erneut in Polen, wo 1979 schließlich die unabhängige Gewerkschaft Solidarność die kommunistische Macht herausforderte. Erst mit dem Machtwechsel zu Gorbatschow 1985 und seiner Politik von Glasnost und Perestroika (Transparenz und Umgestaltung) zeigten sich erste Anzeichen für eine Lockerung, mit der bis Ende der 1980er Jahre im Ostblock die konkrete Hoffnung auf eine grundlegende Änderung der Verhältnisse wuchs. Insofern war die von Mielke am 31. August 1989 geäußerte Befürchtung, ein neuer „17. Juni“ stehe bevor, nicht grundlos. Doch die Lage war zu diesem Zeitpunkt bereits viel gefährlicher als 1953. Das sozialistische System war in den 36 Jahren seit dem Volksaufstand dem versprochenen sozialen Paradies keinen Schritt näher gekommen. Statt der „Großen Aussprache mit den Massen“, die Bertolt Brecht 1953 in einem Brief an Ulbricht gefordert hatte, herrschte Schweigen zwischen Volk und Regierung. Die Menschen waren unfrei, bevormundet und gegängelt wie unmündige Kinder. Die Wirtschaft war in einem desolaten Zustand und die Sowjetunion nicht mehr bereit, das abgewirtschaftete SED-System zu stützen. Bertolt Brecht fasste die Situation in seinem Gedicht „Die Lösung“ 1953 wie folgt zusammen: „[…] das Volk [hat] das Vertrauen der Regierung verscherzt […]. Wäre es da nicht doch einfacher, die Regierung löste das Volk auf und wählte ein anderes?“.[3]

Nun gab es die für die Bevölkerung der DDR die reale Chance, die Ziele des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 zu erreichen – Demokratie, Freiheit und nationale Einheit. Sie hat die Chance genutzt und heute allen Grund, mit Stolz an die Frauen und Männer zu erinnern, die nicht nur 1953 mutig für ihre Menschenrechte und sozialen Forderungen eintraten.

[3] Brecht, Bertold: „Die Lösung“, in: Bertolt Brechts Buckower Elegien. Mit Kommentaren von Jan Knopf, 1. Aufl., Edition Suhrkamp: Erstausg. ed. Frankfurt Am Main, 1986, S. 11.

VOLKSAUFSTAND: ERINNERUNGSORTE UND BIOGRAFIEN

Geschichte braucht Verortung. Das Wissen darum, dass genau an der Stelle, an der wir heute stehen, ein bestimmtes Ereignis stattgefunden hat, weckt Neugier und regt zum Weiterfragen an.

Der Volksaufstand in der DDR fand zum größten Teil auf den Straßen und öffentlichen Plätzen statt. So banal diese Information klingen mag, so wichtig ist sie für die Form des Erinnerns. Denn Spurensuchen zum Volksaufstand in der DDR führen weniger in Gebäude als in Stadträume. Inzwischen oft überformt, bedarf es einer gehörigen Portion Vorstellungskraft, um sich die historische Situation zu vergegenwärtigen. Und es bedarf historischer Vorkenntnisse. Eine moderne Stadtkreuzung bleibt ohne das Wissen der historischen Dimensionen des Ortes schlicht ein Verkehrsknotenpunkt.

Sichtbarer sind Tafeln oder Gedenksteine. Sie können an Ereignisorten sein, aber auch vollkommen davon losgelöst. Alle Formen des Gedenkens an den 17. Juni 1953 in der alten Bundesrepublik sind dafür ein Beispiel. Junge Menschen können an Gedenkorten Interesse für das Thema entwickeln und für die Frage der Rezeption sensibilisiert werden: Warum ist ein Gedenkstein an dieser Stelle? Warum wurde ein Text auf einer Gedenktafel genau so formuliert – und nicht anders?

Die dargestellten Biografien stehen stellvertretend für die vielen Menschen, die an dem Volksaufstand beteiligt waren. Lange Jahrzehnte waren die Namen und Anzahl der Todesopfer des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 unbekannt. Heute sind 55 durch Quellen belegte Todesopfer bekannt. Darunter 34 Demonstranten und Zuschauer, welche am 17. Juni 1953 oder nur wenige Tage später an den Schussverletzungen der Volkspolizei und der sowjetischen Soldaten starben. Fünf Personen verurteilten Instanzen der sowjetischen Besatzungstruppen zum Tode und richteten diese hin. Zwei weitere Todesurteile wurden durch Justizorgane der DDR verhängt und vollstreckt. Vier Personen starben an den Folgen der menschenunwürdigen Haftbedingungen. Des Weiteren ist von vier Inhaftierten im Zusammenhang mit dem Volksaufstand bekannt, dass sie sich in der Haft das Leben nahmen, wobei in mindestens zwei Fällen eine Fremdeinwirkung nicht ausgeschlossen werden kann. Ein Demonstrierender verstarb an Herzversagen bei der Erstürmung eines Reviers der Volkspolizei. Belegt sind außerdem die Tötung von fünf Angehörigen der Sicherheitsorgane der DDR: So wurden bei der Verteidigung eines Gefängnisses zwei Volkspolizisten und ein MfS-Angestellter von Unbekannten erschossen, ein Mitarbeiter des Betriebsschutzes wurde von der aufgebrachten Menge erschlagen sowie ein Volkspolizist von sowjetischen Soldaten versehentlich erschossen.

Die vorgestellten Biografiensollen dazu beitragen, sich selbst auf Spurensuche zu begeben. Wer waren diese Menschen? Was war ihre Motivation? Gerieten sie zufällig in die Unruhen oder gingen sie mutig voran?

Straßenszene im Bereich der Kreuzung Leipziger Straße und Mauerstraße während des Volksaufstandes am 17. Juni 1953. © Bundesstiftung Aufarbeitung, Eastblockworld, EBW_PH_1212153

Quelle: Ahrberg, Edda / Hollitzer, Tobias / Hertle, Hans-Herrmann (2013): Die Toten des Volksaufstandes von 17. Juni 1953, in Bundeszentrale für politische Bildung, online unter: https://t1p.de/mzt02

Gedenktafeln für den 17. Juni 1953 und den 3. Oktober 1990
© Stadt Calw / S. Schweigert 1990 in CalwArchiv

Baden-Württemberg

Gedenktafeln für den 17. Juni 1953 und den 3. Oktober 1990

Calw. Am 26. Mai 1977 beantragte die Junge Union in Calw, anlässlich des damaligen Tages der Deutschen Einheit, dem 17. Juni, am Rathaus eine Gedenktafel anzubringen. Sie sollte die Datumsangabe „17. Juni 1953“ und die Entfernung nach Berlin (680 km) tragen. Die Idee führte zu heftigen Auseinandersetzungen im Gemeinderat von Calw. Es wurde über die Bedeutung des Feiertages „17. Juni“ und den Nutzen von Gedenktafeln diskutiert. Mit nur 16 Ja-Stimmen, zwölf Ablehnungen und drei Enthaltungen stimmte der Gemeinderat am 2. Juni 1977 der Anbringung der Gedenktafel schließlich zu. Am 14. Juni 1977 wurde die Sandsteintafel an der Mauer zum Treppenaufgang des Rathauses eingeweiht. Die Errichtung einer zweiten Tafel verlief ohne große Debatten im Stadtparlament. Sie trägt das Datum „3. Oktober 1990“ und wurde aus Anlass der Vereinigung Deutschlands im Oktober 1990 angebracht.

Inschriften: **Erste Gedenktafel:** 17. Juni 1953 / Berlin 680 km
Zweite Gedenktafel: 3. Oktober 1990
Standort: Calw, Marktplatz

Bayern

Mahnmal für die deutsche Wiedervereinigung

Kahl am Main. 1957 flüchtete der junge Steinmetz Peter Seydel aus der DDR. Er besuchte die Meisterschule in Aschaffenburg und schuf als sein Meisterstück ein „Mahnmal für die deutsche Wiedervereinigung“. Auf seinen Vorschlag hin sollte es in Kahl am Main aufgestellt werden, um auch in Orten, die weiter entfernt von der Grenze zur DDR lagen, die Erinnerung an die Teilung und die Hoffnung auf Wiedervereinigung wachzuhalten. Die Gemeinde griff diesen Vorschlag auf. Das 2,80 Meter hohe Kunstwerk ist aus Basalttuff-Stein geschaffen. Der Stein ist gespalten, was die Teilung Deutschlands symbolisiert, bildet aber gleichzeitig eine Einheit durch ein in der Mitte vorhandenes Loch, das einen verbindenden Tunnel verkörpert.

Eingeweiht wurde das Mahnmal 1966 anlässlich des Jahrestages des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953, auf den auch das eingearbeitete Datum „17. Juni“ verweist. Eine weitere Inschrift lautet „13. August“ und erinnert an den Mauerbau im Jahr 1961. Bedingt durch die natürlichen Eigenschaften des Basalttuffs löst sich der Stein mit voranschreitender Zeit langsam auf; ein Vorgang, der vom Künstler bewusst nicht aufgehalten wird, weil er das Verschwinden der Teilung symbolisiert.

Anfang der 1990er Jahre griff Ralph Detzner, ein Schüler Peter Seydels, das Thema seines Meisters auf und schuf in Kahl am Main ein neues Denkmal zur Wiedervereinigung.

Inschrift: 17. Juni / 13. August
Standort: Kahl am Main, Aschaffenburger Straße, Höhe Ortsausgang

---

Gedenkstein zur Erinnerung an den 17. Juni 1953

Selb. Auf dem Selber Goldberg befindet sich ein Gedenkstein zur Erinnerung an den Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953. Der Gedenkstein trägt eine Inschrift.

Inschrift: DEN OPFERN / 17. Juni 1953
Standort: Selb, auf dem Goldberg

Berlin

Mahnmal „Ewige Flamme“

Charlottenburg-Wilmersdorf. Im Anschluss an eine Kundgebung der Berliner Heimatvertriebenen im Titaniapalast wurde am 10. September 1955 auf dem Reichskanzlerplatz (heute: Theodor-Heuss-Platz) ein Wiedervereinigungsmahnmal eingeweiht. Der damalige Bundespräsident Theodor Heuss entzündete eine Flamme, die bis zur Wiedervereinigung brennen und gleichzeitig auch an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR erinnern sollte. An einem Kunststeinkubus ist die Inschrift „Freiheit – Recht – Friede“ zu lesen. Nach dem Bau der Berliner Mauer 1961 fanden an diesem Platz auch Protestkundgebungen statt.

Gedenkstein zur Erinnerung an den 17. Juni 1953 auf dem Selber Goldberg.
© Stadt Selb

Bundespräsident Theodor Heuss entzündete die Flamme des Mahnmals, die in Erinnerung an den Volksaufstand brennen sollte. © Bundesstiftung Aufarbeitung / Ruth Gleinig

Mit der Deutschen Einheit wurde die Flamme am 3. Oktober 1990 zunächst gelöscht. Am 10. Dezember 1990 wurde das Mahnmal umgewidmet. Die wieder entzündete Flamme brennt nun symbolisch für den Kampf um Menschen- und Völkerrechte weltweit. Im Jahr 1999 brachte die CDU / CSU-Fraktion einen Antrag in den Deutschen Bundestag ein, wonach das Denkmal auf dem Theodor-Heuss-Platz als zentrales Mahnmal gegen Flucht und Vertreibung in die Gedenkstättenkonzeption des Bundes aufzunehmen sei. Der Antrag folgte einer Empfehlung der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit". Der Bundestag stellte daraufhin fest, dass der Erhalt des Denkmals eine gesamtstaatliche Aufgabe sei.

Inschrift: Freiheit – Recht – Friede
Diese Flamme mahnt: / Nie wieder Vertreibung!
Standort: Berlin / Charlottenburg-Wilmersdorf, Theodor-Heuss-Platz

Edgar Krawetzke
16. *März* 1933 – 18. *Juni* 1953

Der 20-jährige Edgar Krawetzke war gerade frisch verheiratet und befand sich am 17. Juni 1953 auf dem Weg zum Arbeitsamt. Auf dem Leipziger Platz in Ost-Berlin mischte er sich unter die Demonstranten, die vor dem ehemaligen Kaufhaus Wertheim von einer Sperrkette der Volkspolizei aufgehalten wurden. Die Polizisten waren mit Karabinern bewaffnet und begannen ohne Vorwarnung aus nächster Nähe zu schießen, um die Menge zurückzudrängen. Die Menschen warfen sich auf den Boden. Wie ein Zeuge der West-Berliner Polizei berichtete, sei Krawetzke danach nicht wieder aufgestanden. Er wurde über die Sektorengrenze nach West-Berlin gebracht und von dort ins Martin-Luther-Krankenhaus, wo ein Steckschuss festgestellt wurde. Die Patrone stammte aus einer Pistole 08. Wie die West-Berliner Polizei später ermittelte, musste der Schuss somit vom Kommandeur der Einheit abgegeben worden sein, da nur dieser eine Pistole trug. Am Morgen des 18. Juni 1953 verstarb Edgar Krawetzke im Krankenhaus. Er wurde auf dem Rudolf-Wilde-Platz vor dem Schöneberger Rathaus aufgebahrt, wo am 23. Juni 1953 ein Staatsbegräbnis für die acht Todesopfer des Volksaufstandes stattfand. Nach der Trauerfeier wurden er und die anderen Opfer auf dem Friedhof Seestraße beigesetzt.

Quellen: Ahrberg, Edda / Hertle, Hans-Hermann / Hollitzer, Tobias & Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Hrsg.) (2004): Die Toten des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953. Münster: LIT Verlag, S. 16 f.

Gedenkstein für die Opfer des 17. Juni 1953

Friedrichshain-Kreuzberg. Im Viktoriapark, der zwischen 1888 und 1894 nach Plänen des Stadtgartendirektors Hermann Mächtig auf dem 66 Meter hohen Kreuzberg entstand, wurde am 16. Juni 1954 an der Ecke Möckernstraße / Kreuzbergstraße ein Mahnkreuz für die Opfer des Volksaufstandes vom 17. Juni in der DDR errichtet. 1980 wurde der Park als erste öffentliche Grünanlage Berlins unter Denkmalschutz gestellt und das seit 1954 mehrfach erneuerte Holzkreuz wurde später ergänzt durch einen Gedenkstein aus Rosenquarz, der eine Inschrift trägt.

Inschrift: 17. Juni / 1953
Standort: Berlin / Friedrichshain-Kreuzberg, Viktoriapark, Möckernstraße / Kreuzbergstraße

Ingrid Kroschel
19. März 1929 – 5. Juli 2017

Berlin war 1953 noch eine offene Stadt. Täglich überquerten Tausende Berliner die Sektorengrenze, um im anderen Teil der Stadt zu arbeiten, zur Schule zu gehen oder einzukaufen. Viele Einwohner wechselten täglich zwischen den verschiedenen Sektoren, um ihrer Arbeit nachzugehen, einzukaufen oder Freunde und Familie zu besuchen. Über den Radiosender RIAS verbreiteten sich die Nachrichten über die Ereignisse in Ost-Berlin sehr schnell. Viele West-Berliner gingen daraufhin in den Ostteil der Stadt, um sich das Geschehen aus nächster Nähe anzusehen. Eine dieser Neugierigen war die Studentin Ingrid Kroschel. Wie sie im Zeitzeugen-Portal der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland später berichtete, meinte sie zu ihrer Freundin, die sie begleitete: „Wenn wir später Kinder haben und denen erzählen, wir waren an dem Tag in Berlin, sind aber nicht dabei gewesen, so müssen wir uns schämen." Die Freundinnen fuhren mit der S-Bahn bis zum Bahnhof Friedrichstraße. Dort erlebten sie, auf einem Trümmerberg stehend, die Konfrontation zwischen Demonstranten und sowjetischen Panzern.

Quellen: Ingrid Kroschel. Eskalation am 17. Juni 1953, in: Zeitzeugenportal, online unter: https://t1p.de/nxkyw.

Im Viktoriapark erinnert ein Gedenkstein an die Ereignisse des 17. Juni 1953.
© Bundesstiftung Aufarbeitung / Oliver Boyn

Die Gedenktafel soll daran erinnern, dass der Volksaufstand vom 17. Juni auf dem Baustellen der damaligen Stalinallee begann. © Bundesstiftung Aufarbeitung / Karoline Punke

Gedenktafel zum 17. Juni 1953

Friedrichshain-Kreuzberg. Diese Gedenktafel erinnert daran, dass der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 auf den Baustellen der damaligen Stalinallee (heute: Karl-Marx-Allee) seinen Anfang nahm. Unmittelbarer Anlass für die Unzufriedenheit der Arbeiter war die kurz zuvor beschlossene Erhöhung der Arbeitsnormen für die Bauarbeiter bei gleichbleibendem Lohn.

Bereits am Montag, dem 15. Juni 1953, regte sich großer Unmut, als die Löhne erstmals nach den neuen Vorgaben ausgezahlt worden waren. Hinzu kam, dass die Arbeit an der Stalinallee – einem Prestigeobjekt der SED-Führung – wegen Materialmangels und schlechter Organisation häufig stockten, was zu zusätzlichen Lohneinbußen führte. Am Morgen des 16. Juni streikten die Arbeiter der nahegelegenen Baustelle am Krankenhaus Friedrichshain. Einige Arbeiter vom Block 40 der Stalinallee nahmen daran teil und informierten auch ihre Kollegen. Als es hieß, die Arbeiter am Krankenhaus Friedrichshain würden auf der Baustelle festgehalten, formierte sich in der Stalinallee spontan ein erster Demonstrationszug. Diesem Protestzug schlossen sich immer mehr Menschen an, so dass wenige Stunden später über 2.000 von der Stalinallee zum Haus der Ministerien in der Leipziger Straße zogen. Der Protest der Arbeiter von Block 40 weitete sich zu einem landesweiten Aufstand aus. Einen Tag später wurde der Aufstand durch Panzer der Roten Armee niedergeschlagen.

Am 17. Juni 2003 wurde zum 50. Jahrestages des Volksaufstandes gegenüber dem ehemaligen Block 40 auf Initiative des Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) Berlin-Brandenburg und der Bezirksverordnetenversammlung Friedrichshain-Kreuzberg eine Tafel zur Würdigung jener Menschen installiert, die den Mut zum Streik gegen das SED-Regime aufbrachten. Angebracht ist die Tafel an einer 60 Zentimeter hohen Mauer, die zu diesem Zweck in einer gemeinsamen Bauaktion mit dem Namen „Denkbaustein“ aus solchen Steinen errichtet wurde, wie sie 1953 für den Bau der Häuser in der Stalinallee benutzt wurden.

Die Tafel wurde wiederholt gestohlen und beschädigt, die Steine wurden beschmiert. Die ursprüngliche Glasplatte wurde mehrfach ausgetauscht und schließlich durch eine Metallplatte ersetzt. Als Teil eines Informations- und Leitsystems durch die Karl-Marx- und die Frankfurter Allee erinnert neben der Mauer eine in Deutsch und Englisch abgefasste Schautafel an die „Die Ereignisse um den 17. Juni 1953“. Über einen QR-Code können weitere Tafeln digital abgerufen werden, darunter auch eine zur „Baustelle Stalinallee“, die nicht mehr vor Ort ist. Jedes Jahr veranstaltet der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg unter Teilnahme der Bezirksbürgermeisterin am 17. Juni ein „Stilles Gedenken“ an dem Gedenkort.

Inschrift: „Wir wollen freie Menschen sein“/Am Rosengarten begannen die Bauarbeiter am 16. Juni 1953/ihren Protest gegen die Normerhöhung der SED-Regierung./Ihre Aktion führte am 17. Juni 1953 zum landesweiten Aufstand.

Standort: Berlin/Friedrichshain-Kreuzberg, Am Rosengarten, Karl-Marx-Allee 103–105

Max-Fettling-Platz

Friedrichshain-Kreuzberg. Anlässlich des 50. Jahrestages des Volksaufstandes wurde der bis dahin namenlose Platz vor der Einfahrt des Krankenhauses in Friedrichshain am 17. Juni 2003 in Max-Fettling-Platz benannt. Auf diese Weise soll der einstige Gewerkschaftsführer Max Fettling für sein Engagement während des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 geehrt werden. An der feierlichen Enthüllungszeremonie nahmen die damalige Bezirksbürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg, Cornelia Reinauer, sowie die Angehörigen Fettlings teil.

Inschrift: **Auf dem Straßenbegleitschild:** Max Bruno Fettling/geb.1907 in Berlin, gest. 1974 in Berlin/Bauarbeiter/Gewerkschafter/wegen Beteiligung am Arbeiteraufstand im Juni 1953 zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Standort: Berlin/Friedrichshain-Kreuzberg, Max-Fettling-Platz

Der Max-Fettling-Platz würdigt das couragierte Engagement des namensgebenden Gewerkschafters während des Volksaufstandes.
© Bundesstiftung Aufarbeitung / Ruth Gleinig

Max Fettling
24. Februar 1907 – 14. Februar 1974

Der Vorsitzende der Gewerkschaftsleitung der an der Stalinallee tätigen Bauarbeiter geriet für einen kurzen Moment in den Mittelpunkt geschichtlicher Ereignisse. Der 46-jährige Max Fettling war Vorsitzender der Betriebsgewerkschaft des VEB Industriebau in Berlin, als Ende Mai 1953 auf Betreiben der SED-Führung in der DDR eine allgemeine Erhöhung der Arbeitsnorm um zehn Prozent beschlossen wurde, woraufhin die Stimmung unter den Arbeitern kippte. Der Betrieb war u. a. für die Baustelle des Krankenhauses Berlin-Friedrichshain zuständig und einer der Ausgangspunkte der Streiks am 16. Juni. Fettling unterschrieb als Vorsitzender der Betriebsgewerkschaft die Protestresolution gegen die Normerhöhung an den DDR-Ministerpräsidenten Otto Grotewohl. Die Arbeiter wählten Fettling und drei seiner Kollegen aus, um den Brief im Haus der Ministerien an der Leipziger Straße zu übergeben. Grotewohl war jedoch, wie fast die gesamte SED-Führung, zum Sitz der sowjetischen Militärverwaltung nach Berlin-Karlshorst geflüchtet. Die Abordnung wurde von nur zwei Ministeriumsmitarbeitern empfangen.

Für seine couragierte Teilnahme als Streikführer des Volksaufstandes wurde Sigfried Berger zu langjähriger Arbeitslagerhaft verurteilt. © Bundesstiftung Aufarbeitung / Oliver Igel

Am 19. Juni wurde Max Fettling von der Staatssicherheit in seiner Wohnung verhaftet. Elf Monate saß er in Untersuchungshaft im Stasi-Gefängnis Hohenschönhausen. Sein Eintreten für seine Kollegen während des Streiks wurde als „Rädelsführerschaft" ausgelegt. Am 26. Mai 1954 wurde Fettling zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt und im Sommer 1957 „auf Bewährung" entlassen. Noch im Spätsommer 1957 flüchtete die Familie in den Westteil Berlins.

Quellen: Max Fettling – Ein Revolutionär wider Willen, in: Demokratiegeschichten, online unter: https://t1p.de/onw6u; Max Fettling, in: Haftschicksale, Gedenkstätte Hohenschönhausen, online unter: https://t1p.de/3416n.

Gedenktafel für Siegfried Berger

Lichtenberg. Als am 17. Juni 1953 die Arbeiter des Funkwerkes Berlin-Köpenick streikten und in die Innenstadt zogen, stand Siegfried Berger an ihrer Spitze. Aus dem anfänglichen Protest gegen die Ende Mai von der SED-Führung beschlossene Normerhöhung, die eine Lohnkürzung für die Arbeiter bedeutete, entwickelte sich ein Volksaufstand. Wie an zahlreichen anderen Orten wurden auch in der von Köpenick ausgehenden Demonstration der Rücktritt der Regierung, freie und geheime Wahlen und die Wiedervereinigung gefordert. Berger, der schon 1947 in seiner Heimatstadt Dresden versucht hatte, eine illegale SPD-Gruppe zu organisieren, war Mitglied der SPD. Als einer der Streikführer vom 17. Juni 1953 wurde er drei Tage später durch die Staatssicherheit verhaftet.

Am 2. Oktober 1953 wurde Berger von einem sowjetischen Militärtribunal (SMT) zu sieben Jahren Arbeitslager verurteilt und nach Workuta in Sibirien deportiert, von wo er 1955 nach Deutschland entlassen wurde. Siegfried Berger starb 2002 in Kiel.

Auf Antrag der SPD-Fraktion beschloss die Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg im Mai 2004 zur Erinnerung an Siegfried Berger, an seinem früheren Wohnhaus eine Gedenktafel anzubringen. Die Finanzierung übernahm die Wohnungsbaugesellschaft HOWOGE. Anlässlich des 51. Jahrestages des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 wurde die Tafel enthüllt.

Inschrift: In diesem Haus wohnte von 1951 bis 1953/Siegfried Berger/* 24. Juli 1918 † 29. Januar 2002/Der Sozialdemokrat wollte keiner Diktatur dienen./Am 17. Juni 1953 stand er an der Spitze eines/Demonstrationszuges streikender Arbeiter aus/dem Funkwerk Köpenick durch Ostberlin. Die/Demonstranten forderten „Freie und geheime/

Wahlen“ und „Wiedervereinigung“. Siegfried/Berger wurde von einem sowjetischen Militär-/tribunal zu sieben Jahren Arbeitslager verurteilt./1955 konnte auch er aus Workuta nach Westberlin/zurückkehren./Als „Opfer politischer Repression“ wurde Siegfried/Berger 1996 von den russischen Behörden/rehabilitiert.

Standort: Berlin/Lichtenberg, Römerweg 40

Siegfried Berger
24. Juli 1918 – 29. Januar 2002

Siegfried Berger entstammte einer sächsischen Arbeiterfamilie. Seine politische Biografie erinnert an zwei Aspekte, die bei der Würdigung des 17. Juni 1953 selten Beachtung finden: die Widerstandstradition der politischen Linken sowie die westdeutsche Beteiligung an den Protesten. Siegfried Berger war bereits früh in der sozialdemokratischen Bewegung aktiv und verteilte als Jugendlicher Flugblätter gegen die nationalsozialistische Diktatur. Nach Kriegsende leitete der von Kollegen geschätzte Ingenieur erst in Sachsen, ab 1950 auch in Berlin-Köpenick illegale sozialdemokratische Gruppen. Diese waren, genauso wie die SPD, seit der Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED 1946 in der sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR erneut verboten. Das „Ostbüro der SPD“ unterhielt konspirative Kontakte zu sozialdemokratischen Gruppen und zu Sozialdemokraten in der DDR und wurde von der SED-Propaganda zu einem der Organisatoren des angeblichen „faschistischen Putsches“ stilisiert. Siegfried Berger arbeitete zum Zeitpunkt des Aufstands im VEB Funkwerk Köpenick, wo er am 17. Juni eine außerordentliche Betriebsversammlung leitete, auf der über den Streik beraten werden sollte. Er formulierte auch die Forderungen: „Rücktritt der Regierung, freie und geheime Wahlen, für die deutsche Einheit“. Auch wenn Siegfried Berger Kontakte zum „Ostbüro der SPD“ hatte, erfolgte die Organisation der Streiks und Demonstrationen im Juni 1953 unabhängig davon. Jedoch wurden während des Streiks oft erfahrene und ältere Sozialdemokraten sowie frühere Gewerkschafter, die in der Belegschaft für ihre politische Einstellung bekannt waren, als Streikführer und Sprecher der Arbeiter gewählt. So war es auch im Fall Siegfried Berger. Er wurde am 20. Juni 1953 verhaftet und durch ein sowjetisches Militärtribunal (SMT) unter Ausschluss der Öffentlichkeit und ohne Verteidiger am 2. Oktober 1953 „wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, Aufforderung zum Sturz der Regierung und Gruppenbildung zu sieben Jahren Zwangsarbeit und Einzug des Vermögens [verurteilt].[1]“ Siegfried Berger fügte sich nicht, sondern schrieb auf das Protokoll der „Verhandlung“: „Ich nehme das Urteil nicht an.[2]“ Im Mai 1954 wurde Berger ins sibirische Workuta deportiert, aber bereits im Oktober 1955 wieder in die DDR entlassen, und das Urteil

[1] Zitiert nach: Siegfried Berger, in: Geschichtswerksatt SPD, online unter: https://t1p.de/616pm.
[2] Zitiert nach: Berger, Siegfried (1998): „Ich nehme dieses Urteil nicht an“. Ein Berliner Streikführer des 17. Juni vor dem Sowjetischen Militärtribunal, in: Schriftenreihe des Berliner Beauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Band 8, S. 40.

gegen ihn aufgehoben. Da er nach seiner Rückkehr in die DDR wegen seiner Tätigkeit für das „Ostbüro der SPD“ erneut verhaftet werden sollte, floh er Ende 1955 aus der DDR in die Bundesrepublik. 1996 erfolgte Bergers Rehabilitierung durch die russischen Militärstaatsanwaltschaft.

Quellen: Siegfried Berger, in: Geschichtswerkstatt SPD, online unter: https://t1p.de/616pm.

Seit 2013 trägt der Vorplatz des heutigen Bundesfinanzministeriums (ehem. „Haus der Ministerien“) die Bezeichnung „Platz des Volksaufstandes von 1953“.
© Bundesstiftung Aufarbeitung / Anna Kaminsky

Platz des Volksaufstandes von 1953

Mitte. Das 1935/36 errichtete und weitgehend unzerstört gebliebene Reichsluftfahrtministerium blieb auch nach dem Zweiten Weltkrieg ein zentraler Ort deutscher Geschichte im 20. Jahrhundert. In dem monumentalen Verwaltungsgebäude an der Wilhelmstraße, Ecke Leipziger Straße wurde am 7. Oktober 1949 der zweite deutsche Staat, die DDR, feierlich aus der Taufe gehoben. Auch beim Volksaufstand am 16. und 17. Juni 1953 stand das als „Haus der Ministerien“ bekannte Gebäude im Zentrum des Geschehens.

Am 16. Juni demonstrierten Tausende Arbeiter aus Ost-Berliner Betrieben und viele Menschen, die sich ihrem Ruf angeschlossen hatten, vor dem Sitz der DDR-Regierung für die Rücknahme der staatlich verordneten Normerhöhung, die faktisch einer Lohnkürzung gleichkam. Die Initialzündung ging von den bestreikten Baustellen am Krankenhaus Friedrichshain und an der Stalinallee aus. Dem sich um 9 Uhr formierenden Protestmarsch von ursprünglich knapp 100 Arbeitern schlossen sich etwa 10.000 Menschen an. Die SED-Funktionäre, die sich den Demonstranten stellten, wurden niedergeschrien und mit Forderungen konfrontiert, die weit über das ursprüngliche Anliegen hinausgingen: Generalstreik, Rücktritt der DDR-Führung, insbesondere von Walter Ulbricht, Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck, sowie freie Wahlen. Die Bewegung griff rasch auf das Umland und die gesamte DDR über und führte am Folgetag zum Generalstreik, obwohl die Normenerhöhungen am 16. Juni zurückgenommen worden waren. Am 17. Juni gingen allein in Ost-Berlin über 100.000 Menschen auf die Straße. Der Aufstand wurde landesweit am 17. Juni 1953 von sowjetischen Truppen niedergeschlagen.

Mit der Wiedervereinigung Deutschlands fiel der größte Verwaltungsbau Berlins an die Bundesregierung und beherbergte in der Zeit von 1991 bis 1994 die am 1. März 1990 gegründete Treuhandanstalt zur Privatisierung des Volkseigentums der DDR. Seit 1994 hat das Bundesfinanzministerium hier seinen Sitz.

Eine Gedenktafel in der Pfeilerhalle neben dem Haupteingang erinnert an die Harnack/Schulze-Boysen-Organisation, die Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur leistete, eine zweite an den ermordeten ersten Leiter der Treuhandanstalt Dr. Detlev Rohwedder. Die Gedenktafel für die Opfer des Volksaufstandes befindet sich links neben Max Lingners bekanntem Wandbild „Aufbau der Republik" (1952/1953) und wurde am 17. Juni 1993 eingeweiht.

Am 16. Juni 2.000 wurde vor der Säulenhalle des Eingangs an der Leipziger Straße Ecke Wilhelmstraße ein Bodendenkmal zur Erinnerung an den 17. Juni 1953 eingeweiht. Das von dem Künstler Wolfgang Rüppel geschaffene und von Senat und Bund finanzierte Denkmal zeigt ein vergrößertes historisches Foto. Es ist in Glas geätzt, verfremdet und gerastert und zeigt Arbeiter unterschiedlichen Alters, die untergehakt die erste Reihe des Demonstrationszuges bilden – eine Szene der spontanen Solidarität und des entschlossenen Mutes an jenem 16. und 17. Juni 1953. Eine seitlich an der Bodenplatte befestigte Tafel trägt eine Inschrift.

Auf Antrag des Bundesfinanzministeriums beschloss das Bezirksamt Berlin-Mitte am 26. März 2013, den bisher namenlosen Vorplatz an der Leipziger Straße/Wilhelmstraße als „Platz des Volksaufstandes von 1953" zu führen. Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen sowie die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hatten sich seit vielen Jahren dafür eingesetzt. Der ursprüngliche Vorschlag diesen Platz als „Platz des 17. Juni 1953" zu bezeichnen, wurde unter Hinweis auf eine mögliche Verwechslung mit der „Straße des 17. Juni" abgelehnt.

Anlässlich des 60. Jahrestages des Volksaufstandes erhielt der Vorplatz am 16. Juni 2013 den Namen „Platz des Volksaufstandes von 1953".

Im Ehrenhof des Bundesfinanzministeriums befinden sich seit dem 8. November 2001 vier Stahlskulpturen des Leverkusener Künstlers Eberhard Foest, die an die Teilung Deutschlands erinnern.

Das Bodendenkmal wurde mit einem historischen Foto vom 17. Juni 1953 gestaltet.
© Bundesstiftung Aufarbeitung / Anna Kaminsky

Inschriften: **Gedenktafel für die Opfer des Volksaufstandes neben dem Wandbild von Max Lingner:** An dieser Stelle / vor dem Haus der / Ministerien der DDR / forderten am 16. Juni 1953 / die Bauarbeiter der / Stalinallee / im Bezirk Friedrichshain / die Senkung der / Arbeitsnormen / den Rücktritt der Regierung / die Freilassung aller / politischen Gefangenen / sowie freie und geheime / Wahlen. / Diese Protestversammlung / war Ausgangspunkt / des Volksaufstandes / am 17. Juni 1953. / Wir gedenken der Opfer / 17. Juni 1993.

Informationstafel an der Bodenplatte: Zur Erinnerung an den Aufstand des / siebzehnten Juni Neunzehnhundertdreiundfünfzig / Wolfgang Rüppel 16. Juni 2000 / Senatsverwaltung für Stadtentwicklung / Kunst im Stadtraum.

Standort: Berlin / Mitte, Platz des Volksaufstandes vom 17. Juni

Renate Weiß
23. April 1928 – 8. Oktober 2016

Renate Weiß arbeitete 1953 als Gärtnerin in Ost-Berlin. Ihre Chefin gab ihr am 17. Juni 1953 frei, damit sie sich dem Demonstrationszug anschließen könne. Sie berichtete später, dass die Demonstranten bis zum Königstor (Moll-/Torstraße) zogen: „Dort brannte vor dem Revier ein Polizeiauto. Zwei russische Mannschaftswagen waren aufgefahren, die Soldaten standen zu dieser Zeit ‚Gewehr bei Fuß'. Später flogen dann Pflastersteine auf die Russen. Als diese ihre Bajonette aufpflanzten, wichen wir zurück." Als am Nachmittag Panzer auffuhren, lief Renate Weiß mit ihren Kollegen zurück nach Pankow. „Dort haben wir bis in den späten Abend an einem Kiosk am Bahnhof Wollankstraße, der dicht an der Grenze zu West-Berlin lag, Bierchen getrunken und heiße Debatten um das Geschehen geführt", erinnerte sich Weiß. Für sie wurden die Tage um den 17. Juni „zu den wichtigsten" ihres Lebens. 1955 verließ sie die DDR und wohnte zunächst in Bremen. 1958 siedelte sie nach Hamburg über, wo sie bis zum Fall der Berlin Mauer am 9. November 1989 lebte. Danach kehrte sie nach Berlin zurück, wo sie 2016 verstarb.

Quellen: Renate Weiß. Hoffnung auf Veränderung, in: Zeitzeugenportal, online unter: https://t1p.de/hfv2e; „Wir trauern um Renate Weiß", in: Vereinigung 17. Juni 1953 e. V., online unter: https://t1p.de/l9quv.

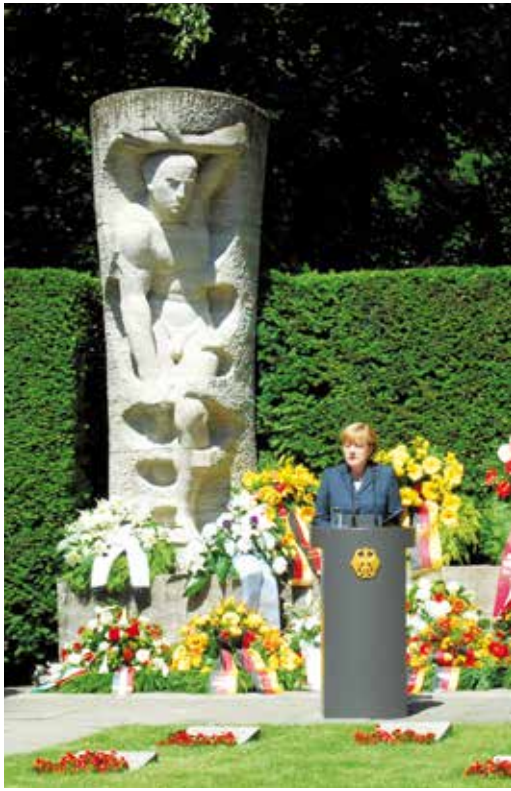
Gedenkstätte für die Opfer des 17. Juni 1953 auf dem Urnenfriedhof Seestraße

Mitte. Auf dem Städtischen Urnenfriedhof an der Seestraße im damaligen West-Berliner Bezirk Wedding wurden am 23. Juni 1953 acht Opfer des Aufstandes vom 17. Juni 1953 in Ost-Berlin, die in West-Berliner Krankenhäusern gestorben waren, beigesetzt. Stellvertretend für alle Opfer wurde ein Mahnmal errichtet. Die Trauerfeier fand mit 125.000 Teilnehmern vor dem Rathaus Schöneberg statt. Dort waren die Opfer aufgebahrt worden, bevor sie durch die von hunderttausenden Berlinern gesäumten Straßen auf den Friedhof zur Beisetzung überführt wurden.

Bereits am 22. Juni 1953 hatte der Senat beschlossen, den durch den Großen Tiergarten führenden Straßenzug Charlottenburger Chaussee/Berliner Straße vom Brandenburger Tor zum Ernst-Reuter-Platz zum Gedenken an die Opfer des Volksaufstands in „Straße des 17. Juni" umzubenennen. Am 3. Juli 1953 erklärte der Deutsche Bundestag den 17. Juni als „Tag der Deutschen Einheit" zum gesetzlichen Feiertag. Zum zehnten Jahrestag des Aufstandes im Jahr 1963 erhob ihn der Bundespräsident in den Rang eines nationalen Gedenktages, der bis 1990 alljährlich mit einem offiziellen Festakt im Reichstagsgebäude begangen wurde. 1990 wurde der 17. Juni durch den 3. Oktober ersetzt.

Das steinerne Mahnmal wurde vom Bildhauer Karl Wenke geschaffen und am 17. Juni 1955 an der Stirnseite der Grabanlage auf dem Friedhof an der Seestraße eingeweiht. Alljährlich finden auf dieser gesonderten Fläche des Städtischen Urnenfriedhofes offizielle Gedenkfeiern und Kranzniederlegungen der Bundesregierung und des Senats statt. Im Jahr 2010 wurde die Gedenkanlage um eine neue Informationstafel erweitert.

Inschriften: **Auf dem Denkmal:** Den Opfern des 17. Juni 1953
Auf den Grabsteinen: Horst Bernhagen/16.3.1932/17.6.1953//Willi Göttling/14.4.1918/17.6.1953//Edgar Krawetzke/16.3.1933/18.6.1953//Oskar Pohl/3.11.1927/17.6.1953//Gerhard Santura/6.5.1934/17.6.1953//Gerhard Schulze/8.9.1911/18.6.1953//Rudi Schwander/3.8.1938/17.6.1953//Werner Sendisitzky/17.6.1937/17.6.1953
Auf der Informationstafel (Deutsch und Englisch): Im Juni 1953 kam es zu der ersten Massenerhebung/im Machtbereich der Sowjetunion. Sinkender Lebens-/standard und steigende Arbeitsnormen waren der/Anlass für eine weit verbreitete Unzufriedenheit. Am/16. Juni 1953 protestierten zunächst die Bauarbeiter/an der Stalinallee. Am folgenden 17. Juni zeigten mehr/als eine Million Menschen in Ost-Berlin und in der/gesamten DDR mit Streiks und Demonstrationen/ihren Widerstand gegen politische Repression und/Willkürjustiz. Die Aufständischen forderten den Rück-/tritt



Alljährlich finden an der Gedenkstätte Kranzniederlegungen und Gedenkfeiern der Bundesregierung und des Berliner Senats statt.
© Bundesstiftung Aufarbeitung / Ruth Gleinig

Auf dem Städtischen Urnenfriedhof Seestraße wurden die acht Opfer des Volksaufstandes in Ost-Berlin beigesetzt. © Bundesstiftung Aufarbeitung / Anna von Arnim-Rosenthal

der kommunistischen Regierung und freie Wahlen. / Nur der Einsatz sowjetischer Panzer und die Verhän-/gung des Ausnahmezustands konnten das von der / Sowjetunion ausgehaltene Regime der Sozialistischen / Einheitspartei Deutschlands retten. // Die landesweite Erhebung für politische Selbstbe-/stimmung wurde blutig niedergeschlagen. Es gab / mindestens fünfundfünfzig Tote. Weit mehr als ein-/tausend Aufständische wurden zu teils langjährigen / Haftstrafen verurteilt. // Auf diesem Friedhof richtete der Senat von Berlin / eine Grabanlage für die Berliner Opfer des / Volksaufstandes ein. Das Denkmal hat Karl Wenke / 1955 geschaffen. Die Seitenfelder sind seit 2005 ehe-/maligen Teilnehmern am 17. Juni 1953 vorbehalten.

Standort: Berlin / Mitte, Städtischer Urnenfriedhof, Seestraße 92/93

Willi Göttling

14. April 1918 – 18. Juni 1953

Am 16. Juni 1953 befand sich Willi Göttling auf dem Weg zum Arbeitsamt, als er in Ost-Berlin verhaftet, kurze Zeit später jedoch wieder entlassen wurde. Am Nachmittag des 17. Juni 1953 wurde er erneut verhaftet und durch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) an die sowjetischen Behörden übergeben. Nur einen Tag später wurde er standrechtlich erschossen. Sein Leichnam ist bis heute verschollen. 2003 wurde er von der russischen Militärstaatsanwaltschaft vollständig rehabilitiert.

Göttling wurde zu einem Symbol für die staatliche Willkür bei der Niederschlagung des Volksaufstands. Seine Hinrichtung war die erste bekanntgewordene Vollstreckung eines Standgerichtsurteils nach dem 17. Juni 1953. Bis heute ist nicht geklärt, ob Willi Göttling überhaupt an den Protesten beteiligt war. Ein Augenzeuge berichtete elf Tage später, dass er am Mittag des 17. Juni mit Willi Göttling vom Potsdamer Platz aus in den „Ostsektor" gelaufen sei. Ihnen sei nicht bekannt gewesen, dass die sowjetischen Besatzungsbehörden inzwischen den Ausnahmezustand verhängt hatten. Vor dem Sitz der DDR-Regierung im Haus der Ministerien an der Wilhelmstraße seien sie in eine Sperrkette der Kasernierten Volkspolizei geraten. Wahllos seien Männer und Frauen verhaftet worden, so auch Willi Göttling.

Von Nachbarn erfuhr seine Mutter später, dass ihr Sohn am 18. Juni standrechtlich erschossen wurde. In der Meldung hieß es: „Hiermit wird bekanntgegeben, dass Willi Göttling, Bewohner von West-Berlin, der im Auftrage eines ausländischen Aufklärungsdienstes handelte und einer der aktiven Organisatoren der Provokationen und der Unruhen im sowjetischen Sektor von Berlin war […] zum Tode durch Erschießen verurteilt wurde. Das Urteil wurde vollstreckt.[1]"

[1] Zitiert nach: „Bekanntmachung des Militärkommandanten des sowjetischen Sektors von Berlin vom 18. Juni 1953", in: Neues Deutschland vom 19.06.1953.

Quellen: Kowalczuk, Ilko-Sascha (2010): Göttling, Willi, in: Müller-Enbergs, Helmut / Wielgohs, Jan / Hoffmann, Dieter et al. (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? Ein Lexikon ostdeutscher Biographien. Berlin: Ch. Links Verlag, online unter: https://t1p.de/kb5mq; Ahrberg, Edda / Hertle, Hans-Hermann / Hollitzer, Tobias & Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Hrsg.) (2004): Die Toten des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953. Münster: LIT Verlag, S. 25–29.

Denkmal für die Maueropfer/Straße des 17. Juni

Mitte. Die Straße des 17. Juni führt vom Brandenburger Tor durch den Großen Tiergarten und das Gelände der Technischen Universität zum Ernst-Reuter-Platz im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf. Zum Gedenken an die Opfer des Volksaufstandes in der DDR vom 17. Juni 1953 erhielt der im östlichen Teil ursprünglich Charlottenburger Chaussee und im westlichen Teil Berliner Straße genannte Straßenzug seinen heutigen Namen. Den Beschluss dazu fasste der Senat von Berlin am 22. Juni 1953.

Nahe dem Reichstag befindet sich in der Mitte zwischen den Fahrspuren auf der Straße des 17. Juni ein aus Hohlblocksteinen gemauertes Denkmal. Als „Mauer der Mahnung" wurde es am 17. November 1961 auf Initiative des Hochschularbeitskreises Unteilbares Deutschland errichtet. Die symbolische Mauer ist etwa einen Meter hoch und 2,70 Meter lang und trägt eine Inschrift.

Auch in anderen Städten wurde – allerdings temporär – als Mahnmal in den 1960er Jahren ein „Stück Schandmauer" errichtet. So wurde in der Nacht zum 17. Juni 1962 in Esslingen und in Wolfenbüttel jeweils quer über eine Straße eine Mauer errichtet. Ähnliches geschah in der Nacht zum 17. Juni 1966 in Gengenbach, wo auf einer Hauptstraße die Berliner Mauer mit Warntafeln nachgebildet wurde. Eine weitere Aktion wurde 1967 in Ahrensburg durchgeführt.

Im Juni 2019 wurde das Denkmal auf dem Mittelstreifen der Straße des 17. Juni von Unbekannten zerstört.

Inschrift: Den Opfern der Mauer / 13. August 1961
Standort: Berlin / Mitte, Straße des 17. Juni

Denkmal für die Maueropfer an der Straße des 17. Juni.
© Bundesstiftung Aufarbeitung / Ruth Gleinig

Die Stele gegenüber dem alten Borsig-Werkstor in Tegel erinnert an den Marsch der Stahlwerker während des Volksaufstandes. © Bundesstiftung Aufarbeitung / Ruth Gleinig

Gerhard Santura

6. Mai 1934 – 17. Juni 1953

Gerhard Santura wohnte im Westteil Berlins. Er hatte eine Lehre als Elektroinstallateur abgeschlossen und sollte im Juni 1953 seine erste Arbeitsstelle antreten. Am 17. Juni ging er mit seinen Eltern im Tiergarten spazieren und von dort aus mit einem Freund zur Gaststätte „Haus Vaterland" am Potsdamer Platz. Ein Schuss, der aus dem Konsumgebäude abgefeuert wurde, traf Santura direkt ins Herz. Er wurde noch in das West-Berliner Elisabeth-Krankenhaus gebracht, wo sein Tod festgestellt wurde. Gerhard Santura wurde auf dem Rudolf-Wilde-Platz vor dem Schöneberger Rathaus aufgebahrt, wo am 23. Juni 1953 ein Staatsbegräbnis für die acht Todesopfer des Volksaufstandes stattfand. Nach der Trauerfeier wurden er und die anderen Opfer auf dem Friedhof Seestraße beigesetzt. In der Berufsschule Eiswerder, wo Santura seine Lehre zum Elektroinstallateur absolviert hatte, fand am 25. Juni eine Trauerfeier zu seinen Ehren statt.

Quellen: Ahrberg, Edda / Hertle, Hans-Hermann / Hollitzer, Tobias & Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Hrsg.) (2004): Die Toten des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953. Münster: LIT Verlag, S. 24.

Stele mit Gedenktafel zum 17. Juni 1953

Reinickendorf. Am Vormittag des 17. Juni 1953 marschierten 12.000 streikende Stahlarbeiter aus dem nördlich von Berlin gelegenen Hennigsdorf bei strömendem Regen durch den französischen Sektor in Richtung Zentrum, um vor dem 27 Kilometer entfernten Haus der Ministerien zusammen mit zehntausenden Demonstranten gegen die SED-Herrschaft zu protestieren.

Gegenüber dem alten Borsig-Werkstor im Ortsteil Tegel wurde am 14. Juni 1963 in einer kleinen Parkanlage eine etwa zwei Meter hohe Stele des ungarischen Bildhauers Sartory enthüllt, die an den Marsch der Stahlwerker während des Volksaufstandes in der DDR erinnert. Die neben der Stele befindliche Bronzetafel trägt eine Inschrift. Nach einem Diebstahl der Gedenktafel 2013, wurde diese erneuert und befindet sich wieder neben der Stele.

Inschrift: Hier zogen am 17. Juni 1953/die Hennigsdorfer Stahlarbeiter/vorbei zur Stadtmitte/ und forderten/die Wiedervereinigung/des deutschen Volkes/durch freie Wahlen

Standort: Berlin/Reinickendorf, Berliner Straße

Gedenkstein für die Opfer des Zweiten Weltkrieges und zur Erinnerung an die Teilung Deutschlands

Tempelhof-Schöneberg. Auf Initiative der CDU-Ortsgruppe Tempelhof wurde am 23. August 1958 in Anwesenheit vieler Tempelhofer auf der Marienhöhe ein Gedenkstein zur Erinnerung an die Opfer des Zweiten Weltkrieges und gegen die Teilung Deutschlands enthüllt. Der damalige Bezirksbürgermeister von Tempelhof sprach die Hoffnung aus, dass dieser schlichte Gedenkstein das Bewusstsein der Zusammengehörigkeit aller Deutschen stärken und immer wieder neu wecken möge. Bis heute wird hier mit Kranzniederlegungen der Opfer des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 gedacht. Der aus dem Odenwald stammende Findling trägt eine Inschrift.

Inschrift: Denen, die nicht zurückkehrten, die ihre Heimat verloren, die noch in Knechtschaft leben

Standort: Berlin / Tempelhof-Schöneberg, Marienhöhe in Mariendorf

Horst Bernhagen

16. März 1932 – 17. Juni 1953

Horst Bernhagen arbeitete 1953 als Fernmeldemonteur beim Berliner Rundfunk im Ostteil der Stadt. Am 17. Juni schloss er sich dem Streik an und ging mit Kollegen zum Potsdamer Platz. Einer seiner Arbeitskollegen berichtete später, dass sie sich im strömenden Regen aus den Augen verloren hätten. Bernhagen wurde um 12.40 Uhr schwer verletzt in das West-Berliner Elisabeth-Krankenhaus eingeliefert. Im RIAS wurde kurze Zeit später sein Tod gemeldet. Nachbarn, die die Todesmeldung im Radio gehört hatten, informierten seine Mutter, Elisabeth Bernhagen. Am 19. Juni überquerte sie die Sektorengrenze, um in das Krankenhaus zu gelangen. Der einzige Trost war die Versicherung des Chefarztes, dass ihr Sohn vor seinem Tod keine Schmerzen erleiden musste. Gegen eine Empfangsbescheinigung erhielt sie die verbliebenden Wertgegenstände des Sohnes: eine Brieftasche, eine Armbanduhr und ein Silberring. Sein fast neues Rennrad, mit dem er zum Potsdamer Platz gefahren war, tauchte auch später nicht mehr auf. Gegenüber der West-Berliner Polizei äußerte Elisabeth Bernhagen, dass ihr Sohn keiner Organisation angehört und sich nie politisch engagiert hatte. Sein ganzes Interesse galt allein dem Sport. Horst Bernhagen wurde auf dem Rudolf-Wilde-Platz vor dem Schöneberger Rathaus aufgebahrt, wo am 23. Juni 1953 ein Staatsbegräbnis für die acht Todesopfer des Volksaufstandes stattfand. Anschließend wurden er und die anderen Opfer auf dem Friedhof Seestraße beigesetzt.

Quellen: Ahrberg, Edda / Hertle, Hans-Hermann / Hollitzer, Tobias & Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Hrsg.) (2004): Die Toten des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953. Münster: LIT Verlag, S. 14 f.

Der Gedenkstein auf der Tempelhofer Marienhöhe wurde durch Graffitischäden verunglimpft.
© Bundesstiftung Aufarbeitung / Ruth Gleinig

Zum 60. Jahrestag des Volksaufstandes wurde 2013 am Ausflugslokal „Rübezahl" ein Gedenkstein zur Erinnerung an den 17. Juni 1953 errichtet. © Bundesstiftung Aufarbeitung / Karoline Punke

Gedenkstein zur Erinnerung an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953

Treptow-Köpenick. Kurz vor dem Volksaufstand am 17. Juni 1953 unternahmen 600 Arbeiter der Krankenhaus-Baustelle am Friedrichshain einen Betriebsausflug in den Berliner Osten. Hauptgesprächsthema war dabei die staatlich verordnete Normerhöhung, die reale Einkommensverluste bedeuten würde. An diesem Sonnabend fiel der Entschluss zum Streik, der schließlich die landesweite Erhebung auslöste. In Treptow und Köpenick beteiligten sich 17.000 von 20.000 Arbeitern am Streik. Die großen an der Spree gelegenen Betriebe wie das Elektro-Apparate-Werk Treptow, das Kabelwerk Oberspree, die Yachtwerft Wendenschloss und das Funkwerk Köpenick waren durch den Streik fast vollständig blockiert.

Zum 60. Jahrestag der Ereignisse im Jahr 2013 wurde am Ausflugslokal „Rübezahl" auf Initiative des Heimatvereins Köpenick und insbesondere des Lokalreporters Ralf Dreschers, ein Gedenkstein eingeweiht, der an die wenig bekannte Vorgeschichte erinnert. In seiner Eröffnungsrede würdigte der Bezirksbürgermeister von Treptow-Köpenick, Oliver Igel, das Aufbegehren der Industriearbeiter des Bezirks gegen das SED-Regime sowie die zivilgesellschaftliche Initiative zur Errichtung des Erinnerungsortes. Der vom Technischen Hilfswerk aufgestellte rötliche Findling trägt eine Inschrift.

Inschrift: Zur Erinnerung an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 // Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR hatte hier / seinen Ausgangspunkt. Bei einem Ausflug der Arbeiter der / Baustelle Krankenhaus Friedrichshain vier Tage zuvor wurden / bereits auf der Fahrt zum Müggelsee die von der SED-Führung / beschlossenen Normerhöhungen diskutiert. Hier, im nahen / Biergarten der Gaststätte „Rübezahl", entschlossen sich die / Arbeiter zum Streik. // In den folgenden Tagen kam es zu ersten Arbeitsnieder- / legungen, die sich bis zum 17. Juni zu einem Volksaufstand in / der gesamten DDR ausweiteten. Mehr als eine Million / Menschen beteiligten sich in über 700 Orten an dem / Volksaufstand, der gewaltsam niedergeschlagen wurde.

Standort: Berlin/Treptow-Köpenick, Müggelheimer Damm 143

Mahnmal für die Opfer der Unfreiheit

Steglitz-Zehlendorf. Mit einer Reihe von Gedenkveranstaltungen wurde jedes Jahr in der Bundesrepublik Deutschland und besonders im Westteil Berlins an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR erinnert. Dabei entstand die Tradition, an höhergelegenen Orten jeweils am Vorabend des 17. Juni Mahnfeuer zu entzünden. Diese Mahnfeuer sollten bis weit in die DDR bzw. auch nach Ost-Berlin leuchten. Im West-Berliner Bezirk Steglitz entstand 1959 auf dem Rodelberg an der Osdorfer Straße das „Mahnmal für die Opfer der Unfreiheit". Auf dem aus Sandstein des Reichstagsgebäudes bestehenden Denkmal wurde eine Feuerschale installiert, in der während der Einweihung am Abend des 16. Juni 1959 erstmals ein solches Mahnfeuer entzündet wurde. Die Feuerschale ist heute nicht mehr vorhanden.

Inschrift: Den / Opfern / der / Unfreiheit // Errichtet / am / 17. Juni 1959
Standort: Berlin / Steglitz-Zehlendorf, an der Kuppe des Rodelberges, von Lichterfelder Ring / Osdorfer Straße abgehende Kleingartenanlage Kolonie an der Rodelbahn

Gerhard Schulze
8. September 1911 – 18. Juni 1953

Gerhard Schulze war verheiratet und hatte zwei Kinder. 1953 wohnte er mit seiner Familie im West-Berliner Stadtbezirk Steglitz. In den Abendstunden des 17. Juni wurde er auf dem Potsdamer Platz durch tödliche Schüsse getroffen. Er starb am nächsten Tag. Gerhard Schulze wurde auf dem Rudolf-Wilde-Platz vor dem Schöneberger Rathaus aufgebahrt, wo am 23. Juni 1953 ein Staatsbegräbnis für die acht Todesopfer des Volksaufstandes stattfand. Nach der Trauerfeier wurden er und die anderen Opfer auf dem Friedhof Seestraße beigesetzt.

Quellen: Ahrberg, Edda / Hertle, Hans-Hermann / Hollitzer, Tobias & Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Hrsg.) (2004): Die Toten des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953. Münster: LIT Verlag, S. 22.

Das Mahnmal für die Opfer der Unfreiheit wurde durch Graffitischäden verunglimpft.
© Bundesstiftung Aufarbeitung / Benedikt Verhaegh

Gedenkstätte zum 17. Juni 1953 auf dem Mittelstreifen der Potsdamer Chaussee.
© Bundesstiftung Aufarbeitung / Ruth Gleinig

Gedenkstätte zum 17. Juni 1953

Steglitz-Zehlendorf. Eine Woche nach dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR und in Ost-Berlin errichteten Beteiligte, die nach West-Berlin geflüchtet waren, ein provisorisches Gedenkkreuz vor dem sowjetischen Panzer, der nach dem Sieg der Roten Armee 1945 auf dem Mittelstreifen der Potsdamer Chaussee aufgestellt worden war. Das bereits an diesem 25. Juni 1953 spontan errichtete Holzkreuz vor dem Panzer wurde am 20. Juli 1953 durch ein neues Holzkreuz mit Gedenktafel ersetzt. Der Panzer musste durch einen Maschendrahtkäfig vor Anschlägen geschützt werden und wurde einige Jahre später schließlich auf das Gebiet der DDR nahe dem früheren Grenzübergang Dreilinden verlegt. Hier findet alljährlich am Vorabend des 17. Juni eine Gedenkfeier der Vereinigung des 17. Juni 1953 e.V. statt.

Gegenüber dem Kreuz hat im Beisein von Alexander Kerenski, Ministerpräsident der durch die Oktoberevolution 1917 gestürzten sozialistisch-liberalen Regierung Russlands, die Vereinigung 17. Juni 1953 e.V. 1954 einen Gedenkstein eingeweiht. Dieser soll an jene sowjetischen Soldaten und Offiziere erinnern, die bisher unbestätigten Berichten zufolge, während des Volksaufstandes den Befehl verweigerten, deutsche „Aufrührer“ zu erschießen. Die Informationen, die zur Errichtung des Denkmals führten, entstammen einem Flugblatt, das eine russische Emigranten- und Widerstandsorganisation herausgegeben hat. Danach sind im Morgengrauen des 27. Juni 1953 bei Biedritz, im damaligen Bezirk Magdeburg, vor dem angetretenen 73. sowjetischen Schützenregiment 18 Soldaten erschossen worden. Doch weder in den deutschen noch in den russischen Archiven fand sich eine Spur dieser Exekution. Der sowjetische Offizier, von dem die Informationen stammten, war bereits im April 1953 in den Westen geflohen, also Monate vor dem Volksaufstand. Die Forschung geht gegenwärtig davon aus, dass es sich bei der Nachricht von den erschossenen Sowjetsoldaten um eine Fehlinformation gehandelt hat.

Inschriften: **Auf der Gedenktafel:** Den / und / unerschrockenen / Kämpfern / für / Menschenrecht / Menschenwürde / für / Wahrheit und Freiheit / 17. Juni 1953
Auf dem Gedenkstein: Den / russischen / Offizieren / und / Soldaten, / die sterben mussten, / weil sie sich / weigerten, auf die / Freiheitskämpfer / des 17. Juni 1953 / zu schießen
Auf dem Hinweisschild: Gedenkstätte / 17. Juni 1953
Auf der Erinnerungstafel: Wieviel Menschen sind froh, dass DU gelebt – // Unserem 1. Vorsitzenden, / dem aktiven Kämpfer des Volksaufstandes 1953 // Manfred Plöckinger // 19.01.1932–19.12. 2002 // zum ehrenden Gedenken // Vereinigung 17. Juni 1953 e.V.

Standort: Berlin / Steglitz-Zehlendorf, Potsdamer Chaussee, Avuseinfahrt

Brandenburg

Gedenkstelen und Gedenktafeln in Erinnerung an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953

Brandenburg an der Havel. In der Steinstraße befand sich von 1863 bis 2004 das Amtsgericht der Stadt Brandenburg an der Havel. Seit Juni 2007 dient das Gebäude als Sitz der Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg.

Vor dem Amtsgericht versammelten sich am 17. Juni 1953 tausende Einwohner der Stadt und protestierten gegen die Politik der SED. Die Menschen forderten freie Wahlen, die Senkung der Arbeitsnormen und die Freilassung der politischen Gefangenen. Schätzungen der Volkspolizei ergaben, dass am frühen Vormittag bereits 15.000 Menschen in der Innenstadt demonstrierten. Einige machten sich auf den Weg zum Amtsgericht sowie zur Untersuchungshaftanstalt und es gelang ihnen, die Freilassung von 42 politischen Häftlingen zu erreichen. Am Nachmittag wurde der Aufstand durch das sowjetische Militär niedergeschlagen. Volkspolizei und Staatssicherheit verhafteten die „Rädelsführer“ und „Provokateure“, die anschließend zu langjährigen Haftstrafen verurteilt wurden.

Es wurde lange in der Stadt diskutiert, wie ein würdiges Gedenken an die Ereignisse vom 17. Juni 1953 aussehen sollte. Der Fraktionsvorsitzende der Stadtverordneten der Linkspartei regte an, eine Tafel zum Gedenken an die Opfer des Stalinismus am Gebäude der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des Kreisgerichts Brandenburg-Stadt anzubringen. Letztendlich entschied sich auch die Stadtverwaltung für Gedenktafeln an diesem Ort. Unter der Leitung der Generalstaatsanwaltschaft wurden zwei Gedenktafeln hergestellt und im Rahmen des Tags der Offenen Tür der Behörde, am 17. Juni 2009, enthüllt. Die Tafeln, eine Bronzetafel und eine Glastafel, befinden sich am Gebäude der früheren Untersuchungshaftanstalt im Hinterhof.

Zum 60. Jahrestag des Volksaufstands wurden 2013 auf Beschluss der Stadtverwaltung, des Generalstaatsanwaltes a. D., Prof. Dr. Rautenberg, sowie der Bürgerstiftung Brandenburg an der Havel vor dem Gebäude der Steinstraße 61 zusätzliche Stelen eingeweiht, die auf die Ereignisse am 17. Juni 1953 in der Stadt verweisen

Am Sitz der heutigen Generalstaatsanwaltschaft in Brandenburg an der Havel erinnern Gedenktafeln an die Ereignisse des 17. Juni 1953 an diesem Ort.
© Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg

Im Gebäude der Generalstaatsanwaltschaft befinden sich weitere Informationstafeln zum 17. Juni 1953 in Brandenburg sowie zur Geschichte der Stadt und des Gebäudes wie z. B. eine Bilddokumentation des Stadtmuseums Brandenburg.

Inschriften: **Bronzetafel:** Zum Gedenken / an die Opfer / des Stalinismus // 17. Juni 2009
Glastafel: Ehemalige / Untersuchungshaftanstalt / des Kreisgerichts / Brandenburg-Stadt // Am 17. Juni 1953 drangen zahlreiche / Demonstranten in das Kreisgericht ein / und forderten auf dem Hof vor der / Untersuchungshaftanstalt die Freilassung / der politischen Gefangenen. / Ein Verhandlungskomitee erhielt Einlass / und erreichte, dass ein Richter 28 Männer / und 14 Frauen aus der Haft entließ.

Standort: Brandenburg an der Havel, Steinstraße 61

Ulrich Tettenborn
21. März 1931 – unbekannt

Auch im Stahl- und Walzwerk Brandenburg wurde am Morgen des 17. Juni 1953 diskutiert, wie man sich in der aktuellen Situation verhalten sollte. Es wurde beschlossen, eine Delegation nach Berlin zu schicken. Da Ulrich Tettenborn, Ingenieur im Stahl- und Walzwerk, die Diskussionen zu lange dauerten, beschloss er die Werkssirene einzuschalten, um die Kollegen aufzurütteln. Auf dem Weg dorthin nahm ihn der Betriebsschutz, bestehend aus FDJ- und FDGB-Vertretern, fest. Er wurde zuerst in das NKWD-Gefängnis Brandenburg und später ins Gefängnis Lindenstraße in Potsdam gebracht, wo er gefoltert wurde. Er sollte gestehen, vom Westen aus angestachelt worden zu sein. Am 24. Juni 1953 verurteilte ihn das Bezirksgericht Potsdam als angeblichen „Rädelsführer" und wegen „Boykotthetze" zu einem Jahr und sechs Monaten Haft. Bereits am 3. Juli 1953 wurde das Urteil gegen ihn wieder aufgehoben, da das Oberste Gericht der DDR nur eine „geringe Schuld" und „unbedeutende Folgen der Tat" erkannte. Ullrich Tettenborn wurde am 12. Juli 1953 aus dem Gefängnis entlassen. Wenig später floh er in die Bundesrepublik.

Quellen: „Langlebig – Legenden zum Volksaufstand", rbb fernsehen, Klartext vom 17.06.2003, online unter: https://t1p.de/obogo

Gedenktafel zum 17. Juni 1953

Eisenhüttenstadt. Im Mai 1953 erhielt der Ort den Namen des im März verstorbenen sowjetischen Diktators Stalin. Hier, auf der grünen Wiese, unweit der polnischen Grenze, sollte ein Zentrum der DDR-Stahlindustrie entstehen. In der auf dem Reißbrett entworfenen Musterstadt arbeiteten damals bereits über 20.000 Menschen. Die Mehrzahl von ihnen wohnte noch in Barackenlagern. Der Ort war erst vier Monate zuvor zur Stadt erklärt worden. Bis 1961 trug er den Namen Stalinstadt.

Die Streiks in Stalinstadt begannen am frühen Nachmittag des 17. Juni 1953. Die ersten Bauarbeiter legten zum Schichtwechsel um 14.00 Uhr die Arbeit nieder. Sie marschierten über den riesigen Bauplatz und forderten ihre Kollegen auf, sich dem Protest anzuschließen. Von Stalinstadt aus marschierten tausende Demonstranten in den nahe gelegenen Ort Fürstenberg – beide Orte bildeten ab 1961 Eisenhüttenstadt. Auf dem Marktplatz von Fürstenberg kamen schließlich rund 2.000 Menschen zusammen, die unter anderem versuchten, die SED-Kreisleitung zu stürmen. In dieser Situation griff sowjetisches Militär ein und trieb mit Hilfe der Volkspolizei die Menschen auseinander. Mindestens 95 Demonstranten wurden verhaftet, unter ihnen viele, die nicht älter als 24 Jahre waren. Das Bezirksgericht verurteilte den 18-jährigen Werner Unger zu acht Jahren Zuchthaus, die anderen Mitangeklagten zu ein bis drei Jahren.

50 Jahre nach dem Volksaufstand, am 17. Juni 2003, wurde auf Initiative der Stadt Eisenhüttenstadt am historischen Marktplatz von Fürstenberg eine Gedenktafel enthüllt.

Inschrift: Wir erinnern an den 17. Juni 1953,/als auch Bürger dieser Stadt/für Demokratie und bessere Lebens-/verhältnisse demonstrierten./Dieses Aufbegehren wurde von der/SED-Führung und der sowjetischen Besatzungsmacht brutal unterdrückt./Die Bürger von Eisenhüttenstadt/im Juni 2003

Standort: Eisenhüttenstadt, Rathaus Fürstenberg, Markt 1

Werner Unger
1935 – unbekannt

Auch in der damaligen Stalinstadt begannen am 17. Juni 1953 die ersten von den Bauarbeitern initiierten Streiks. Dem Protestzug von Stalinstadt nach Fürstenberg – das heute zu Eisenhüttenstadt gehört – gingen die Zimmerleute mit ihren gut sichtbaren Äxten und Hämmern voran. Während sich auf dem Weg mehrere

Seit 2003 erinnert eine Gedenktafel am historischen Marktplatz in Eisenhüttenstadt an den Einsatz für Demokratie während des Volksaufstandes. © Stadtarchiv Eisenhüttenstadt / Dominic Mocker.

Das Kunstwerk von Heidi Wagner-Kerkhof auf dem ehemaligen Hennigsdorfer Dorfanger erinnert an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953.
© Bundesstiftung Aufarbeitung / Oliver Boyn

tausend Demonstranten, darunter auch zahlreiche Bauarbeiter, anschlossen, blieben die meisten Hüttenleute bei den Schmelzöfen. Von den Bauarbeitern wurden sie daher spöttisch als „rote Hochöfner" bezeichnet. In der aufgeladenen Atmosphäre blieben deshalb Auseinandersetzung zwischen den Streikenden und den Streikbrechern nicht aus.

In Eisenhüttenstadt zog der Demonstrationszug direkt zur SED-Kreisleitung. Als die dortigen Funktionäre jegliche Gespräche ablehnten, versuchten die Demonstranten das Gebäude zu stürmen. Das sowjetische Militär griff mit Unterstützung der Volkspolizei ein und trieb die Demonstranten auseinander. Es kam zu zahlreichen Verhaftungen. Das Bezirksgericht Frankfurt/Oder verurteilte 26 Angeklagte wegen „Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen" zu Haftstrafen zwischen ein und drei Jahren. Die Höchststrafe wurde gegen den 18-jährigen Werner Unger verhängt, der zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt wurde.

Quellen: Fromm, Günter: Der 17. Juni 1953 und der November 1989 in Eisenhüttenstadt, online unter: https://t1p.de/g2jmx; „Der Aufstand im Bezirk Frankfurt (Oder). Unruhen in der sozialistischen Musterstadt ‚Stalinstadt'", in: Das Stasi-Unterlagen-Archiv im Bundesarchiv, online unter: https://t1p.de/xv03z.

Denkmal an den 17. Juni 1953 und an den Herbst 1989

Hennigsdorf. In Hennigsdorf begannen am 30. Mai 1953 die ersten Streiks gegen die vom SED-Regime angekündigte zehnprozentige Normenerhöhung – die praktisch einer entsprechenden Lohnkürzung gleichkam. Ein Teil der Frühschicht des Lokomotivbau Elektrotechnische Werke (LEW) Hennigsdorf protestierte, weil für einzelne Brigaden die Normen sogar um bis zu 39 Prozent erhöht werden sollten. Am 9. Juni streikten etwa 2.000 Arbeiter des Stahl- und Walzwerkes Hennigsdorf. Auch nachdem fünf Arbeiter verhaftet wurden, ging der Streik am folgenden Tag weiter. Das SED-Regime ließ die Festgenommenen frei und nahm die Normenerhöhung zurück. Dennoch gingen die Proteste weiter.

Am 17. Juni marschierten tausende Arbeiter zu Fuß von Hennigsdorf über West-Berlin nach Berlin-Mitte. Die Strecke umfasste mehr als 30 Kilometer. Sie durchbrachen dabei die Absperrung zum französischen Sektor, wurden in West-Berlin von der dortigen Polizei eskortiert und nahmen schließlich am Haus der Ministerien in Ost-Berlin an der Demonstration gegen die Regierung teil. Vor allem Arbeiter der Stahlwerke und des LEW gehörten zu den Demonstranten. Andere Belegschaften und Anwohner der angrenzenden Straßen schlossen sich dem Zug an, so dass dieser auf etwa 15.000 Menschen an-

schwoll. Die Volkspolizei berichtete, dass es ihr nicht gelungen sei, die Demonstrationen zu zerschlagen. Am 18. Juni die Streiks in Hennigsdorf fortgesetzt wurden, besetzten sowjetische Truppen, die Grenzpolizei und der Betriebsschutz das Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf.

Am 3. Oktober 1993, dem 3. Jahrestag der Deutschen Einheit, wurden auf dem ehemaligen Dorfanger in Hennigsdorf ein Kunstwerk von Heidi Wagner-Kerkhof eingeweiht, die sowohl dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 als auch dem Fall der Mauer im Herbst 1989 gewidmet ist. Zwischen drei Kalksteinstelen mit der Aufschrift „17. Juni 1953“ und einer horizontal und vertikal eingerissenen Stahlwand mit der Aufschrift „Herbst 1989“ liegt ein 36 Meter langer Weg, der die Jahre zwischen 1953 und 1989 symbolisieren soll.

Anlässlich des 60. Jahrestages des Volksaufstandes in der DDR erhielt am 16. Juni 2013 der Bereich vor dem Denkmal den Namen „Platz des 17. Juni 1953“. Die Einweihung erfolgte zum Abschluss einer Sonderfahrt mit dem Bus, bei der die Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Weg der Hennigsdorfer Arbeiter am 17. Juni nachverfolgten.

Inschrift: **Am Denkmal aus Kalkstein:** 17. Juni 1953
Am Denkmal aus Stahl: Herbst 1989
Standort: Hennigsdorf, Auf dem alten Dorfanger

Rudolf Lampe und Kurt Panitz
1928 und 1920 – unbekannt

Rudolf Lampe und Kurt Panitz waren am 17. Juni 1953 am Demonstrationszug der Hennigsdorfer Stahlarbeiter nach Ost-Berlin zum Haus der Ministerien beteiligt. Beide Facharbeiter kamen gebürtig aus dem heutigen Polen, hatten während des Zweiten Weltkrieges als Soldaten gedient und fanden nach ihrer Freilassung aus der Kriegsgefangenschaft eine Anstellung im Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf. Sie verhielten sich politisch unauffällig und galten als fleißige und tüchtige Arbeiter. Vom Streik der Ost-Berliner Bauarbeiter erfuhren sie aus dem Rundfunk. Zwar hatte es zuvor auch in den Hennigsdorfer Betrieben Protest und Unmut gegeben. Aber den Streik in der Stalinallee empfanden Panitz und Lampe als entscheidenden Anstoß. Daher schlossen sich die beiden spontan an, als die Hennigsdorfer Stahlarbeiter nach Berlin marschierten.

Lampe und Panitz blieb in Erinnerung, wie die Demonstranten den Schlagbaum an der Sektorengrenze bei Heiligensee herausschlugen und später die Plakate am Walter-Ulbricht-Stadion herunterrissen und dass sie

Am 17. Juni 1953 marschierten tausende Arbeiter von Hennigsdorf nach Berlin, um an Demonstrationen gegen die SED-Regierung teilzunehmen.
© Bundesstiftung Aufarbeitung / Oliver Boyn

Vor dem ehemaligen Neuruppiner Gefängnis erinnert seit 2003 eine Informationstafel an die örtlichen Ereignisse vom 17. Juni 1953. © Bundesstiftung Aufarbeitung / Robert Grünbaum

auf ihrem Weg durch West-Berlin zum Potsdamer Platz Schokoladen und Zigaretten geschenkt bekamen. Rudolf Lampe entsann sich außerdem, wie er bei Heiligensee einem von den Demonstranten in den Straßengraben gestoßenen FDJler wieder auf die Beine half. Kurt Panitz schilderte eine Episode, wonach die Demonstranten einen Mann aus dem Auto holten und ihn nötigten, sich dem Protestzug anzuschließen.

Als sich die Situation am Potsdamer Platz zuspitzte und die sowjetische Besatzungsmacht mit Gewalt gegen die Demonstranten vorging, zogen sich die Hennigsdorfer Arbeiter nach West-Berlin zurück und traten anschließend den Heimweg an. Sowohl Rudolf Lampe als auch Kurt Panitz wurden bei der Rückkehr auf das Betriebsgelände in Hennigsdorf zwar offiziell als Teilnehmer der Demonstration registriert, glücklicherweise geschah ihnen jedoch nichts. Erst nach der Friedlichen Revolution 1989 konnten sie über die Ereignisse des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 und ihre Erfahrungen offen sprechen.

Quellen: Leo, Annette (1999): Tabu und Tradition. Der 17. Juni und der 100-Tage-Streik in der Erinnerung der Hennigsdorfer Stahlarbeiter, in: BIOS Zeitschrift für Biographieforschung und Oral History, Heft 1, Jahrgang 12, S. 58–72.

Informationstafel zum 17. Juni 1953

Neuruppin. Die Stadtverordnetenversammlung Neuruppin beschloss am 16. Juni 2003 auf Antrag der SPD die Errichtung einer Informationstafel, um über die Ereignisse des 17. Juni 1953 in Neuruppin zu erinnern. Sie reagierte damit auch auf einen Aufruf der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur anlässlich des 50. Jahrestages des Volksaufstandes, Orte des Erinnerns zu schaffen, indem Straßen oder Plätze nach Akteuren des 17. Juni benannt werden. Als Ort für die Informationstafel wurde das frühere Neuruppiner Gefängnis gewählt. Hier war es bereits am 12. Juni 1953 zu einer Demonstration von Einwohnern gekommen, die ihre inhaftierten Angehörigen befreien wollten. Zuvor war das Gerücht umgegangen, dass der Ministerrat der DDR eine Verordnung erlassen habe, wonach die Gefangenen freigelassen werden sollten.

Inschrift: 17. Juni 1953 / Volksaufstand / in der DDR // Im Juni 1953 demonstrierten hunderttausende / Menschen in mehr als 500 Städten und Gemeinden / der DDR für demokratische Rechte und Freiheiten / und für die Wiederherstellung der deutschen Einheit. / Diese Proteste wurden durch den Einsatz der / Roten Armee niedergeschlagen. // In Neuruppin war eine Ausgangssperre erlassen / worden, russische Panzer waren in / der Karl-Marx-Straße, am Rheinsberger Tor und dem / Fontanedenkmal postiert. // Am 12. Juni versammelten sich hier an diesem / Standort weit über 600 Einwohner,

die Blumensträuße/bei sich hatten. Sie wollten die Freilassung ihrer/Angehörigen, die im Gerichtsgefängnis inhaftiert/waren, erreichen. Der Protest dauerte zwei Stunden,/zu Zwischenfällen kam es nicht. Durch den/Hintereingang des Gefängnisses wurden/die Inhaftierten entlassen.//Am 10. Oktober 1989 fand in Neuruppin das erste/große Friedensgebet in der Klosterkirche/statt – weitere folgten. Diese Demonstrationen/und Proteste im ganzen Land führten dann zum/Ende der DDR und der Wiedervereinigung/Deutschlands.//Zur Erinnerung an diese Geschehnisse wurde/diese Tafel am 10. Oktober 2003 enthüllt.

Standort: Neuruppin, Karl-Marx-Straße (am Amtsgericht)

Gedenkstein zum 17. Juni 1953

Strausberg. Am 17. Juni 1953 zog der damals 20-jährige Heinz Grünhagen – Vorarbeiter auf einer Baustelle bei Strausberg – mit 1.000 Bauarbeitern in einem Konvoi aus Lastern und Kippern Richtung Berlin los, um gegen die Normenerhöhungen zu demonstrieren. Aufgrund des noch am 17. Juni 1953 verhängten Ausnahmezustandes wurden die Protestierenden von russischen Soldaten zur Umkehr gezwungen. Grünhagen wurde am folgenden Tag verhaftet und nach Frankfurt (Oder) ins Gefängnis der Staatssicherheit gebracht. In einem Schauprozess gegen ihn und fünf andere Kollegen am 26. Juni 1953 wurde er zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Unter der Überschrift „Das Ende der Provokateure von Strausberg“ berichtete damals die Lokalzeitung über sein Schicksal. Heinz Grünhagen wurde nach 1990 rehabilitiert.

Am 48. Jahrestag des Volksaufstandes errichtete man 2001 in Strausberg einen Gedenkstein für die Opfer des 17. Juni 1953. Der Gedenkstein geht auf das Engagement Heinz Grünhagens zurück.

Nach jahrelanger Diskussion in der Stadt konnten der Bürgermeister und der damalige Streikleiter Heinz Grünhagen diesen Gedenkstein vor der heutigen Barnim-Kaserne enthüllen. Grünhagen bemühte sich auch danach weiter darum, die Erinnerung an die Ereignisse vom 17. Juni 1953 in Strausberg wachzuhalten. Anlässlich des 51. Jahrestages des Volksaufstandes in der DDR wurde am 17. Juni 2004 eine Zusatztafel mit den Namen aller Opfer aus Strausberg und ihren Haftstrafen angebracht.

2012 starb Heinz Grünhagen im Alter von 79 Jahren.

In Strausberg hält seit 2001 ein Gedenkstein die Erinnerung an die Ereignisse des 17. Juni 1953 wach.
© Bundesstiftung Aufarbeitung / Oliver Boyn

Inschriften: **Auf dem Gedenkstein:** Zur/Erinnerung/an die Opfer/des Aufstandes vom/17. Juni 1953 in Strausberg./Die Streikleitung wurde zu/langjährigen Haftstrafen/verurteilt
Auf der Zusatztafel: Günther Tillner 8 Jahre Zuchthaus/Heinz Grünhagen 5 Jahre Gefängnis/Walter Strak 3 Monate Gefängnis/Otto Fischer 7 Jahre Zuchthaus/Heinz Ritzleben 1 Jahr und/6 Monate Gefängnis/Siegfried Kiehnast 9 Monate Gefängnis

Standort: Strausberg, Vor der Barnim-Kaserne, Hennickendorfer Chaussee

Heinz Grünhagen

14. Februar 1933 – 11. Juli 2012

Im Sommer 1953 war der 20-jährige Heinz Grünhagen frisch verheiratet, seine Frau erwartete ein Kind. Das Paar bezog eine Wohnung in Henneckendorf in der Nähe von Strausberg, wo Grünhagen als Vorarbeiter auf einer Baustelle tätig war und als Brigadier die Normabrechnung seiner Kollegen verantwortete.

Bereits am 16. Juni erfuhr Grünhagen aus dem Radio vom Streik der Ost-Berliner Bauarbeiter in der Stalinallee und davon, dass diese am nächsten Tag zum Regierungssitz ziehen wollten. Am Morgen des 17. Juni 1953 ließ er sich ins Streikkomitee der Baustelle wählen und zog mit 1.000 Kollegen in einem Konvoi aus Lastern und Kippern Richtung Berlin, um gegen die Normenerhöhungen zu demonstrieren. Auf dem Weg dorthin sammelten Grünhagen und seine Kollegen weitere Streikwillige aus den umliegenden Betrieben ein. Im Zementwerk Rüdersdorf setzten sie sich für die Freilassung der politischen Gefangenen ein, die an diesem Ort unter schwersten Bedingungen arbeiten mussten. Berlin erreichte der Protestzug jedoch nicht. Aufgrund des noch am selben Tag verhängten Ausnahmezustandes wurden die Protestierenden von russischen Soldaten zur Umkehr gezwungen.

Noch in der Nacht vom 17. auf den 18. Juni wurde Grünhagen verhaftet und zum Verhör nach Frankfurt (Oder) ins Gefängnis der Staatssicherheit gebracht. In einem Schauprozess gegen ihn und fünf weiteren Kollegen wurde er am 26. Juni 1953 zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Seine Haftzeit verbüßte er im Zuchthaus Luckau. Erst nach seiner Freilassung am 3. Januar 1957 konnte er seinen Sohn kennenlernen. Grünhagen blieb nach der Haftentlassung in der DDR und arbeitete im Straßenbau, wobei ihm jegliches berufliche Fortkommen aus politischen Gründen verwehrt blieb. Nach der Friedlichen Revolution 1989 engagierte er sich aktiv dafür, die Erinnerung an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 wach zu halten. Nach 1990 wurde Heinz Grünhagen rehabilitiert.

Quellen: Sello, Tom (2021): Ansprache. Die Erinnerung lebendig halten, in: Unvergessen. Eine Dokumentation zur Gedenkstunde im Abgeordnetenhaus von Berlin zum 68. Jahrestag des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 in der DDR, S. 21 f., online unter: https://t1p.de/w23ap; „Heinz Grünhagen", hrsg. v. Bundeszentrale für politische Bildung und Robert-Havemann-Gesellschaft e. V., online unter: https://t1p.de/179fi.

Skulptur „Forderung“ zur Erinnerung an den 17. Juni 1953

Teltow. In Teltow erinnert die Skulptur „Forderung“ an den Volksaufstand 1953. Das Streikkomitee aus Arbeitern des VEB Dralowid hatte sich am 17. Juni 1953 versammelt, um in einem Schreiben an den damaligen DDR-Ministerpräsidenten Otto Grotewohl auf die schlechte Versorgungslage, die stetige Normerhöhung und die miserablen Wohnverhältnisse aufmerksam zu machen. Die Arbeiter traten in einen Streik, woraufhin die Polizei das Werk umstellte und sieben von ihnen verhaftete. Die Frauen der Belegschaft entschieden sich, die Freilassung der Männer zu erpressen. Sie erklärten, ihre Arbeit erst wieder aufnehmen zu wollen, wenn die Entlassung der Verhafteten gewährleistet sei – mit Erfolg, denn die Staatsmacht beugte sich und die Männer kamen frei.

Schüler des Teltower Kant-Gymnasiums befassten sich im Rahmen eines Kunstprojekts mit den historischen Ereignissen des Aufstands 1953 in der Region. Unter anderem berichteten Zeitzeugen den Schülern von den Entwicklungen im VEB Dralowid. In Zusammenarbeit mit dem Geschichtslehrer Gregor Wilkening und dem Berliner Kunstschmied Thorsten Theel entwickelten die Schüler fünf Entwürfe für ein Denkmal, die der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt wurden. Die ausgewählte Skulptur versinnbildlicht den Zusammenhalt und die daraus resultierende Stärke der Menschen, wobei die gebündelten Stäbe die Frauen darstellen, die sich für die Freilassung der verhafteten Arbeiter einsetzten. Die rostbehafteten Kästen stehen für das System, gegen das sich die Demonstranten auflehnten. Während der Gedenkveranstaltung am 17. Juni 2011 erfolgte die feierliche Einweihung der Skulptur auf dem Hamburger Platz, der gegenüber dem früheren Eingangstor des VEB Dralowid liegt. Thomas Schmidt, Bürgermeister der Stadt Teltow, lobte das Gemeinschaftsprojekt von Gymnasium, der Stadt und dem Kunstschmied. Am Boden der Skulptur befindet sich eine Gedenktafel mit einer Inschrift.

Inschrift: Die Forderung/17. Juni 1953/Teltows historischer Streik/beginnt, als sieben Arbeiter des/Streikkomitees im VEB Dralowid/verhaftet werden. Die Frauen im/Betrieb reagieren mit einem/Ultimatum: ‚Wenn unsere/Männer wieder zu Hause sind,/arbeiten wir weiter!‘ Die Verhafteten kommen frei. Die/mutigen Frauen setzen sich nach/drei Tagen gegen die politische/Führung durch. Sie zeigten, wie/entschlossener Zusammenhalt/einen Machtapparat überwinden/kann, Teltow ehrt sie in diesem/Denkmal./Idee und Realisierung, 2011: Lena/Ritz, Marie-Therese Meye, Hannah/Schubert, Ivo Tittmann, Loreen/Westphal, Norbert Guratzsch,/Kira Fischer, Gregor Wilkening,/Immanuel Kant Gymnasium/Teltow und Torsten Theel,/Hofschmiede Dahlem.

Standort: Teltow, Hamburger Platz

Die Skulptur „Forderung“ befindet sich gegenüber dem einstigen Eingangstor des VEB-Dralowid, dessen Arbeiter am 17. Juni 1953 ebenfalls streikten.
© Stadt Teltow / Stadt Teltow

Auf Initiative des Kuratoriums Unteilbares Deutschland erinnert seit 1965 ein Mahnmal am Darmstädter Bahnhofsvorplatz an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953.
© Nikolaus Heiss / Nikolaus Heiss

Hessen

Mahnmal zum 17. Juni 1953

Darmstadt. Der gegenüber dem Darmstädter Bahnhof gelegene Platz wurde 1957 zur Erinnerung an die deutsche Teilung in Platz der Deutschen Einheit umbenannt. Vier Jahre nach dem Bau der Berliner Mauer wurde am 17. Juni 1965 auf Initiative des Kuratoriums Unteilbares Deutschland auf dem Platz ein Mahnmal des Schweizer Bildhauers Hans Aeschbacher zum Gedenken an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 aufgestellt. Der Künstler wählte hierzu ein uraltes Motiv der Bildhauerei: die Stele. Die Spaltung der Stele in zwei nach oben auseinandergehende, mit Reliefs versehene Säulen, symbolisiert das ehemals geteilte Deutschland.

Im Zuge der Um- und Neugestaltung des Platzes der Deutschen Einheit wurde das Mahnmal im Jahr 2002 abgenommen. Zum 55. Jahrestag des Volksaufstandes, am 17. Juni 2008, wurde das restaurierte Denkmal wieder aufgestellt und im Rahmen einer Feierstunde wieder eingeweiht.

Inschrift: 17. Juni 1953
Standort: Darmstadt, Platz der Deutschen Einheit

Ehrenmal „17. Juni 1953“

Dillenburg. Anlässlich des 10. Jahrestages des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 in der DDR planten das Dillenburger Kreiskuratorium Unteilbares Deutschland und der Verband der Sowjetzonenflüchtlinge in Dillenburg die Errichtung eines Denkmals. Zunächst wurde die Aufstellung eines schlichten Gedenksteines diskutiert, dann aber davon abgesehen. Von einem größeren Denkmal erhoffte man sich eine stärkere Mahnung an die in Freiheit lebenden Menschen; mit dem Ziel, sie „wachzurütteln“, wie es zeitgenössisch hieß. Der Bildhauer Paul Wedepohl gestaltete das Mahnmal. Es handelt sich um eine sechs Meter hohe Säule aus rohem Eisenmaterial mit einer Feuerschale auf der Spitze. Die 2,5 Tonnen schwere Säule ist von einer 15 Meter lange Kette umschlungen, deren letztes Glied gerissen ist. Auf dem Säulenkörper ist eine Inschrift angebracht. Ein zentraler Platz an der Jahnstraße/Frankfurter Straße wurde als Aufstellungsort ausgewählt und hergerichtet. In einer Feierstunde am 17. Juni 1963 wurde das Denkmal eingeweiht. Nach Bauarbeiten wurde das Denkmal zunächst abgetragen und erhielt in der Uferstraße seinen neuen Platz. Nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik wurde eine Gedenktafel zur Erinnerung an die Wiedervereinigung beider deutscher Staaten am 3. Oktober 1990 vor dem Denkmal aufgestellt.

Inschrift	**Auf dem Säulenkörper:** 17. Juni 1953 **Auf der Gedenktafel:** Einigkeit und Recht und/Freiheit für das Deutsche/Vaterland/Wiedervereinigung 3. Oktober 1990
Standort:	Dillenburg, Uferstraße

Gedenksteine in der Hessischen Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge (HEAE)

Gießen. Die Stadt Gießen wurde während des Zweiten Weltkrieges schwer bombardiert. In der Nacht zum 7. Dezember 1944 warf die Royal Air Force 1 193 Tonnen Bomben auf die Stadt. Gießen galt bei Kriegsende als vollkommen zerstört. 1945 gehörte die Stadt zur amerikanischen Besatzungszone. Am 15. Februar 1946 ließ die Besatzungsmacht in Gießen ein Lager für Heimatvertriebene aus den sogenannten Ostgebieten errichten. Gegen Ende Oktober 1946 waren etwa 16 Prozent der mehr als 17 Millionen Menschen zählenden Bevölkerung der amerikanischen Besatzungszone Flüchtlinge und Vertriebene. Mit dem Kalten Krieg erlangte vor allem die Zuwanderung von Menschen aus der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) immer stärkere Bedeutung. Das Lager in Gießen erhielt deshalb im Juli 1947 den Status eines Landesaufnahmelagers für Flüchtlinge aus der SBZ. Zwischen der Verkündung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland (23. Mai 1949) und der Wahl zum 1. Deutschen Bundestag (14. August 1949) regelten die Flüchtlingsverwaltungen der westlichen Besatzungszonen die Flüchtlings- und Zuwanderungsfrage aus der SBZ in den Uelzener Entschließungen (11. Juli 1949) neu. Die Errichtung von zwei zentralen Durchgangslagern wurde beschlossen: Uelzen und Gießen. Mehr als einen Monat später, am 25. August 1949, erhielt das Lager Gießen schließlich offiziell den Status eines zentralen Durchgangslagers. Nach damaligem Sprachgebrauch war es die Aufgabe der beiden Lager, „illegale Grenzgänger", die aus politischen Gründen die SBZ verlassen hatten, zu überprüfen. Gießen und Uelzen wurden aufgrund ihrer günstigen Lage zur SBZ ausgewählt. 1953 kam ein drittes Notaufnahmelager (NAL) in Marienfelde hinzu. Bis 1949 wurden Flüchtlinge aus der SBZ und dem sowjetischen Sektor von Berlin nicht systematisch registriert. Schätzungen gehen davon aus, dass im Zeitraum von 1945 bis 1949 mehr als 440.000 Menschen die SBZ verlassen haben. Die Zahl könnte jedoch erheblich höher liegen. Erst ab Januar 1949 fand in West-Berlin und ab September 1949 in der Bundesrepublik eine systematische Erfassung statt. Am 22. August 1950 wurde das „Gesetz über die Notaufnahme von Deutschen in das Bundesgebiet" erlassen. Die Zahl der aufgrund des Gesetzes beantragten Notaufnahmeverfahren darf nicht mit der Zahl der Flüchtlinge aus der DDR gleichgesetzt werden. Denn einerseits waren nach dem Inkrafttreten des Notaufnahmegesetzes zahlreiche Menschen in der Bundesrepublik wohnhaft, die kein NAL passiert hatten; und andererseits wurden in der Statistik auch Personen erfasst, die mit offizieller Genehmigung der DDR in die Bundesrepublik übergesiedelt waren und damit nicht den Status eines Flüchtlings erfüllten. Zwischen 1949 und

Der Bildhauer Paul Wedepohl gestaltete das Ehrenmal „17. Juni 1953" in Dillenburg. © Peter Patzwaldt / Peter Patzwaldt.

Die drei Gedenksteine erinnern an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 sowie die Vollendung der Deutschen Einheit am 03. Oktober 1990. © Bundesstiftung Aufarbeitung / Maria Jung

1961 registrierten die NAL 2 686 942 Flüchtlinge bzw. Antragsteller im Notaufnahmeverfahren. Nach dem Bau der Mauer im August 1961 sank die Zahl der Flüchtlinge drastisch. Ab dem 1. April 1963 fungierte deshalb nur noch das Lager in Gießen als zentrales Notaufnahmelager mit zwei Außenstellen in Bad Nauheim und Laubach. Am 18. Februar 1986 kam es zur Umwandlung des Notaufnahmegesetzes in ein Aufnahmegesetz. Im Zuge dieser Gesetzesumwandlung wurde am 1. Mai 1986 das NAL Gießen in Zentrale Aufnahmestelle des Landes Hessen (ZAH) umbenannt.

Die Wiedervereinigung beendete den Auftrag der ZAH. Das Hessische Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit gründete zum 1. April 1993 die Hessische Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Gießen mit gleichzeitiger Änderung des Auftrages. Bis zu ihrer Schließung 2018 wurden in der Dienststelle am Maisenbornweg Asylsuchende aus aller Welt aufgenommen, die dem Bundesland Hessen zugewiesen wurden. Gegenwärtig wird das ehemalige Notaufnahmelager zu einem Lern- und Erinnerungsort umgebaut. Die Entstehung der Gedenkstätte, die sich in Trägerschaft der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung befindet, wird vom Land Hessen finanziell gefördert. Im Fokus der Einrichtung soll die Flucht- und Übersiedlergeschichte von DDR-Bürgerinnen und Bürgern in das zentrale Bundesaufnahmelager seit 1963 stehen. Die Umbaumaßnahmen des Areals sollen daher den Zustand des Notaufnahmelagers Mitte der 1960er Jahre erfahrbar machen. Darüber hinaus sieht das Gedenkstättenkonzept einen zentralen Standort für die Erinnerung an den 17. Juni 1953 vor.

Bis 1990 befanden sich auf dem Gelände des/der ehemaligen NAL/ZAH drei Gedenksteine. Aus verkehrstechnischen Gründen kam es im Jahr 2000 zu deren Umsetzung in eine Gedenkstätte neben dem Pfortengebäude. Der Gedenkstein zum 17. Juni 1953 wurde anlässlich des 1. Jahrestages des Volksaufstandes in der DDR am 17. Juni 1954 aufgestellt. Die beiden anderen Gedenksteine wurden Ende 1990 zur Feier der deutschen Einheit mit Unterstützung des Fernfahrer-Country-Club Gießen e. V., Sektion Berlin, und der CDU in Gießen errichtet. Ein Gedenkstein besteht aus einem von der Berliner Mauer stammenden Mauerabschluss und einer Kette. Neben dem dritten Stein wurde eine Eiche gepflanzt.

Inschrift: **Erster Gedenkstein:** 17. Juni 1953 / Einheit / Frieden Freiheit
Zweiter Gedenkstein: 3.10.1990 / zur / Deutschen Einheit / CDU-Kreis-Gießen

Standort: Gießen, Hessische Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge Meisenbornweg 27, Haus 1

Mecklenburg-Vorpommern

Gedenkstein 17. Juni 1953

Steinhagen. In der kleinen Gemeinde im Landkreis Vorpommern-Rügen in der Nähe der Hansestadt Stralsund ist auf Initiative ihres ehrenamtlichen Bürgermeisters, Dietmar Eifler, ein Gedenkstein zur Erinnerung an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 errichtet worden. Obwohl für Steinhagen keine Ereignisse des Protests überliefert sind, war es Eifler wichtig – insbesondere für die jüngeren Generationen – diesem Tag zu gedenken. Am 17. Juni 2013, zum 60. Jahrestag, wurde auf dem Gelände vor der Karl-Krull Grundschule in Steinhagen der Gedenkstein enthüllt. Eine eingearbeitete Inschriftentafel erinnert an den Volksaufstand am 17. Juni 1953 sowie an die Enthüllung des Steins genau 60 Jahre später und gedenkt der Opfer aller Gewaltregime. Der naturbelassene schwedische Granit soll symbolisieren, dass Stein und Demokratie etwas gemeinsam haben, nämlich Ecken und Kanten.

Inschrift: Zum Gedenken/an den Volksaufstand/am 17. Juni 1953/und/der Opfer aller/Gewaltregime./Steinhagen 17. Juni 2013
Standort: Steinhagen, Schulstraße 2

Platz des 17. Juni

Stralsund. Auch in Stralsund kam es um den 17. Juni 1953 zu Protesten und Demonstrationen der Bevölkerung gegen das SED-Regime. So forderten die Werftarbeiter die Rücknahme der Festlegung, qualifizierte Facharbeiter willkürlich eine Lohngruppe abzustufen. Zudem verlangten sie, die Normerhöhung zurückzunehmen und Nahrungsmittelpreise zu senken. Die Werftarbeiter hatten gerade vorfristig ein Schiff fertiggestellt und strichen nun demonstrativ den Namen des SED-Generalsekretärs Walter Ulbricht in einer am Schiff angebrachten Propagandatafel. Am Abend des 17. Juni wurde für die damaligen Bezirke Schwerin, Rostock und Neubrandenburg der Ausnahmezustand verhängt. Menschenansammlungen von mehr als drei Personen waren ab sofort verboten, trotzdem kam es in der Nacht vom 17. auf den 18. Juni zu Unruhen unter der Belegschaft der Volkswerft in Stralsund. Am 18. Juni begannen um 7 Uhr zunächst die Arbeiter des Motorenbaus mit einem Streik, die anderen Bereiche und die auf dem Werftgelände tätige Fremdfirmen schlossen sich an. War der Streik anfangs nur Ausdruck des Protestes gegen die Verhängung des Ausnahmezustandes, wurden kurze Zeit später auch Forderungen nach Senkung der Normen, höheren Löhnen, Abzug der sowjetischen Besatzer, freien Wahlen und der Wiedervereinigung Deutschlands erhoben. 900 Menschen versammelten sich vor dem

Auch in Stralsund demonstrierte die Bevölkerung am 17. Juni 1953 gegen das SED-Regime.
© Hansestadt Stralsund, Pressestelle / Peter Koslik

Nahe des Rügendammbahnhofs, wo am 17. Juni 1953 sowjetische Schützenpanzerwagen auf streikende Werftarbeiter trafen, wurde 2013 ein Gedenkstein eingeweiht. © Hansestadt Stralsund, Pressestelle / Peter Koslik

Haupttor zu einer Demonstration. Mittags wollten die Arbeiter das Werftgelände verlassen und in der Stadt demonstrieren. Sowjetische Truppen mit Schützenpanzerwagen und ein Polizeikommando verhinderten dies jedoch. Es wurden Warnschüsse abgegeben und insgesamt 15 Arbeiter festgenommen. Die streikenden Werftarbeiter der Volkswerft wurden von anderen Betrieben unterstützt. So streikten auch mehrere Hundert Bauarbeiter der Schwedenschanze. Erst am 23. Juni kehrte wieder Ruhe ein in Stralsund.

Anlässlich des 50. Jahrestages des Volksaufstandes erhielt ein bisher namenloser Platz in Stralsund den Namen „Platz des 17. Juni“ und wurde mit einem Straßenbegleitschild mit einer Aufschrift versehen. Es handelt sich um eine Freifläche am Rügendammbahnhof, auf dem 50 Jahre zuvor die sowjetischen Schützenpanzerwagen auf die streikenden Arbeiter der Werft trafen. Alljährlich finden auf diesem Platz in Stralsund die Gedenkfeiern zu den Ereignissen des 17. Juni 1953 statt. Vielen Stralsundern erschien die Ablage von Blumen und Kränzen unter einem Straßenschild allerdings als unangemessen. Im August 2012 brachte die Fraktion der Grünen in der Stralsunder Bürgerschaft einen Antrag zur adäquaten Ausgestaltung des Platzes ein.

Am 60. Jahrestag wurde in unmittelbarer Nähe des Rügendammbahnhofs und dem Platz des 17. Juni ein Gedenkstein eingeweiht. Am Fuße des etwa 1,20 Meter hohen rötlichen Granitfindlings sind auf vier Stahlplatten die Worte „Wir sind das Volk“ dargestellt. Jedes Wort steht auf einer separaten Platte. Auf einer fünften Stahlplatte sind die Jahreszahlen „1953“ und „1989“ eingeprägt. Die Anordnung der Stahlplatten ist nach der Vorstellung der Künstlerin Esther Dittmer keine feste, sondern erscheint willkürlich und diffus. Damit soll zu Gedankenspielen mit den möglichen Wortkombinationen angeregt werden.

Inschriften:	**Vier Stahlplatten am Gedenkstein:** Wir sind das Volk
	Fünfte Stahlplatte auf dem Gedenkstein: 1953 – 1989
	Auf dem Straßenbegleitschild: Zum Gedenken an die Opfer des Volksaufstandes 1953
Standort:	Stralsund, Platz des 17. Juni, Einmündung Ziegelstraße

Niedersachsen

Platz der Deutschen Einheit

Braunschweig. Zur Erinnerung an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR, die Friedliche Revolution 1989 und die deutsche Einheit im Jahre 1990 wurde am 2. Oktober 2003 am Rathaus Braunschweig eine Gedenktafel angebracht und gleichzeitig der Rathausvorplatz vom Rat der Stadt Braunschweig in „Platz der Deutschen Einheit" umbenannt. Der Oberbürgermeister Braunschweigs, Dr. Gert Hoffmann, griff damit eine Initiative der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur auf, anlässlich des 50. Jahrestages des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 Straßen und Plätze nach diesem Ereignis zu benennen und die Geschichte desselben in den Kommunen zu erforschen. Bei der feierlichen Namensgebung und Enthüllung der Gedenktafel waren auch der Magdeburger Oberbürgermeister sowie Streikteilnehmer vom 17. Juni 1953 anwesend.

Inschrift: PLATZ DER DEUTSCHEN EINHEIT // Der Rat der Stadt Braunschweig hat am 8. Juli 2003 beschlossen, den / Platz vor dem Rathaus „Platz der Deutschen Einheit" zu nennen. / Damit würdigen die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Braunschweig / den Mut und die Entschlossenheit vieler, zumeist unbekannter Menschen / am 17. Juni 1953 und vor dem 9. November 1989. An ihr Eintreten für / die Freiheit des Einzelnen und für die deutsche Einheit wird mit dieser / Namensgebung dauerhaft erinnert. // Braunschweig, 3. Oktober 2003

Standort: Braunschweig, Platz der Deutschen Einheit 1

Bei der Enthüllung der Gedenktafel, die an den Volksaufstand und die Friedliche Revolution erinnert, waren auch Streikteilnehmer vom 17. Juni 1953 anwesend. © Stadt Braunschweig

---

Skulptur „Große Kugelform"

Hannover. Karl Hartung (1908 – 1967) gehörte in den 1940er bis 1960er Jahren zu den bedeutendsten deutschen Bildhauern. Er gab wichtige Impulse auf dem Weg zur abstrakten Kunst. Im Jahr 1951 stellte er auf der Bauausstellung constructa in Hannover seine Skulptur „Große Kugelform" vor. Sie ist aus Muschelkalk gefertigt und 1,89 Meter hoch. 1956 wurde sie für die Werner-von-Siemens-Schule in Hannover angekauft. In die Form des Kunstwerks – eine sich nicht schließende Kugel – wurde die deutsche Teilung hineininterpretiert. Der damalige Kulturdezernent der Stadt, Heinz Lauenroth, schlug vor, die Skulptur zu einem Mahnmal der Teilung Deutschlands zu erklären. Der Künstler, dessen Signatur im Sockel eingearbeitet ist, erklärte sich damit einverstanden. Die Skulptur

Im friesischen Jever erinnert ein Gedenkstein an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953.
© Stadt Jever

wurde dafür vom Schulhof auf den Verkehrskreisel des Aegidientorplatzes umgesetzt. Zum 6. Jahrestag des Volksaufstandes vom 17. Juni in der DDR wurde die Skulptur mit einer großen Kundgebung am 17. Juni 1959 eingeweiht und mit einer Steintafel mit Inschrift versehen.

Ein Schweigemarsch führte an diesem Tag zum Aegidientorplatz, an dem das Mahnmal enthüllt wurde. Jugendverbände, Schüler und Studenten hatten Geld für die Verlagerung der Skulptur gesammelt. 1976 wurde die Skulptur mit der Steinplatte zu einer in der Nähe befindlichen zentralen Stelle am Friedrichswall umgesetzt. Im Jahr 2004 wurde die Skulptur instandgesetzt.

Inschrift: Einigkeit / und / Recht / und / Freiheit
Standort: Hannover, Friedrichswall / Ecke Einmündung Georgswall

---

Gedenkstein an den 17. Juni 1953

Jever. In der friesischen Stadt erinnert ein Gedenkstein an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR. Eingeweiht wurde der eiszeitliche Findling am 17. Juni 1981. Aufgestellt wurde er zunächst am Sportzentrum an der Jahnstraße. Für viele Einwohner Jevers kam er an diesem Standort allerdings nicht genügend zur Geltung. Am 3. Oktober 1990 wurde er schließlich an seinen neuen Standort verbracht. Seither steht der große Findling in der Grünanlage Prinzengraft, direkt gegenüber vom alten Denkmalsort Schlosserplatz. Den Umzug des tonnenschweren Gedenksteins ermöglichten Soldaten der Bundeswehr. Das Datum „17. Juni“ wurde nach der deutschen Einheit im Jahr 1990 auf dem Stein um den „3. Oktober 1990“ ergänzt. Es schlägt damit den Bogen von dem in der Bundesrepublik gefeierten Tag der Deutschen Einheit am 17. Juni zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober, an dem sich 1990 die Bundesrepublik Deutschland mit der DDR vereinigte.

Inschrift: 17. JUNI / TAG DER / DEUTSCHEN EINHEIT / 3. OKT. 1990
Standort: Jever, Grünanlage Prinzengraft

Gedenkstein „17. Juni 1953“

Lüneburg. Die Stadt, einst mitten in Deutschland gelegen, wurde mit dessen Teilung zu einem Ort an der Grenze. Das war für die Lüneburger auch mit der Berlin-Blockade verbunden, da von dem ganz in der Nähe gelegenen Faßberg die Flugzeuge zur Versorgung West-Berlins starteten.

Die Erinnerung an die Teilung Deutschlands wurde mit einer Straßenbenennung „Berliner Straße“ in Lüneburg wachgehalten. Anlässlich des 5. Jahrestages des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 in der DDR wurde am 17. Juni 1958 in Lüneburg zudem ein „Berlin-Stein“ eingeweiht. Die Initiative dafür ergriff das Kuratorium Unteilbares Deutschland, das in zahlreichen Orten der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere in den 1950er und 1960er Jahren, Veranstaltungen am Tag der Deutschen Einheit durchführte und Denkmale setzte. Der ursprünglich in der Schießgrabenstraße eingeweihte Gedenkstein musste wegen Bauarbeiten verlegt werden. Er steht heute an der Kreuzung der Willy-Brandt-Straße / Uelzener Straße. Mit der Straßenbenennung nach dem früheren Regierenden Bürgermeister von Berlin und Bundeskanzler, Willy Brandt, erinnert Lüneburg ebenfalls an dieser Stelle an die deutsche Teilung und Einheit. Bis heute wird am Gedenkstein von zahlreichen Verbänden und Organisationen der Ereignisse des 17. Juni 1953 gedacht.

Inschrift: Zum Gedenken / an den / 17. Juni 1953
Standort: Lüneburg, Willy-Brandt-Straße / Uelzener Straße

Seit 1958 erinnert ein Gedenkstein in Lüneburg an die Ereignisse des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953.
© Daniela Görke, Lüneburg

Gedenkstätte Lager Sandbostel und Gedenkstein zum 17. Juni 1953

Sandbostel. Während des Zweiten Weltkrieges wurden von den Nationalsozialisten insgesamt mehr als eine Million Menschen aus 46 Nationen im Stalag X B gefangen gehalten. Etwa 50.000 Kriegsgefangene starben hier an Hunger, Seuchen, Misshandlungen oder wurden ermordet; darunter auch eine große Anzahl sowjetischer Kriegsgefangener.

Die Toten wurden auf dem etwa zwei Kilometer östlich des Lagers gelegenen Friedhof beerdigt. Am 29. April 1945 befreiten britische Truppen das Lager und richteten ein Internierungslager für SS-Offiziere und Wachmannschaften von Konzentrationslagern ein. 1948 wurde Sandbostel zur Außenstelle des Zuchthauses Celle und ab April 1952 diente das Gelände als Durchgangslager für männliche jugendliche Flüchtlinge aus der DDR. Parallel dazu eröffnete im September desselben Jahres ein

Ein Gedenkstein auf dem Gelände des ehemaligen Lagers erinnert an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953.
© Gedenkstätte Sandbostel

Notaufnahmelager für Mädchen und junge Frauen im ehemaligen Kriegsgefangenenlager Westertimke. Etwa ein Viertel aller Flüchtlinge aus der DDR waren jünger als 24 Jahre, weshalb sie in der Bundesrepublik als besonders betreuungsbedürftig galten. In Sandbostel waren bis zu 800 männliche Jugendliche zur gleichen Zeit untergebracht, in Westertimke etwa 300 Frauen. Rund 100 neue Flüchtlinge kamen täglich in Sandbostel an, und ungefähr die gleiche Zahl verließ jeden Tag das Lager. Schätzungsweise durchliefen 250.000 Jungen und junge Männer Sandbostel, Westertimke beherbergte insgesamt etwa 80.000 weibliche Jugendliche. Ein Aufnahmeausschuss entschied über die Vergabe von Aufenthaltserlaubnissen für die Jugendlichen und das Arbeitsamt vermittelte ihnen Ausbildungs- bzw. Arbeitsplätze.

In den 1960er Jahren wurde das Gelände von der Bundeswehr als Depot genutzt und ab 1974 wurde es Gewerbegebiet.

2005 und 2008 erwarb die Stiftung Lager Sandbostel 3,2 Hektar des ehemals 35 Hektar großen Geländes mit elf historischen Gebäuden, um dort eine Dokumentations-, Gedenk- und Begegnungsstätte aufzubauen. Die Stiftung bemüht sich seitdem, die bis heute erhalten gebliebenen historischen Baracken vor dem Verfall zu retten und den Ort für Besucher zugänglich zu machen. Im April 2013 wurde die Dauerausstellung mit dem Titel „Das Stalag X B Sandbostel – Geschichte und Nachgeschichte eines Kriegsgefangenenlagers“ in Anwesenheit von Staatsminister Bernd Neumann, dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil und der niedersächsischen Kultusministerin Frauke Heiligstadt feierlich eingeweiht. Die Ausstellung wird in zwei in der Nachkriegszeit entstandenen Baracken gezeigt, der „Gelben Baracke“ und der „CVJM-Baracke“ (Christlicher Verein Junger Menschen).

Auf dem Gelände des ehemaligen Lagers erinnert des Weiteren ein Gedenkstein an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR.

Inschrift: 17. Juni / 1953 / Einigkeit / und / Recht / und / Freiheit
Standort: Sandbostel, Gewerbegebiet Immenhain

Denkmal „17. Juni 1953“

Uelzen. Anlässlich des 25-jährigen Krönungsjubiläums von Kaiser Wilhelm II. wurde 1913 in Uelzen ein Findling aufgestellt und mit einer ersten Inschriftenplatte versehen. Die weitere Geschichte des Findlings symbolisiert Epochen und Brüche der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert. Nach dem Ersten Weltkrieg und der Abdankung des Kaisers wurde die Tafel entfernt. 1928 wurde der Stein dem Reichspräsidenten Paul von Hindenburg gewidmet, mit seinem Kopfrelief versehen und fortan „Hindenburgstein“ genannt. 1954 sprach sich Stadtrat Georg Kühl gegen eine Erneuerung der Inschriftenplatte aus und schlug stattdessen vor, auf dem Stein an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR zu erinnern.

Seit 1956 trägt der Stein nunmehr die Inschrift:

Inschrift: 17. Juni / 1953
Standort: Uelzen, Am Ratsteich, Gudesstraße / Mühlenstraße

Gedenkstein zur Erinnerung an den 17. Juni 1953

Schladen-Werla. Anlässlich des 30. Jahrestages des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 pflanzten Mitglieder der Jungen Union Werlaburgdorf am 17. Juni 1983 vor dem Feuerwehrgerätehaus eine Eiche und stifteten einen Gedenkstein. Gastredner waren der CDU-Bundestagsabgeordnete Helmut Sauer sowie der Kreistagsfraktionsvorsitzende der CDU, Werner Otte. Der Vorsitzende der Jungen Union Werlaburgdorf, Frank Oesterhelweg, erklärte bei der Einweihung des Steins, dass mit der Eiche an die Opfer des Aufstandes vom 17. Juni 1953 gedacht und gleichzeitig der Wille zur Wiedervereinigung aller Deutschen in Frieden und Freiheit dokumentiert werden soll. Der Gedenkstein trägt eine Inschrift.

Inschrift: 17. Juni 1953 / Tag der Deutschen / Einheit / 17. Juni 1983 / Junge Union / Werlaburgdorf
Standort: Schladen-Werla / Werlaburgdorf, Feuerwehrgerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr, Werlaburgdorf, Westendorf 10

Seit 1956 erinnert die Inschrift auf dem Gedenkstein in Uelzen an den Volksaufstand.
© Daniela Görke, Lüneburg

Alljährlich finden am 17. Juni, dem Jahrestag des Volksaufstandes, Kranzniederlegungen am Gedenkstein für die Opfer des Stalinismus statt. © Wolfgang Kersten, Stockheim-Kreuzau

Auf dem Bahnhofsvorplatz in Hagen erinnert ein Mahnmal an den Volksauftand vom 17. Juni 1953 sowie an die Opfer des Mauerbaus und die Friedliche Revolution. © Bundesstiftung Aufarbeitung / Lena Ens

Nordrhein-Westfalen

Gedenkstein für die Opfer des Stalinismus

Düren. Auf Initiative der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (VOS) wurde am 17. Juni 1981 vor dem Rurtal-Gymnasium in Düren ein Gedenkstein für die Opfer des Stalinismus eingeweiht.

Seither finden an dieser Stelle alljährlich Kranzniederlegungen statt: am Tag des Volksaufstandes vom 17. Juni, am Volkstrauertag sowie am Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober.

Inschrift: VOS / Den Opfern / des / 17. Juni 1953
Standort: Düren, Bismarckstraße 90

Mahnmal zum Gedenken an die Deutsche Teilung

Hagen. Auf Initiative des Kuratoriums Unteilbares Deutschland wurde am 2. September 1962 im Hagener Volkspark ein Mahnmal zur deutschen Teilung aufgestellt. Es besteht aus zwei Stahlträgern, von denen der kleinere sich dem größeren zuneigt. Dazwischen befand sich zunächst ein Stacheldraht, der die Trennung durch Mauer und Todesstreifen symbolisierte. 1964 verlegte die Stadt Hagen das Denkmal auf den Vorplatz des Hauptbahnhofes und versah es mit einer Mauer. Am 11. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR, am 17. Juni 1964, wurde es feierlich eingeweiht und der Vorplatz des Hagener Hauptbahnhofes in „Berliner Platz“ umbenannt. Nach der Wiedervereinigung wurde der Stacheldraht von den Stahlträgern entfernt und eine Gedenktafel angebracht. Unterhalb der Gedenktafel befindet sich die Angabe „Berlin 500 km“.

Inschrift: 17. Juni 1953 / Aufstand der Arbeiter / in Ost-Berlin // 13. August 1961 / Bau der Mauer // Wir gedenken der Opfer von Mauer und Stacheldraht! // 9. November 1989 / Die Mauer fällt / der Weg zur Einheit / ist frei!
Standort: Hagen, Berliner Platz

Mahnmal für die Opfer des 17. Juni 1953

Lübbecke. Eines der frühesten Denkmäler zur Erinnerung an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR befindet sich im nordrhein-westfälischen Lübbecke. Am 1. Jahrestag des Volksaufstandes wurde hier durch den Bürgermeister der Stadt vor etwa 1.000 Gästen ein Stein am Weingarten als Mahnmal den Opfern des 17. Juni gewidmet und in die Obhut des „Gesamtverbandes der Sowjetzonenflüchtlinge“ übergeben. Am Stein wurde eine Freiheitsflamme entzündet und von einem Staffelläufer auf den Gallenkamp zum Kreuz des deutschen Ostens getragen. Dort wurde ebenfalls ein Mahnfeuer eröffnet. Das Freiheitsfeuer wurde dann in einer Sternfahrt in die sieben Amtsbezirke des Kreises gefahren, in denen Mahnfeuer entzündet wurden.

Inschrift: Am/Tag der Einheit/17. Juni 1954/zur Ehrung der Opfer/des 17. Juni 1953
Standort: Lübbecke, Weingarten, auf dem Gallenkamp

Das Mahnmal im Lübbecker Weingarten wurde 1954 in Anwesenheit von rund eintausend Gästen eingeweiht.
© Stadtarchiv Lübbecke / Stadtarchiv Lübbecke

Gedenkstein zur Erinnerung an den 17. Juni 1953

Metelen. Auf dem Sendplatz im nordrhein-westfälischen Metelen erinnert ein Gedenkstein an den Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953. Auf Initiative des Hauptausschusses fand zum 10. Jahrestag, am 17. Juni 1963, eine öffentliche Gedenkveranstaltung zur Erinnerung an die blutig niedergeschlagenen Massenproteste statt. Im Rahmen der Veranstaltung wurde auch der Gedenkstein enthüllt, der vom damaligen Bürgermeister Josef Herdering der Öffentlichkeit übergeben wurde. Berichten zufolge nahmen etwa 1.000 Menschen an der feierlichen Einweihung teil, die auf Geheiß des damaligen Gemeindedirektors Georg Lanfer unter der Losung „Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland“ stand. Freiherr Dr. von Wamboldt hielt ein Grußwort und der Schülerchor der St. Vitusschule rief die historischen Hintergründe des Feiertags in Erinnerung.

Der ortsansässige Steinmetz, Heinrich Kippelt, fertigte den Gedenkstein mit einem Flachrelief des Landessymbols Berlins, dem Berliner Bären, sowie einer Inschrift an. Vorder- und Rückseite des Steins sind identisch gestaltet. Als Vorbild für die Gestaltung diente vermutlich der Berlin-Stein in Telgte, der bereits im Jahr 1959 eingeweiht wurde. Die Ostseite des Steins weist Richtung Marktplatz, während die Westseite zur Straße gerichtet ist.

Inschrift: Berlin/17. Juni 1953
Standort: Metelen, auf dem Sendplatz

Auf dem Sendplatz im nordrhein-westfälischen Metelen erinnert ein Gedenkstein an den 17. Juni 1953.
© Gemeindearchiv Metelen, Fotosammlung

Die vom Künstler Otto Waldner gestaltete Skulptur „Berliner Bär" erinnert an den Volksaufstand in der DDR. © Svea Nilsson / Svea Nilsson

Historische Aufnahme der feierlichen Gedenkveranstaltung am 17. Juni 1959, in dessen Rahmen der Gedenkstein an den Volksaufstand eingeweiht wurde. © Reiner Klöckner / Stadtarchiv Ratingen

Skulptur „Berliner Bär" zur Mahnung an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953

Oberhausen. Zur Erinnerung an den Volksaufstand in der DDR vom 17. Juni 1953 wurde anlässlich des neunten Jahrestags der Proteste die Skulptur „Berliner Bär" im nordrhein-westfälischen Oberhausen aufgestellt. Der „Berliner Bär" befindet sich seit seiner Übergabe an die Öffentlichkeit im Jahr 1962 am Hauptbahnhof der Stadt. Der Enthüllung wohnte auch die damalige Oberbürgermeisterin Luise Albertz bei. Der 1,90 Meter große „Berliner Bär" ist aus bayerischem Muschelkalk gefertigt. Die Bärenfigur befindet sich auf einem Sockel, die eine Inschrift zur Erinnerung an den 17. Juni trägt. Der Künstler Otto Waldner gestaltete die Skulptur und reparierte bereits in der Nacht vor der Einweihung Brandschäden, die durch Unbekannte verursacht worden waren. Die Folgen des Brandanschlages konnten vor der Enthüllung jedoch nicht in Gänze beseitigt werden. Zum 17. Mai 2016 wurde die Skulptur in die Denkmalliste der Stadt eingetragen.

Inschrift: 17. JUNI 1962
Standort: Oberhausen, Schwartzstraße / Freiherr-vom-Stein-Straße, Oberhausen Mitte

„Berlin-Gedenkstein" zur Erinnerung an den 17. Juni 1953

Ratingen. Am Bürgerhaus am Marktplatz im nordrhein-westfälischen Ratingen befindet sich ein „Berlin-Gedenkstein", der an den Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953 erinnert. In den Tagen um den 17. Juni weiteten sich Streiks von Bauarbeitern gegen die Normerhöhung in Ost-Berlin rasant zu landesweiten Massenprotesten gegen die Repression durch das SED-Regime und für die Wiedervereinigung aus. Während in der DDR die Proteste gewaltsam niedergeschlagen wurden, verabschiedete der Deutsche Bundestag noch im selben Jahr ein Gesetz, welches den 17. Juni zum „Tag der deutschen Einheit" erklärte.

Zum sechsten Jahrestag der Proteste, am 17. Juni 1959, fand in Ratingen eine feierliche Gedenkveranstaltung statt, im Rahmen derer der damalige Bürgermeister der Stadt, Peter „Harry" Kraft, sowie der Kreistagsabgeordnete Robert Bininda den „Berlin-Gedenkstein" der Öffentlichkeit übergaben. Erich Kitlas, Mitglied im Kuratorium „Unteilbares Deutschland", hielt ein Grußwort. Die Anbringung der Gedenktafel am Bürgerhaus hatte die Stadtverwaltung initiiert. Berichten zufolge besuchten tausende Gäste die feierliche Enthüllung am Marktplatz. Der Ratinger Steinmetz Friedel Lepper gestal-

tete die Tafel aus Basaltlava und bildete auf dieser das Landessymbol Berlins mit dem Berliner Bären ab. Unterhalb des Symbols befindet sich eine Inschrift.

Inschrift: Berlin / 17. Juni 1953
Standort: Ratingen, Marktplatz1

Rheinland-Pfalz

Gedenkstein 17. Juni 1953

Alzey. Die Bevölkerung in Alzey reagierte auf die Ereignisse des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 in der DDR spontan mit Schweigemärschen und Kundgebungen zum Gedenken an die Opfer. Auf dem Wartberg wurde ein Mahnfeuer entzündet. In der DDR waren zwischen dem 16. und dem 21. Juni mehr als eine Million Menschen in über 700 Orten in den Streik getreten und hatten gegen das SED-Regime demonstriert. Die konkrete Erinnerung an den Volksaufstand rückte in Alzey im Jahr 1956 wieder ins öffentliche Bewusstsein. Am 14. Januar 1956 beantragte der „Gesamtverband der Sowjetzonenflüchtlinge" die Umbenennung einer in Alzey liegenden Straße in „17. Juni 1953". Die Umbenennung scheiterte jedoch am Widerstand von Geschäftsleuten. Als Ersatz wurde die Errichtung eines Gedenksteines auf einer Verkehrsinsel an der Mainzer Straße / Bahnhofstraße angeregt. Im Rahmen des ersten Heimattreffens von Flüchtlingen aus der SBZ/DDR, die in Rheinland-Pfalz ihre neue Heimat gefunden hatten, wurde am 5. August 1956 der Gedenkstein mit der Inschrift „17. Juni 1953" feierlich enthüllt. Alzey war eine der ersten Städte in der Bundesrepublik Deutschland, in der es ein Denkmal zur Erinnerung an den Volksaufstand in der DDR gab. Aus Anlass des Jahrestages des Volksaufstandes wurde 1957 zusätzlich eine Opferschale auf dem Gedenkstein errichtet.

Der Gedenkstein wurde nach der Vereinigung Deutschlands um das Datum „3. Oktober 1990" ergänzt. Auf Initiative von Schülern des Gymnasiums am Römerkastell wurden im Jahre 2.000 weitere Daten eingraviert. Die historischen Ereignisse des 9. November – Revolution, Pogrome, Mauerfall – werden erinnert, weshalb der Stein nun um die Daten „9. November 1918 1938 1989" ergänzt wurde.

Inschrift: 17. / Juni / 1953 // 3. / Oktober / 1990 // 9. / November / 1918 / 1938 / 1989
Standort: Alzey, Mainzer Straße / Bahnhofstraße

Alzey war eine der ersten Städte in der Bundesrepublik, die ein Gedenkstein zur Erinnerung an den Volksaufstand errichtete. © Museum Alzey / Ludwig Blumentrath, Alzey

Eines der Originalsegmente der Berliner Mauer am Deutschen Eck in Koblenz trägt die Inschrift „17. Juni 1953“. © Ronny Heidenreich

Denkmal für die Opfer der Teilung

Koblenz. Den Zusammenfluss von Mosel und Rhein, dem Deutschen Eck bei Koblenz, ziert seit dem 31. August 1897 ein monumentales Reiterstandbild von Kaiser Wilhelm I. Eingeweiht wurde das Denkmal in Erinnerung an den Sieg über die Armee Napoleons III. bei Sedan im September 1870. Im Zweiten Weltkrieg wurde das Denkmal beschädigt und schließlich abgebaut. Am 18. Mai 1953 widmete Bundespräsident Theodor Heuss das nur noch aus dem Sockel bestehende Denkmal zu einem Mahnmal der Deutschen Einheit um. Dafür wurden im Umfeld die Wappen aller deutschen Länder und die der früheren Ostgebiete aufgestellt. Anlässlich des 37. Jahrestages des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 wurde 1990 die zentrale Gedenkfeier des Landes Rheinland-Pfalz am Deutschen Eck in Koblenz ausgerichtet. Der damalige DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière überließ der Stadt Koblenz am 17. Juni 1990 drei originale Berliner Mauerteile, die mit den Inschriften „17. Juni 1953“, „Den Opfern der Teilung“ und „9. November 1989“ versehen wurden. Bei der Umgestaltung des Platzes wurden die drei Mauerteile vertauscht, so dass die Inschriften nun in einer anderen Reihenfolge zu lesen sind. Am Tag der Deutschen Einheit, dem 3. Oktober 1990, schließlich wurden auf einer Tafel die Namen der neuen Bundesländer angebracht. 1993 wurde ein neues Reiterstandbild Kaiser Wilhelms I. aufgestellt.

Auf Initiative von Elke und Thomas Schlegel wurde das Denkmal am 8. November 2018 um zwei Gedenktafeln zur Erinnerung an die Opfer der DDR-Diktatur und an die Friedliche Revolution erweitert. Finanziell unterstützt wurde das Projekt von den Initiatoren selbst sowie durch die damalige Ostbeauftragte der Bundesregierung, Iris Gleicke, und die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG). Der Enthüllung der Gedenktafeln wohnten neben den Initiatoren der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), Roland Jahn, der Oberbürgermeister der Stadt Koblenz, David Langner, sowie Dieter Dombrowski, der Bundesvorsitzende der UOKG, bei.

Inschrift: 17. Juni 1953 // Den Opfern der Teilung // 9. November 1989
Standort: Koblenz, Deutsches Eck, Danziger Straße / Adenauerufer, Peter-Altmeier-Ufer

Mahnmal 17. Juni 1953

Mainz. Auf den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR reagierten im rheinland-pfälzischen Mainz als erstes die Studenten. Am 18. Juni 1953 erklärte der Allgemeine Studentenausschuss an der Johann-Gutenberg-Universität seine Solidarität mit den Aufständischen. Er schickte ein Telegramm an den Deutschen Bundestag, den West-Berliner Senat und das Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen. Darin hieß es, dass die Mainzer Studentenschaft „in Ehrfurcht der gefallenen Freiheitskämpfer“ gedenke und sich „mit der tapferen Bevölkerung der Sowjetzone solidarisch“ erkläre.

Am 29. Juni 1953 kam der Mainzer Stadtrat zu einer Sitzung zusammen. Bereits zu Beginn gab es einen Eklat, als sich die Mitglieder der kommunistischen Fraktion im Stadtrat beim Gedenken an die Opfer des 17. Juni der Schweigeminute verweigerten. Auf Antrag der SPD-Fraktion sollte an diesem Tag beschlossen werden, den bei dem Aufstand Verwundeten finanzielle Unterstützung zukommen zu lassen. Zu einer heftigen Auseinandersetzung kam es als ein Abgeordneter der kommunistischen Fraktion erklärte, die Ereignisse in der DDR seien von einer gewissen Gruppe in West-Berlin organisiert worden, die in Zusammenhang mit dem Korea-Krieg stünde. Der Antrag zur Spende für die Opfer des 17. Juni wurde trotzdem mehrheitlich beschlossen. Die Abgeordneten der KPD stimmten gegen den Antrag.

Am 22. Januar 1959 beantragte die CDU-Fraktion im Stadtrat die Schaffung eines „Erinnerungshinweises an den deutschen Osten“. Die Union wollte damit auch auf das Chruschtschow-Ultimatum vom November 1958 reagierten, mit dem die Sowjetunion darauf drängte, West-Berlin zu einer selbständigen freien Stadt zu erklären. Der Architekt und Baurat im Mainzer Hochbauamt, Albert Karl Spelthahn, entwarf ein Denkmal und stellte im Juli 1960 seinen Entwurf eines dreifach gespaltenen Steinblocks vor, der die Dreiteilung Deutschlands symbolisieren sollte. Nach der Befürwortung durch den Bauausschuss kam es jedoch zunächst nicht zur Umsetzung. Erst die Ortsgruppe des Kuratoriums Unteilbares Deutschland griff 1961 den Plan wieder auf und sorgte dafür, dass der Auftrag zur Herstellung des Denkmals erteilt wurde. Am Abend des 16. Juni 1961 wurde anlässlich des Jahrestages des Volksaufstandes in der DDR das Denkmal feierlich eingeweiht. Der aus Beton gegossene rechteckige und dreifach gespaltene Quader mit dem Spruchband „Deutschland ist unteilbar“ sollte den Willen zur deutschen Einheit unterstreichen. Die Einweihungsfeier war begleitet durch zahlreiche weitere Aktionen wie Straßensammlungen zur Finanzierung des Denkmals, einer Ausstellung mit künstlerischen Arbeiten von Schülern zur deutschen Teilung sowie einer Foto-Ausstellung zum Aufbau Berlins. Nach der Feier gab es einen Schweigemarsch und ein Mahnfeuer. Eine Gruppe ostdeutscher Jugendlicher trug im Zug ein Modell des Brandenburger Tores.

In Erinnerung an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 symbolisiert der gespaltene Quader den Willen zur Deutschen Einheit.
© Landeshauptstadt Mainz / Dana Eva Stehle

In Pirmasens erinnert seit 1959 ein Gedenkstein an die Opfer des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953.
© Stadtarchiv Pirmasens / Wolfgang Runck

Etwa 10 Jahre nach der Wiedervereinigung wurde am Mahnmal eine Informationsstele der Reihe „Historisches Mainz“ aufgestellt. Diese informiert die Besucher des Fischtorplatzes, dass die in der Bundesrepublik in den 1950er und 1960er Jahren formulierten Ansprüche an die ehemaligen Ostgebiete heute keine Gültigkeit mehr haben.

Inschrift: Deutschland ist unteilbar
Standort: Mainz, Fischtorplatz

Gedenkstein zur Erinnerung an die Opfer des 17. Juni 1953

Pirmasens. Auf Initiative des Verbandes der Sowjetzonenflüchtlinge wurde in der pfälzischen Stadt Pirmasens im Juni 1959 ein Gedenkstein zur Erinnerung an die Opfer des Volksaufstandes in der DDR vom 17. Juni 1953 eingeweiht. Das Projekt wurde von der Stadt Pirmasens finanziell unterstützt. Anlässlich des Jahrestages des Volksaufstandes luden der Verband und die Stadt zu einem Schweigemarsch zur St. Pirminiuskirche ein, an dem Berichten zufolge mehr als 3.000 Bürgerinnen und Bürger teilnahmen. Im Rahmen der Gedenkveranstaltung übergab der Oberbürgermeister Jakob Schunk den Gedenkstein der Öffentlichkeit. Neben Schunk hielt auch der damalige Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Peter Altemeier, eine Rede, in der er betonte, dass „das deutsche Volk nicht froh und nicht zufrieden und nicht glücklich sein kann, solange sein Vaterhaus noch in zwei Teile aufgespalten ist.“

Der Gedenkstein befindet sich heute auf dem Schlossplatz an einer unauffälligen Stelle im Grünen. Die Inschrift des Gedenksteins, die auf den Volksaufstand verweist, ist umrahmt von sechs Landeswappen: Oberhalb der Inschrift auf der linken Seite befindet sich das Wappen Berlins, der Berliner Bär. Unterhalb der Inschrift sind die Wappen der Länder Brandenburg, Sachsen, Mecklenburg, Thüringen und Sachsen-Anhalt aufgereiht.

Inschriften: DEN / OPFERN DES 17. JUNI / 1953
Standort: Pirmasens, Auf dem Schlossplatz

Sachsen

Gedenktafel zum 17. Juni 1953

Delitzsch. Auch im Herzen des sächsischen Industriegebiets, in der Stadt Delitzsch, kam es im Frühsommer 1953 zu Massenprotesten. Dem Aufstand war die im Februar vom ZK der SED ausgelöste Kampagne „Feldzug für strenge Sparsamkeit – Der Kampf um fortschrittliche technische Normen“ vorausgegangen. Unter dem Schein der Freiwilligkeit dazu genötigt, verpflichteten sich auch die Arbeiter des Reichsbahnausbesserungswerkes (RAW) Delitzsch am 12. April 1953 zu höheren Arbeitsleistungen. Als zum 1. Juni 1953 die Arbeitsnormen ohne Einkommenszuwachs festgelegt werden, eskalierte der Unmut.

Am Morgen des 17. Juni, als tausende Delitzscher Arbeiter und Angestellte bei ihren Arbeitsstellen in Bitterfeld, Wolfen, Leipzig und Halle eintrafen, standen viele vor verschlossenen Werkstoren, hinter denen die Nachtschicht streikte. Mittags kehrten die ersten Arbeiterzüge aus Bitterfeld mit hunderten Pendlern zurück, die sich zu einer Demonstration vor der SED-Kreisleitung formierten. In Sprechchören forderten sie die Funktionäre zum Gespräch. Als 300 Personen versuchten, in das Gebäude einzudringen, wurden sie von sowjetischen Soldaten zurückgedrängt. Der Protestmarsch zog zum Volkspolizeikreisamt (VPKA) in der Dübener Straße (heute Oscar-Reime-Gymnasium).

Dort forderten 500 Demonstranten: „Gebt die Gefangenen heraus“, und meinten damit auch die vor dem 17. Juni wegen Nichterfüllung des Ablieferungssolls verhafteten Bauern. Die Lage spitzte sich weiter zu, als neue Arbeiterzüge aus Bitterfeld und Leipzig in Delitzsch eintrafen. Nach einigen Warnschüssen wurden aus dem oberen Stockwerk des VPKA Schüsse in die Menschenmenge vor der Schokoladenfabrik Böhme abgefeuert. Zwei junge Männer, der Maurer Joachim Bauer und der Maschinenschlosser Gerhard Dubielzig, innerhalb dieses Protestzuges mehr Zuschauer als Handelnde, fanden den Tod. Zwei andere Personen wurden verwundet: ein 14-jähriger Junge mit einem Schulterdurchschuss sowie ein Mann, der nach seinem Krankenhausaufenthalt am 11. August verhaftet und verurteilt wurde. Bald fuhren vier sowjetische Panzer auf, und der Militärkommandant im Kreis Delitzsch verhängte den Ausnahmezustand. In der Nacht kam es zu weiteren Verhaftungen. Die Kollegen des erschosse-

Die am 17. Juni 1996 eingeweihte Gedenktafel am ehemaligen Ort des Demonstrationsgeschehens soll einen Beitrag zur politischen und moralischen Wiedergutmachung leisten.
© Bundesstiftung Aufarbeitung

nen Gerhard Dubielzig im RAW Delitzsch sammelten am 18. Juni Geld für die Hinterbliebenen und legten den verwaisten Arbeitsplatz mit schwarzem Papier aus. Darauf stellten sie brennende Kerzen, Blumen und ein Bild des Toten. In der Nacht musste der Vertrauensmann der Gewerkschaft das gespendete Geld an die Sicherheitskräfte aushändigen; erst nach heftigen Protesten der Arbeitskollegen erreichte die Geldspende die Familie. Die Leiche von Gerhard Dubielzig wurde nach Leipzig überführt, ohne dass die Eltern ihren toten Sohn nochmals sehen konnten. Am 24. Juli fand die Urnenbeisetzung statt, an der die Arbeitskollegen nicht teilnehmen durften. Erst am 31. Juli konnte die Familie Dubielzig den Tod ihres 19-jährigen Sohnes in der Zeitung anzeigen. Ähnlich erging es der Familie Bauer in Brodau.

Im Juli 1953 verurteilte das Bezirksgericht Leipzig mehrere Bürger aus dem Kreis Delitzsch wegen „Boykotthetze“ und „Zusammenrottung“ zu einem Jahr bzw. wegen „Propaganda für den Nationalsozialismus“ zu sieben Jahren Zuchthaus. Der Generalstaatsanwalt in Berlin kassierte jedoch einige dieser Urteile und nach neuen Verhandlungen wurden höhere Zuchthausstrafen ausgesprochen. Insgesamt waren in Delitzsch und umliegenden Orten 28 Menschen unmittelbar von den Vorgängen am 17. Juni und den Folgen betroffen. 24 Personen wurden als „Konterrevolutionäre“ zu insgesamt 41 Jahren und sechs Monaten Zuchthaus bzw. 44 Jahren und drei Monaten Gefängnis verurteilt. Es handelte sich um einfache Arbeiter, drei Angestellte, zwei Minderjährige und zwei Frauen. Die damaligen Urteile wurden inzwischen von den Rehabilitierungsgerichten aufgehoben.

Am 17. Juni 1996, 43 Jahre nach dem Volksaufstand, wurde in Delitzsch eine Gedenktafel für die Opfer enthüllt. Die auf Beschluss des Stadtrates am Ort des Geschehens gegenüber dem ehemaligen VPKA am Gebäude der Schokoladenfabrik Böhme angebrachte Tafel soll zur moralischen und politischen Wiedergutmachung und zur öffentlichen Rehabilitierung der Opfer des 17. Juni in Delitzsch beitragen. Auf der Tafel ist eine Inschrift angebracht.

Inschrift: Gegen das Vergessen / An dieser Stelle wurden / während des Volksaufstandes / am 17. Juni 1953 / Joachim Bauer * 04. Mai 1933 / Gerhard Dubielzig * 29. März 1934 / erschossen

Standort: Delitzsch, Dübener Straße 33

Joachim Bauer

4. Mai 1933 – 17. Juni 1953

Der 20-jährige Maurer geriet eher aus Neugier als aus politischen Gründen am 17. Juni 1953 in den Demonstrationszug, der sich dem Volkspolizeikreisamt Delitzsch in der Dübener Straße näherte. Die Protestierenden forderten nachdrücklich die Freilassung der politischen Gefangenen. Trotz des massiven Polizeieinsatzes ließ sich der Demonstrationszug nicht auseinandertreiben, sondern wurde durch die sich anschließenden Schichtheimkehrer noch größer.

Als die Demonstranten am Nachmittag in den Vorhof des Polizeigebäudes eindrangen, gerieten sie unter Beschuss und versuchten das Gelände fluchtartig zu verlassen. Es kam zu tumultartigen Szenen. Zurück blieben mehrere Verletze und zwei Tote, unter ihnen Joachim Bauer. Er erlag seinen Kopfverletzungen an Ort und Stelle, wurde von den Demonstranten aber noch ins Krankenhaus gebracht. Die Eltern konnten ihren Sohn am Abend dort ein letztes Mal sehen.

Noch in derselben Nacht verfügte die Morduntersuchungskommission die Überführung des Körpers in die Gerichtsmedizin nach Leipzig. Ohne seine Angehörigen informiert oder deren Zustimmung eingeholt zu haben, wurde Joachim Bauer – und weitere Todesopfer des Volksaufstandes – am 20. Juni auf dem Leipziger Südfriedhof eingeäschert. Seine Urne gab die Staatsanwaltschaft erst am 15. Juli frei, vier Tage nach Aufhebung des Kriegsrechts in Leipzig.

Bauers Beisetzung fand am 24. Juli auf dem Friedhof in Brodau statt. Der Trauerfeier durfte nur der engste Familienkreis beiwohnen. Erst im August konnte die Familie Bauer die Bestattung ihres Sohnes in der Leipziger Volkszeitung bekannt geben und damit öffentlich den Kollegen des jungen Maurers in der Delitzscher Firma Martin Zschernitz sowie der Belegschaft des VEB Böhme für Geld- und Kranzspenden danken.

Quellen: Ahrberg, Edda / Hertle, Hans-Hermann / Hollitzer, Tobias & Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Hrsg.) (2004): Die Toten des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953. Münster: LIT Verlag, S. 146–148.

Das aus der Kette eines russischen T-34-Panzers gestaltete Mahnmal erinnert an die Ereignisse des Volksaufstandes in Dresden. © Ralf Marten, LSTU Sachsen

Gedenktafel zum 17. Juni 1953

Dresden. In Dresden begann der Aufstand am 17. Juni 1953 den SAG (Sowjetische Aktiengesellschaft) Sachsenwerken in Niedersedlitz, dem damals größten Industriebetrieb Dresdens, und erfasste innerhalb kurzer Zeit den VEB ABUS (Ausrüstungen und Getriebe für die Schwerindustrie). Hier war es Wilhelm Grothaus, der mit seinen Forderungen nach einem Rücktritt der Regierung, freien und geheimen Wahlen, Freilassung politischer Gefangener, Senkung der Lebensmittelpreise und Verbesserungen in der Sozialfürsorge den Arbeiteraufstand anführte. Große Teile der Bevölkerung Dresdens solidarisierten sich mit den Arbeitern des VEB ABUS und zogen gemeinsam mit ihnen und Arbeitern aus weiteren Betrieben in das Zentrum Dresdens, auf den Postplatz. Daraufhin verhängte der sowjetische Stadtkommandant Bogdanow ab 14 Uhr den Ausnahmezustand und der Postplatz wurde von der Kasernierten Volkspolizei und sowjetischen Militärs abgeriegelt. Als aufgebrachte Demonstranten das Post- und Telegrafenamt stürmen wollten, wurde geschossen. Die Kundgebungen und Streiks hielten jedoch an und konnten erst am nächsten Tag vollständig unterbunden werden. In der Nacht zum 18. Juni wurden die ersten sechs Mitglieder der Streikleitung verhaftet, darunter Wilhelm Grothaus. 1993 wurde auf Beschluss der Stadtverordnetenversammlung anlässlich des 40. Jahrestages des Volksaufstandes eine Gedenktafel am Postplatz angebracht. Zehn Jahre später, zum 50. Jahrestag des Volksaufstandes, wurde am 17. Juni 2003 die Hennigsdorfer Straße am Sachsenwerk in „Straße des 17. Juni“ umbenannt. 55 Jahre nach dem Volksaufstand, am 17. Juni 2008, wurde ein Mahnmal für die Opfer des Aufstandes auf dem Postplatz feierlich enthüllt. Das von der Dresdner Künstlerin Heidemarie Dreßel geschaffene Mahnmal besteht aus einer 5,70 Meter langen Kette eines russischen T34-Panzers. Die Kette ist im Gehweg in ein Sandbett eingelassen und bäumt sich am Ende 1,70 Meter in die Höhe. Eine davorliegende Bodenplatte trägt eine Inschrift.

Inschriften: **Plakette am Denkmal:** VOLKSAUFSTAND / 17. Juni 1953 // Heidemarie Dreßel / in Kooperation mit dem / Förderverein Militärhistorisches Museum Dresden // Landeshauptstadt Dresden. 2008

Bodenplatte vor dem Denkmal: Zur Erinnerung an den Volksaufstand in der DDR // Hier auf dem Postplatz demonstrierten / am 17. Juni 1953 / tausende Dresdnerinnen und Dresdener für Demokratie, / freie Wahlen und gegen die Willkür der kommunistischen Diktatur. / Nach der gewaltsamen Niederschlagung des Aufstandes / wurde viele von ihnen inhaftiert und verurteilt.

Standort: Dresden, Annenstraße / Ecke Marienstraße

Wilhelm Grothaus

17. November 1893 – 28. November 1965

Der Arbeitersohn aus dem Ruhrgebiet blickte 1953 bereits auf langjährige Erfahrungen in der SPD, ab 1932 in der KPD und im antifaschistischen Widerstand zurück. Als anerkanntes Opfer des Faschismus machte Wilhelm Grothaus in der DDR zunächst Karriere und hatte im Sächsischen Land- und Forstwirtschaftsministerium zuletzt die Position eines Ministerialdirigenten inne, bevor er 1950 aus politischen Gründen entlassen wurde.

Die Belegschaft des VEB ABUS, wo er 1953 als Kaufmännischer Angestellter tätig war, wählte ihn am 17. Juni zum Mitglied der Streikleitung, wo er die Forderungen der Arbeiter nach Rücktritt der Regierung, freie und geheime Wahlen, Freilassung der politischen Gefangenen, Senkung der Lebensmittelpreise und Verbesserungen der Sozialfürsorge formulierte. In dieser Funktion hatte er ein Rededuell mit Otto Buchwitz, einem Mitglied des Zentralkomitees der SED, dessen Versuch, die aufgebrachten Arbeiter zu beruhigen, fehlschlug, und Grothaus den Rücktritt der Regierung forderte.

In der Nacht vom 17. auf den 18. Juni wurde Grothaus in seiner Wohnung festgenommen und in einem sowjetischen Militärgefängnis inhaftiert und anschließend an die Staatsicherheit überstellt. In seinem erzwungenen Geständnis hieß es, er habe „die Initiative an sich gerissen", um „reaktionäre Forderungen" zu stellen, und sei somit „Initiator faschistischer Provokationen". Der Schauprozess gegen ihn und andere Mitglieder der Streikleitung fand am 22. und 23. Juli vor dem 1. Strafsenat des Bezirksgerichts Dresden statt.

Am 5. August verurteilte ihn das Gericht – in demselben Saal, in dem er 1944 als Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime schon einmal als Angeklagter stand – zu fünfzehn Jahren Zuchthaus. Nach seiner Entlassung aus der Haftanstalt Waldheim im November 1960 im Zuge eines allgemeinen „Gnadenentscheids" nach dem Tod von Wilhelm Pieck, gelang ihm die Flucht in den Westen. Wilhelm Grothaus lebte bis zu seinem Tod 1966 in Recklinghausen.

Quellen: „Gesamtübersicht zum 17. Juni im Bezirk Dresden", in: Das Stasi-Unterlagen-Archiv im Bundesarchiv, online unter: https://t1p.de/c2560; Kowalczuk, Ilko-Sascha (2010): Grothaus, Wilhelm, in: Müller-Enbergs, Helmut / Wielgohs, Jan / Hoffmann, Dieter et al. (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? Ein Lexikon ostdeutscher Biographien. Berlin: Ch. Links Verlag, online unter: https://t1p.de/i45ta.

Die 2003 enthüllte Gedenktafel soll der Opfer des Volksaufstandes im sächsischen Freiberg erinnern.
© Bundesstiftung Aufarbeitung / Melanie Weber

Gedenktafel zum 17. Juni 1953

Freiberg. Wie in vielen anderen Städten der DDR streikten um den 17. Juni 1953 im sächsischen Freiberg die Bauarbeiter. In diesen Tagen waren allein 1.300 Arbeiter der Bau-Union Dresden auf der Baustelle für die Zinkhütte Freiberg beschäftigt. Sie diskutierten über die Ereignisse in Berlin, wo am Tag zuvor bereits die Bauarbeiter der Stalinallee in den Streik getreten waren. Am Morgen des 18. Juni 1953 erschienen einzelne Brigaden nicht zur Arbeit und erzwangen eine Betriebsversammlung. Etwa 90 Prozent der Belegschaft der Zinkhütte beteiligten sich schließlich am Streik für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, freie Wahlen und die Absetzung der Regierung. Am 19. Juni kam es zu tumultartigen Szenen, weil die Kreisparteileitung zuvor gemachte Zusagen nicht einhielt. Insbesondere die politischen Forderungen wurden nicht erfüllt. Mindestens neun Personen, darunter die Streikleitung, wurden verhaftet. Die streikenden Bauarbeiter der Zinkhütte Freiberg wurden der Reihe nach entlassen, die Bauarbeiten abgebrochen und erst ein Jahr später wiederaufgenommen.

Seit 1990 gedenkt das mittelsächsische Freiberg alljährlich den Opfern des Volksaufstandes von 1953. Auf Initiative von Melanie Weber vom Forum 91 Freiberg e.V. wurde anlässlich des 50. Jahrestages des Volksaufstandes am historischen Ort in Freiberg eine Gedenktafel enthüllt.

Inschrift: Volksaufstand / 17. Juni 1953 // Zum Gedenken an den / Widerstand gegen die / SED-Diktatur in der / Hütte Freiberg
Standort: Freiberg, Alfred-Lange-Straße (Gelände der Saxonia GmbH)

Gedenktafel zum 17. Juni 1953

Görlitz. In der sächsischen Industriestadt Görlitz mit damals über 100.000 Einwohnern wurde am 17. Juni 1953 der Macht- und Unterdrückungsapparat der SED, wie in keiner anderen Stadt, für einen Tag völlig außer Kraft gesetzt. Die spontane Protestbewegung wuchs innerhalb weniger Stunden zum politischen Aufstand mit einer breiten sozialen Basis. Die Initiative zum Streik ging in Görlitz von jungen Arbeitern der LOWA aus, einem Großbetrieb des Lokomotiv- und Waggonbaus, in dem in zwei Werken insgesamt 4.000 Menschen beschäftigt waren. Sie riefen alle Betriebsangehörigen auf, sich mit den Berliner Arbeitern solidarisch zu erklären, und forderten Preissenkungen, höhere Löhne und die Abschaffung der Normen. Danach zogen die Streikenden zum VEB Maschinenbau (EKM), wo bereits Forderungen nach Rücktritt der Regierung, freien und geheimen Wahlen sowie nach Absetzung der SED- und Gewerkschaftsfunktionäre laut geworden waren. Gemeinsam zogen Waggon- und Maschinenbauer vor weitere Betriebe, deren Belegschaften sich Größtenteils in den Demonstrationszug

einreihten. Schon in den Vormittagsstunden versammelten sich auf den Straßen und Plätzen von Görlitz tausende Menschen, die mit den Demonstranten ins Zentrum strömten. Auf dem Obermarkt, dem zentralen Platz der Stadt, der damals Leninplatz hieß, fand gegen 11.30 Uhr eine Protestkundgebung statt, die von einer überbetrieblichen Streikleitung spontan organisiert worden war. Demonstranten besetzten die Anlage des Stadtfunks und übertrugen die Kundgebung. Oberbürgermeister Ehrlich wurde aufgefordert, „zur verbrecherischen Politik der SED und der Regierung der DDR" Stellung zu nehmen. Nach seinen agitatorischen Floskeln über „ernste Fehler der Partei" wählten die Einwohner von Görlitz per Akklamation öffentlich ihren Oberbürgermeister ab. Im weiteren Verlauf gründete sich ein Stadtkomitee aus 20 Freiwilligen, das als provisorische Stadtverwaltung fungierte. Dieses stellte eine Bürger- und Arbeiterwehr auf, die mit Armbinden versehen, jedoch unbewaffnet, im Stadtgebiet für Ordnung sorgen sollte. In den nächsten Stunden wurden alle Gebäude, die als Symbole der Macht galten, von den Demonstranten ohne größeren Widerstand besetzt, darunter auch die Kreisdienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) und die beiden örtlichen Haftanstalten. Hier befreiten die Demonstranten 416 Gefangene, mehr als in jeder anderen Stadt. Bis zum Nachmittag hatten sich zwischen 30.000 und 40.000 Menschen in der Innenstadt eingefunden, um an der angekündigten Kundgebung und Demonstration teilzunehmen, darunter auch viele aus umliegenden Orten und Betrieben des Landkreises. Es wurde der Befehl Nr. 1 verlesen, der vom Chef der Garnison der Stadt Görlitz, Generalmajor Schmyrew, und dem Militärkommandanten der Stadt Görlitz, Gardeoberst Klepikow unterzeichnet worden war: „Ab 15.00 Uhr des 17. Juni 1953 wird in der Stadt Görlitz der Belagerungszustand (...) verhängt." Dennoch begann die Kundgebung auf dem Obermarkt. Als Oberbürgermeister wurde der Arzt Dr. Hütter vorgestellt, und der Altsozialdemokrat Max Latt gab die Bildung eines Initiativkomitees zur Gründung der SPD bekannt. Eine aus Löbau eintreffende Einheit der Kasernierten Volkspolizei beendete nach 16 Uhr die Besetzung des Rathauses. Die Massendemonstration wurde jedoch erst gegen 18 Uhr durch das Eintreffen sowjetischer Panzer aufgelöst.

Am 17. Juni 1993 wurde auf Initiative von Mitgliedern des Bautzen-Komitees in der Stadt Görlitz eine Gedenktafel für die Opfer des 17. Juni 1953 enthüllt. Seitdem finden an dieser Stelle alljährlich Kranzniederlegungen statt.

Anlässlich des 50. Jahrestages des Volksaufstandes wurde am 17. Juni 2003 der Platz zwischen Kaisertrutz, Humboldthaus, Reichenbacher Turm und Obermarkt in „Platz des 17. Juni" umbenannt.

Inschrift: Zum Gedenken/an die Opfer/des Volksaufstandes/17. Juni 1953/in Görlitz und Umgebung

Standort: Görlitz, Amtsgericht, Postplatz 18

Am 17. Juni 1993 wurde am Görlitzer Amtsgericht eine Gedenktafel zur Erinnerung an die Opfer des Volksaufstands angebracht.
© Bundesstiftung Aufarbeitung / Oliver Boyn

Stefan Weingärtner

1933 – 1977

Der 20-jährige Autoschlosser Stefan Weingärtner war bis zum 17. Juni 1953 völlig unpolitisch. Als er an diesem Tag erfuhr, dass die Arbeiter der Lokomotiv- und Waggonbau-Betriebe (LOWA) in Görlitz demonstrieren, schloss er sich dem Protestzug ins Stadtzentrum sogleich an. Vor der Kreisdienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) verlangten die Protestierenden die Freilassung aller politischen Gefangenen. Kurz bevor das Gebäude von den Demonstranten gestürmt wird, erhielt Weingärtner mit einer Delegation Einlass in die Dienststelle, um im Keller nach den Inhaftierten zu suchen. Gemeinsam mit anderen Jugendlichen leistete er dem im Zuge der Auseinandersetzungen verletzten Kreissekretär sowie einem weiteren verwundeten MfS-Mitarbeiter Unterstützung und brachte sie zum Arzt.

Noch am selben Nachmittag, während der Auflösung der Proteste am Obermarkt, wurde Weingärtner verhaftet. Am 19. Juni 1953 legte ihm ein sowjetisches Militärtribunal (SMT) „aktive Beteiligung an den gegenrevolutionären Demonstrationen zum Sturz der DDR“ zur Last und verurteilte ihn zum Tode. Wenige Monate später revidierte das Militärgericht die Todesstrafe und wandelte sie am 5. Oktober 1953 in 25 Jahre Arbeitslager um. Ein „Gnadenentscheid des Präsidenten der DDR“ im Oktober 1956 setzte das Urteil auf zehn Jahre Haft herab. Bis zu seiner Freilassung am 25. Januar 1963 verbüßte Stefan Weingärtner Haftstationen in Luckau, Bautzen und Torgau. Trotz anschließender Beobachtung durch das MfS und die Volkspolizei gelang ihm 1964 die Flucht nach West-Berlin. Wie er trotz des strengen Grenzregimes in der geteilten Stadt in den Westteil gelangte, konnte das MfS nicht ermitteln. 1977 verstarb Stefan Weingärtner im Alter von 44 Jahren in Hannover an den Folgen der Haft. Der Bestattung konnte nur die Mutter beiwohnen. Die Geschwister erhielten von den DDR-Behörden keine Reisegenehmigung.

Quellen: Stefan Weingärtner. Biografie, in: Biografisches Lexikon, Widerstand und Opposition im Kommunismus 1945–91, online unter: https://t1p.de/1f026; „Sturm auf SED und Stasi – Der 17. Juni 1953 in Görlitz“, hrsg. v. Bundeszentrale für politische Bildung und Robert-Havemann-Gesellschaft e. V., online unter: www.jugendopposition.de/145355.

Denkmal zum Volksaufstand vom 17. Juni 1953

Leipzig. Im damaligen DDR-Bezirk Leipzig kam es am 17. Juni 1953 in allen dreizehn Kreisen zu Demonstrationen, Arbeitsniederlegungen und größeren Unruhen. Nach Angaben der Volkspolizei soll sich in 28 Großbetrieben die Mehrheit der insgesamt 120 300 Beschäftigten an den Streiks beteiligt haben. Im Leipziger Umland fanden vor allem an den Industriestandorten Schkeuditz, Delitzsch, Böhlen und Eilenburg Streiks und Demonstrationen statt. Leipzig gehörte neben Berlin und Halle zum Zentrum der Streikbewegung. So wurde auch der am 17. bzw. 18. Juni 1953 durch die sowjetische Besatzungsmacht ausgerufene Ausnahmezustand in den drei Städten noch bis zum 11. Juli aufrechterhalten.

In Leipzig begannen die Arbeitsniederlegungen in den Morgenstunden des 17. Juni. Streikleitungen bildeten sich, und Demonstrationszüge bewegten sich seit dem Vormittag aus den Fabriken in Richtung Stadtzentrum. Auf Transparenten solidarisierten sich die Streikenden mit den Berliner Arbeitern. Sie verlangten neben wirtschaftlichen Verbesserungen, wie z. B. Senkung der Arbeitsnormen und bessere Versorgung, auch politische Veränderungen: Die Absetzung der Regierung, freie Wahlen, Zulassung aller Parteien und die Freilassung aller politischen Gefangenen wurden gefordert. Wie an anderen Orten auch, stürmten die Demonstranten am frühen Nachmittag die Institutionen der Macht. Gebäude der SED, der FDJ und des FDGB, aber auch der „Leipziger Volkszeitung“ und des Gerichtes wurden besetzt. Gegen 16 Uhr wurde der Ausnahmezustand verhängt, und sowjetische Panzer rollten ins Zentrum der Stadt. Die etwa 40.000 bis 100.000 Demonstranten leisteten dennoch bis in den Abend hinein Widerstand. Zwischen 15 und 16 Uhr wurde der 19-jährige Dieter Teich vermutlich durch einen Volkspolizisten erschossen. Bis zum Abend erhöhte sich die Zahl der Getöteten auf drei; verletzt wurden ca. 120 Personen. Nur mit großer Anstrengung gelang es den Besatzungstruppen und der Volkspolizei, Leipzig in den folgenden Tagen wieder unter Kontrolle zu bringen. Drei Arbeiter wurden nach der Niederschlagung des Aufstandes wegen Beteiligung an den Streiks vom sowjetischen Militärkommandanten zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Anlässlich des 50. Jahrestages des Volksaufstandes legte der Förderverein für ein Denkmal zum Volksaufstand vom 17. Juni 1953 e.V. am 17. Juni 2003 an der Nordseite des Alten Rathauses hinter der Alten Börse in Leipzig den Grundstein für ein Denkmal. Eine Tafel im Fußweg trägt die Inschrift „17. Juni 1953“. Das fertige Denkmal wurde am 9. November 2003 vom Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, Wolfgang Tiefensee, der Öffentlichkeit übergeben. Ein in das Straßenpflaster eingelassener

Der ins Straßenpflaster eingelassene Bronzeabdruck von Panzerketten erinnert an die gewaltsame Niederschlagung des Volksaufstands.
© Bundesstiftung Aufarbeitung / Oliver Boyn

drei mal vier Meter großer Bronzeabdruck von Panzerketten erinnert an die gewaltsame Niederschlagung des Aufstandes in Leipzig durch die sowjetischen Streitkräfte.

Inschrift: 17. Juni 1953
Standort: Leipzig, Salzgäßchen

Elisabeth Bröcker
30. Juni 1888 – 17. Juni 1953

Es lässt sich nicht rekonstruieren, wie viel Elisabeth Bröcker von den Geschehnissen wusste, die sich seit den Morgenstunden des 17. Juni 1953 in Leipzig ereigneten und ob sie sich der Gefahr bewusst war, in die sie sich begab. Fest steht, dass die Rentnerin an diesem Tag in der Nähe des Kaufhauses der staatlichen Handelsorganisation (HO) in der Petersstraße von einer Kugel tödlich getroffen wurde.

„HO mach uns K.O." war der meistgehörte Slogan, mit dem die Demonstranten ihre aufgestaute Empörung über die unzulängliche Versorgungslage und die hohen Preise zum Ausdruck brachten. Insbesondere die Arbeiter der nahegelegenen Baustelle forderten die umgehende Schließung des HO-Kaufhauses und versuchen Zutritt zum Gebäude zu erlangen. Der Betriebsschutz des Marktes verweigerte den Einlass. Währenddessen gelangten immer mehr Menschen über die Petersstraße zum Markt. Am Nachmittag kippte die aufgeladene Stimmung, und die Protestierenden erstürmten das Kaufhaus. Es wurde scharf geschossen, zahlreiche Menschen wurden verletzt. In der Petersstraße wird die unbeteiligte Elisabeth Bröckler tödlich getroffen und in die Universitätsklinik gebracht, wo um 16.20 Uhr nur noch ihr Tod festgestellt werden konnte. Die Polizei versuchte den Vorgang zu vertuschen und der Getöteten ein Selbstverschulden anzulasten.

Zusammen mit den anderen Toten des Volksaufstandes wurde Elisabeth Bröckler am 20. Juni – ohne Wissen oder gar Zustimmung ihrer Verwandten – auf dem Leipziger Südfriedhof kremiert. Ihre sterblichen Überreste wurden am 15. Juli, vier Tage nach Aufhebung des Kriegsrechts in Leipzig, zur Bestattung freigegeben. Die von der Kriminalpolizei observierte Beisetzung erfolgte am 20. August auf dem Leipziger Südfriedhof.

Am 26. November 2002 wurde die Urne von Elisabeth Bröckler durch das Grünflächenamt der Stadt Leipzig innerhalb des Friedhofes in die Grab- und Gedenkanlage für die Opfer der stalinistischen Gewaltherrschaft umgebettet.

Quellen: Ahrberg, Edda / Hertle, Hans-Hermann / Hollitzer, Tobias & Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Hrsg.) (2004): Die Toten des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953. Münster: LIT Verlag, S. 123–125.

Gedenktafel für die Opfer politischer Gewaltherrschaft

Leipzig. Das Gebäude, in dem das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in Leipzig seine Untersuchungshaftanstalt (UHA) unterhielt, wurde von Hugo Licht entworfen und 1880 erbaut. Die UHA lag im Justiz- und Gefängniskomplex zwischen Dimitroff-, Harkort- und Beethovenstraße sowie Petersteinweg und war über einen Zugang direkt mit dem Revier der Volkspolizei (VP) verbunden. Dieser Umstand wurde von der Staatssicherheit genutzt, Verdächtige „zur Klärung eines Sachverhalts" bei der Volkspolizei vorzuladen und von dort aus ohne Umweg der Stasi-Untersuchungshaftanstalt zuzuführen. In der UHA herrschten verschärfte Haftbedingungen. Freigang war nur in kleinen Boxen möglich. Die Gefangenen wurden nur mit ihrer Nummer angesprochen, konnten nicht arbeiten, hatten tagsüber Liegeverbot und durften abends nicht lesen. 98 Untersuchungshäftlinge und 22 Strafgefangene konnte die UHA aufnehmen. Dafür existierten 41 Doppelzellen, vier Viererzellen, zwei Durchsuchungszellen sowie eine Isolierzelle. Wer als politischer Gefangener vor seiner Verurteilung in einer UHA des MfS einsaß, war für die Außenwelt regelrecht verschwunden. Auch engste Verwandte wussten oft lange nichts über den Verbleib der Inhaftierten.

In den 1990er Jahren wurde das Gebäude restauriert und außen weitgehend in den Zustand seiner Erbauung zurückversetzt. Seit 1997 wird es als Polizeigewahrsam genutzt. Der originalgetreue Nachbau einer Zelle der UHA kann heute in der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke" besichtigt werden.

Auf Initiative des Bundes der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) in Sachsen wurde am 24. Februar 1994 gemeinsam mit dem Oberbürgermeister der Stadt Leipzig und dem Stadtpräsidenten am Gebäude der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt eine Gedenktafel eingeweiht.

Das Teilstück der Beethovenstraße vor der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des MfS wurde 2003 anlässlich des 50. Jahrestages des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 in „Straße des 17. Juni" umbenannt. Hier versuchten die Aufständischen 1953, die Gefangenen zu befreien. Dabei gab es auch das erste Leipziger Todesopfer: Der 19-jährige Dieter Teich wurde noch vor der Verhängung des Ausnahmezustandes vermutlich von einem Volkspolizisten erschossen.

Inschrift: Im Gedenken / Den Opfern der Gewalt- / herrschaft / 1933 – 1945 und 1945 – 1989 / Bürger der Stadt Leipzig

Standort: Leipzig, Straße des 17. Juni 2

Im Zuge des Protestgeschehens versuchten die Aufständischen 1953 Gefangene aus der Untersuchungshaftanstalt des MfS zu befreien.
© Bundesstiftung Aufarbeitung / Oliver Boyn

Dieter Teich

24. April 1934 – 17. Juni 1953

Am 17. Juni streikte auch der VEB Mitteldeutscher Feuerungsbau in Holzhausen bei Leipzig. Der 19-jährige Dieter Teich begab sich wahrscheinlich gemeinsam mit seinen Kollegen in die Stadt. Vor der Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) kam es bereits seit den Mittagsstunden zu Demonstrationen. Die Protestierenden verlangten Zutritt zum Gebäude und die Freilassung der politischen Gefangenen. Als diese Forderung abgewiesen wurde, versuchte die Menschenmenge das Gefängnis zu stürmen. Sowjetische Soldaten, die gegen 14.00 Uhr am Ort des Geschehens vorgefahren waren, gaben Warnschüsse ab, zogen sich jedoch schnell wieder zurück. Die Situation nutzend, setzen die Demonstranten die Erstürmung des Gebäudekomplexes fort, bis Volkspolizisten und Stasi-Offiziere gegen 15.00 Uhr anfingen, in die heranrückende Menge zu schießen. Der von einer Kugel getroffene Dieter Teich wurde zum ersten Todesopfer des Volksaufstandes in Leipzig. Seinen Körper trugen die Demonstranten – unter großer Anteilnahme der Bevölkerung – auf einer blumengeschmückten Bahre durch die Stadt. Gegen 17.00 Uhr beschlagnahmte die Volkspolizei den Leichnam unter Androhung von Waffengewalt.

Zusammen mit den anderen Toten des Volksaufstands wurde Dieter Teich am 20. Juni auf dem Leipziger Südfriedhof eingeäschert. Nach Aufhebung des Kriegsrechts in Leipzig gab die Staatsanwaltschaft die Urne am 15. Juli zur Beisetzung frei. Die Volkspolizei verzögerte die Herausgabe nochmals bis zum 4. August, sodass Dieter Teich erst am 17. August bestattet werden konnte. Die Familie Teich wurde zu Stillschweigen verpflichtet. Dennoch gelang es der SED nicht, den Todesfall nach dem aufsehenerregenden Zug durch die Innenstadt geheim zu halten.

Seit 1994 befindet sich die Urne Dieter Teichs in der Grab- und Gedenkanlage für die Opfer der stalinistischen Gewaltherrschaft auf dem Südfriedhof in Leipzig.

Quellen: Ahrberg, Edda / Hertle, Hans-Hermann / Hollitzer, Tobias & Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Hrsg.) (2004): Die Toten des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953. Münster: LIT Verlag, S. 119–122.

Gedenktafel zum 17. Juni 1953

Niesky. Die größten Proteste erlebten am 17. Juni 1953 im damaligen Bezirk Dresden die Städte Dresden, Görlitz, Niesky und Riesa. In der etwa 8.000 Einwohner zählenden Kleinstadt Niesky gab es 1953 zwei große Betriebe: den VEB LOWA, in dem Güterwagen produziert wurden, und den VEB Stahlbau Niesky. Insgesamt arbeiteten dort etwa 4.000 Menschen. Schon am Morgen des 17. Juni herrschte in der LOWA Unruhe. SED-Agitatoren versuchten, nach einer Belegschaftsversammlung weitere „Zusammenballungen" zu verhindern. 600 bis 800 Belegschaftsangehörige beschlossen dennoch, die Arbeit niederzulegen. Am Nachmittag marschierten die Beschäftigten zum VEB Stahlbau, dessen Arbeiter sich den Streikenden aus der LOWA anschlossen. Beim Rat des Kreises Niesky verlangte eine Abordnung der Arbeiter die Absetzung des LOWA-Betriebsleiters und die Wiedereinsetzung seines Vorgängers. Vor dem Gebäude der SED-Kreisleitung wurde der Sturz der Regierung gefordert. Schließlich stürmte die aufgebrachte Menschenmenge das Haus. Transparente, Fahnen und Embleme wurden auf der Straße verbrannt. Gegen 16 Uhr versammelten sich erste Demonstranten auch vor dem Sitz der Kreisdienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in Niesky. Es waren mittlerweile mehr als 1.200 Menschen zusammengekommen, darunter vor allem streikende Arbeiter. Erst am Abend beendete ein Kommando der Kasernierten Volkspolizei die Besetzung des Gebäudes. Danach wurde gegen 21 Uhr der Ausnahmezustand über den Kreis Niesky verhängt. Nun marschierten auch sowjetische Soldaten mit Panzern in Niesky ein. Am Morgen des 18. Juni erschienen im LOWA-Werk alle drei Schichten gleichzeitig, ohne die Arbeit aufzunehmen. Die Beschäftigten forderten nun die Freilassung von sechs festgenommenen Kollegen. Sowjetische Soldaten versuchten immer wieder unter Androhung von Waffengewalt, die Wiederaufnahme der Arbeit zu erzwingen, was jedoch erst am 19. Juni erreicht werden konnte. Im sogenannten „Nieskyer Prozess" im Juli 1953 wurde vor dem Bezirksgericht Dresden gegen 16 Angeklagte aus Niesky und Umgebung verhandelt. Ein Angeklagter wurde als „Organisator" des Sturms auf die MfS-Dienststelle zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe verurteilt, die Übrigen erhielten Gefängnisstrafen zwischen sechs Monaten und 13 Jahren. Die meisten Verurteilten mussten mehr als zwei Drittel der Strafe verbüßen.

Zum Gedenken an die Opfer des Volksaufstandes wurde am früheren Sitz der Kreisdienststelle des MfS in Niesky anlässlich des 40. Jahrestages eine Gedenktafel eingeweiht.

Inschrift: 17. Juni 1953 / Der Tag des Volksaufstandes / gegen das SED-Regime / Wir gedenken der Opfer

Standort: Niesky, Horkaer Straße 15

Die Gedenktafel an die Opfer des 17. Juni 1953 in Niesky befindet sich am einstigen Sitz der Kreisdienststelle des MfS.
© André Schulze / André Schulze

In der Nähe seines Geburtshauses erinnert eine Gedenktafel an das Schicksal von Alfred Wagenknecht. © Bundesstiftung Aufarbeitung / Helga Urban

Gedenktafel für Alfred Wagenknecht

Rothenburg. Seit dem 17. Juni 2000 erinnert in der Nähe des Geburtshauses von Alfred Wagenknecht ein Gedenkstein mit einer Tafel an das Schicksal des Mannes, der im Zusammenhang mit den Ereignissen des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 verhaftet wurde und unter ungeklärten Umständen in einer Haftanstalt verstarb. Der Gedenkstein stammt aus dem Tagebau Nochten und wurde in einer feierlichen Zeremonie von Rothenburgs Bürgermeister, Bernd Lange, sowie den Nachfahren Wagenknechts unter Anteilnahme zahlreicher Gäste enthüllt. Im Jahre 2001 wurde an dieser Stelle eine weitere Tafel mit ausführlicheren Informationen über den Volksaufstand eingeweiht. In seiner Gedenkrede unterstrich Bürgermeister Lange die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit der jüngsten deutschen Geschichte und hob die Bedeutung der Grundwerte der bürgerlichen Demokratie hervor.

Inschrift: **Auf der 2000 errichteten Gedenktafel:** Gerechtigkeit wird nur dort/herrschen, wo sich die vom/Unrecht nicht Betroffenen/genauso entrüsten wie die/Beleidigten./(Platon)//Dieser Stein ist/Alfred Wagenknecht/gewidmet,/stellvertretend für alle Opfer/von Gewaltherrschaft.

Auf der 2001 errichteten Gedenktafel: Alfred Wagenknecht (1904–1953)//Alfred Wagenknecht war ein angesehener/selbständiger Fuhrunternehmer aus Rothenburg./Er wurde am 19. Juni 1953 als angeblicher/„Rädelsführer" im Zusammenhang mit den/Ereignissen des 17. Juni 1953 in Rothenburg/inhaftiert. Nach zwei Tagen Gefängnisaufenthalt/in Niesky war Alfred Wagenknecht tot. Er war/während seiner Haft schweren körperlichen Misshandlungen ausgesetzt.//Der Volksaufstand am 17. Juni 1953/Der Juniaufstand begann mit Protesten/Ostberliner Bauarbeiter gegen eine generelle/Erhöhung der Arbeitsnormen durch die/SED-Führung. Die Normerhöhung war durch die/Einheitsgewerkschaft gebilligt worden. Diese/Proteste weiteten sich im Laufe des 17. Juni/schnell zu einer allgemeinen Aufstandbewegung/aus. Neben der Herabsetzung der Arbeitsnormen/forderten die Demonstranten insbesondere den/Rücktritt der Regierung sowie die Abhaltung/freier demokratischer Wahlen. Der Aufstand/wurde im Verlauf des 17. Juni durch das/stalinistische SED-Regime mit Hilfe/sowjetischer Truppen niedergeschlagen./Bilanz: 1386 zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilte/21 vollstreckte Todesurteile./(Text nach Brockhaus-Enzyklopädie 19. Auflage)

Standort: Rothenburg, Schmiedegasse

Alfred Wagenknecht

28. November 1909 – 21. Juni 1953

Arbeiter der Bauunion Süd-Bremenhain organisierten am 18. Juni 1953 eine Demonstration vor der Kommandantur der Grenzpolizei; Rothenburg liegt direkt an der Grenze zu Polen. Sie forderten die Freilassung von drei Gefangenen und stürmten schließlich das Gebäude. Der Rat des Bezirkes identifizierte den Fuhrunternehmer Alfred Wagenknecht als „Rädelsführer" u.a. deshalb, weil dieser am 17. Juni auf seinem LKW einen befreiten Untersuchungshäftling aus Görlitz mitgenommen haben soll. Am 19. Juni 1953, Wagenknecht kehrte gegen 18.00 Uhr von seinem Tagesgeschäft zurück, verhaftete ihn die Volkspolizei vor seinem Haus. Sich keiner Schuld bewusst, ging Wagenknecht mit. Er trug seine Arbeitskleidung und nahm das Fahrrad mit – auf dem Rückweg wollte er noch aufs Feld.

Am 21. Juni setzte das Volkspolizeikreisamt in Niesky Wagenknechts Frau Herta davon in Kenntnis, dass ihr Ehegatte sich in der Gefängniszelle erhängt habe. Sie könne den verschlossenen Sarg, der unter keinen Umständen mehr geöffnet werden darf, abholen. Herta Wagenknecht glaubte nicht an den Suizid ihres Mannes und veranlasste die Inspektion des Leichnams. Der herbeigerufene Arzt stellte Verbrennungen an Fußsohlen und Schienbeinen sowie schwere Kopfwunden und innere Verletzungen fest, die durch Gewalteinwirkung verursacht worden waren. Anzeichen für eine Strangulation waren nicht erkennbar. Die daraufhin intervenierende Volkspolizei ordnete die umgehende Beisetzung des Toten an und verpflichtete Herta Wagenknecht zu Stillschweigen. Einwohner Rothenburgs, die die Geschichte vom Selbstmord Wagenknechts für eine Lüge hielten, versuchten, zur Beerdigung wenige Tage später eine Demonstration zu organisieren. Sicherheitskräfte verhinderten zwar den Protestzug, nicht aber das zehnminütige Läuten der Kirchenglocken während der Überführung des Leichnams.

Quellen: Ahrberg, Edda / Hertle, Hans-Hermann / Hollitzer, Tobias & Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Hrsg.) (2004): Die Toten des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953. Münster: LIT Verlag, S. 43–45.

In Taucha erinnert seit 2013 ein Gedenkstein an den Volksaufstand. © Birgit Richter / Birgit Richter

Gedenkstein zur Erinnerung an den 17. Juni 1953

Taucha. Der 17. Juni 1953 war auch im sächsischen Taucha ein Schicksalstag. Die Arbeiter der ortsansässigen Eisengießerei versammelten sich, um für die Freilassung ihres zuvor inhaftierten Chefs, Walter Klug, und gegen die geforderte Normenhöhung zu protestieren. Schnell wurden auch hier Forderungen nach Freiheit und einem Ende der SED-Herrschaft laut. Der Protestzug bahnte sich seinen Weg von der Gießerei über die Leipziger Straße bis hin zum Markt der Stadt Taucha, ehe er gewaltsam niedergeschlagen wurde.

60 Jahre nach dem Volksaufstand, am 17. Juni 2013, wurde an der Kreuzung der heutigen Gießereistraße und der Straße des 17. Juni ein Gedenkstein eingeweiht. Initiiert hatte den Stein CDU-Stadtrat Klaus-Dieter Münch, der damals selbst an einem Protestzug in Leipzig teilgenommen hatte. Vor dem etwa einen Meter hohen Gedenkstein steht eine Tafel mit einer Inschrift. Eine weitere Informationstafel des Heimatvereins Taucha e.V. neben dem Gedenkstein skizziert stichwortartig die Ereignisse in Taucha am 17. Juni 1953.

Inschriften: **Inschrift der Tafel vor dem Gedenkstein:** 17. Juni 1953
Inschrift der Informationstafel: Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953/Ausweitung eines Streiks von Berliner Bauarbeitern gegen unsoziale Maßnahmen und/Normerhöhungen durch die Regierung der DDR unter Walter Ulbricht zu Protestdemonstrationen/und zum Volksaufstand in vielen Städten der DDR.// Beteiligung von Taucha mit Beginn eines Streiks in der „Eisengießerei Walter Klug“ im Gerichtsweg./ Friedlicher Demonstrationszug durch Taucha zum Markt./Großdemonstrationen vor dem ehemaligen Rathaus, nur wenige tätliche Auseinandersetzungen und/ Sachbeschädigungen; schließlich Auflösung der Demonstration.// Mit/nach Niederschlagung des Volksaufstandes in Taucha einzelne Verhaftungen und Verurteilungen,/ Flucht etlicher aus Angst vor Repressalien in die Bundesrepublik.// Nach der friedlichen Revolution 1990:// Benennung einer Straße mit „Straße des 17. Juni“ (1997), Anbringung einer Tafel am Wohnhaus/Gerichtsweg 9 (2003).// Einweihung der Gedenkstätte (2013)// Der Heimatverein bedankt sich bei allen Sponsoren!

Standort: Taucha, Straße des 17. Juni

Gedenktafel zur Erinnerung an den 17. Juni 1953

Taucha. Einer der größten Arbeitgeber in Taucha war 1952 die von Walter Klug 1934 gegründete Eisengießerei, in der 120 Menschen beschäftigt waren. 1952 geriet der Unternehmer ins Visier der SED, die sein Unternehmen verstaatlichen wollte. Im November desselben Jahres wurde Walter Klug verhaftet. Ihm wurde vorgeworfen, aus der ihm gehörenden Betriebsküche 22 Flaschen Öl, 99 Eier und zwölf Stück Butter für den privaten Gebrauch abgezweigt zu haben. Dies diente als Vorwand dafür, Klug als „Feind des Sozialismus" zu verfolgen und zu verhaften. Das Unternehmen wurde unter treuhänderische Verwaltung durch einen SED-Genossen gestellt, der den Auftrag hatte, den Betrieb in den Konkurs zu führen, um ihn so verstaatlichen zu können.

Auch die Arbeiter der Eisengießerei wurden durch die Normerhöhung im Mai und Juni 1953 getroffen. Sie sollten ihre Erschwerniszulagen für die Arbeit an den Schmelzöfen verlieren, was einer zehnprozentigen Lohnkürzung gleichkam. Als die Arbeiter am 17. Juni 1953 von den Ereignissen in Berlin hörten, fuhren sie die Schmelzöfen herunter und traten ebenfalls in den Streik. Sie zogen in einer spontanen Demonstration vom Werksgelände zum Marktplatz von Taucha, riefen „Nieder mit der SED" und forderten die Zahlung der Erschwerniszulage wie bisher sowie die Freilassung von Walter Klug. Sechs Arbeiter wurden auf dem Marktplatz verhaftet. Am Morgen des 18. Juni wurde Klug überraschend freigelassen, woraufhin die Arbeiter in der Gießerei ihre Arbeit wiederaufnahmen. Seine Firma durfte er allerdings nicht mehr leiten. 1955 wurde für sein Unternehmen Konkurs angemeldet, der Betrieb eingestellt und das Grundstück verstaatlicht. 1956 verließ die Familie Klug die DDR.

Eine Tochter Klugs, Christine Afifi, kehrte 1990 nach Taucha zurück und erreichte nach mehrjährigem Rechtsstreit die Rückgabe des früheren Firmengeländes in den Familienbesitz. Sie ließ zwei Gedenktafeln anbringen, um an das dort ansässige Unternehmen und die Ereignisse vom 17. Juni 1953 zu erinnern.

Inschrift: **Erste Tafel:** Eisengießerei Walter Klug / bis 1952
Zweite Tafel: Erinnerung an den / 17. Juni 1953 / für den mutigen Aufstand der Arbeiter / der Eisengießerei Walter Klug

Standort: Taucha, Gerichtsweg 9

Die Eisengießerei Walter Klug war bis 1952, als das Unternehmen ins Visier der SED geriet und verstaatlicht wurde, einer der größten Arbeitgeber in Taucha.
© Bundesstiftung Aufarbeitung / Oliver Boyn

Gedenktafel an den couragierten Arbeiteraufstand der ehemaligen Eisengießerei Walter Klug am 17. Juni 1953.
© Bundesstiftung Aufarbeitung / Oliver Boyn

Seit dem 17. Juni 2004 trägt der Bahnhofsvorplatz in Zittau den Namen „Platz des 17. Juni".
© Bundesstiftung Aufarbeitung / Ruth Gleinig

Gedenktafel zur Erinnerung an den 17. Juni 1953

Zittau. Im Jahr 1953 war die Versorgungslage im Kreis Zittau im Vergleich zu anderen Kreisen des damaligen Bezirks Dresden deutlich schlechter, weshalb die Menschen zum Einkauf in die benachbarten Kreisstädte fahren mussten. In dem Industriekreis südöstlich von Dresden gab es mehrere große Textilbetriebe, Fahrzeugindustrie und das Braunkohlewerk Hirschfelde. Der größte Arbeitgeber war mit etwa 4.000 Beschäftigten das IFA-Werk Phänomen Zittau, in dem Nutzfahrzeuge hergestellt wurden. Im ersten Quartal 1953 waren die Produktionszahlen des Betriebes jedoch die niedrigsten im gesamten Bezirk, was zu hohen Lohnausfällen führte. Am 17. Juni 1953 kam es auch in Zittauer Werken zu spontanen Versammlungen. Mittags wurde im IFA-Werk II in Seifhennersdorf einstimmig eine Resolution verabschiedet, in der man freie, geheime, demokratische Wahlen, die Senkung der Lebensmittelpreise, eine einheitliche Einstufung der Bevölkerung für die Lebensmittelkarten und die Reduzierung hoher Gehälter forderte. Ab 16 Uhr wurde über Zittau der Ausnahmezustand verhängt. Am 18. und 19. Juni wurden Betriebsangehörige des IFA-Werkes verhaftet, woraufhin am 19. Juni die Früh- und Normalschicht in den Streik trat. Auch auf ihren Forderungen gegenüber der SED beharrten die Arbeiter weiter. Sowjetische Soldaten umstellten daraufhin das Zittauer Phänomen-Werk und zwangen die Arbeiter unter vorgehaltener Waffe zur Arbeitsaufnahme. Damit war der Streik beendet. In den folgenden Wochen sammelten die Arbeiter Geld für die Angehörigen der Inhaftierten; viele traten aus der Gewerkschaft aus.

Aus Anlass des 50. Jahrestages des Volksaufstandes wurde in Zittau am 17. Juni 2003 eine Gedenktafel enthüllt. Am 17. Juni 2004 wurde der Bahnhofsvorplatz von Zittau in „Platz des 17. Juni" umbenannt.

Inschrift: Zum Gedenken / an den Volksaufstand / 17. Juni 1953
Standort: Zittau, Bahnhofstraße 27

Sachsen-Anhalt

Gedenktafel für Paul Othma

Bitterfeld. Es war maßgeblich dem beharrlichen Engagement des Streikführers Paul Othma zu verdanken, dass der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in Bitterfeld friedlich verlief. Für seine Zivilcourage wurde er nach der Niederschlagung des Aufstandes zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt.

Anlässlich des 50. Jahrestages des Volksaufstandes veranstaltete der Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt, der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR des Landes Sachsen-Anhalt und dem Wilhelm-Fraenger-Institut Berlin am 16. und 17. Mai 2003 in Bitterfeld die Gedenkveranstaltung „Paul Othma – ein Mensch mit Zivilcourage". Im Rahmen dieser Tagung wurde am 17. Mai 2003 am historischen Rathaus eine Gedenktafel für Paul Othma durch dessen Witwe Hedwig Othma, den Vorsitzenden des Vereins Gegen Vergessen – für Demokratie e.V., Dr. Hans Koschnick, und den Bürgermeister von Bitterfeld, Werner Rauball, feierlich enthüllt. Die Tafel aus Glas trägt eine Inschrift.

Inschrift: Gegen Das Vergessen // Ort der Zivilcourage // Paul Othma, Streikführer (1905–1969) / Am 17. Juni 1953 formulierte das Bitterfelder / Streikkomitee im Rathaus seine Forderungen / an die Ulbricht-Regierung: / Freie demokratische geheime und direkte Wahlen, / Zurückziehung der deutschen Polizei / von den Zonengrenzen und sofortiger Durchgang / für alle Deutschen, / Sofortige Freilassung der politischen Häftlinge, / Zulassung aller großen Parteien Westdeutschlands / in unserer Zone … / Paul Othma stand dabei an erster Stelle. / Der Wille der Streikenden artikulierte sich / in Grund-Sätzen der Demokratie und / bewirkte in Bitterfeld einen friedlichen Umsturz. / Einen Tag lang war Freiheit. / Der Streikführer Othma wurde mehr als ein / Jahrzehnt in Zuchthäusern der DDR inhaftiert.

Standort: Bitterfeld, Rathaus Bitterfeld, Am Markt 7

Anlässlich des 50. Jahrestags des Volksaufstands wurde 2003 am historischen Rathaus in Bitterfeld eine Gedenktafel für Paul Othma eingeweiht.
© Bundesstiftung Aufarbeitung / Oliver Boyn

Paul Othma

14. November 1905 – 20. Juni 1969

Der Elektromonteur Paul Othma aus Sandersdorf war am 17. Juni 1953 Mitglied des Streikkomitees in Bitterfeld und trug durch sein Auftreten in entscheidendem Maße dazu bei, dass der Aufstand hier friedlich verlief.

„Du kannst doch gut reden", hieß es am Morgen des 17. Juni als Paul Othma beim Ausfahren vom Kabelrollen auf eine Ansammlung antraf, bei der Arbeiter mit einem Funktionär diskutierten. Die Belegschaft wollte wissen, wie es um die vier verhafteten Kollegen bestand, deren Verbleib ungewiss war. Von herbeiströmenden Arbeitern umgeben, bestieg Paul Othma einen Anhänger und forderte die Freilassung der politischen Gefangenen. Schnell bildete sich ein Demonstrationszug mit Othma an der Spitze, dem sich von den Produktionsbereichen am Alu-Werk, Kraftwerk und Säurewerk weitere Arbeiter anschlossen. Auf dem Weg zum Bitterfelder Marktplatz kamen auch die Angestellten der örtlichen Poliklinik hinzu. In der Innenstadt drängten auf dem völlig überfüllten Platz über 50.000 Menschen zusammen. Othma wandte sich als erster an die Demonstranten. Er forderte eine Absenkung der Normen und eine Herabsetzung der Preise in den Geschäften der staatlichen Handelsorganisation. Per Handzeichen wählte ihn die Menge ins Streikkomitee. Als ein Parteisekretär der SED-Kreisleitung sich auf der Tribüne für die Wahlfälschungen von 1950 rechtfertigen sollte, rief Othma die aufgebrachte Menge zur Besonnenheit auf. Der Sekretär konnte unbehelligt abziehen. Paul Othmas mäßigender Einfluss verhinderte im weiteren Verlauf des Tages mehrfach Übergriffe gegen Polizisten und andere Vertreter der Staatsmacht seitens der aufgebrachten Demonstranten. Vor Gericht nutzte ihm das nichts. Das Urteil lautete auf zwölf Jahre Zuchthaus und Einzug des gesamten Vermögens. Anfangs bemühten sich Kollegen und Freunde um Othmas Freilassung. Der schwer kranke Othma wurde jedoch erst 1964 nach elfeinhalb Jahren Haft entlassen. Kurz zuvor war noch ein Gnadengesuch abgelehnt worden. Am 20. Juni 1969 starb Paul Othma in Sandersdorf an den Spätfolgen der Haft.

Quellen: Ahrberg, Edda / Hertle, Hans-Hermann / Hollitzer, Tobias & Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Hrsg.) (2004): Die Toten des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953. Münster: LIT Verlag, S. 97–100.

Gedenkstein für die Verfolgten und Opfer des 17. Juni 1953

Bitterfeld. Der DDR-Bezirk Halle gehörte zu den Schwerpunktregionen der Streikbewegung während des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953. In allen 22 Kreisen sowie der Bezirksstadt selbst gab es am 17. Juni 1953 Demonstrationen, Arbeitsniederlegungen bzw. größere Unruhen, darunter vor allem in den Industriestandorten Leuna, Bitterfeld, Wolfen, Weißenfels sowie Quedlinburg und Köthen. In der Industrieregion Bitterfeld-Wolfen entwickelte sich die Erhebung neben Görlitz am weitesten hin zu einem bewusst und überregional geführten politischen Aufstand gegen das SED-Regime. In Wolfen und Bitterfeld beteiligten sich sämtliche Großbetriebe und fast alle mittleren und kleineren Betriebe an der Streikbewegung. Etwa 12.000 Arbeiter der Agfa-Filmbetriebe Wolfen und anderer Betriebe begannen vormittags einen Marsch nach Bitterfeld. Am späten Vormittag kam es auf dem Platz der Jugend in Bitterfeld zu einer Großkundgebung mit etwa 50.000 Menschen; Bitterfeld zählte zu dieser Zeit ca. 32.000 Einwohner. Für den Kreis Bitterfeld konstituierte sich ein Streikkomitee, das sich aus 25 Vertretern einzelner Betriebsleitungen zusammensetzte. Paul Othma formulierte die politischen Forderungen der Menschen und mahnte zur Besonnenheit. Wilhelm Fiebelkorn, ebenfalls Mitglied der Streikleitung, verlas ein Telegramm an die „Regierung der Deutschen Demokratischen Republik“. Gefordert wurden u. a. der „sofortige Rücktritt der Regierung, die durch Wahlmanöver an die Macht gekommen ist“ sowie „freie, demokratische, geheime und direkte Wahlen in vier Monaten“. Nach der Kundgebung besetzten die Demonstranten alle wichtigen Gebäude Bitterfelds, darunter das Rathaus, den Rat des Kreises, die SED-Kreisleitung, die MfS-Kreisdienststelle und das Gefängnis. Auch in Bitterfeld zogen die Panzer der Roten Armee ein und der Aufstand wurde niedergeschlagen. Einige Streikführer, darunter Wilhelm Fiebelkorn, flüchteten in den Westen; andere, wie Paul Othma, wurden vom MfS verhaftet. Das Bezirksgericht Halle verurteilte ihn Ende Oktober 1953 zu zwölf Jahren Zuchthaus.

Anlässlich des 50. Jahrestages des Volksaufstandes errichtete am 17. Juni 2003 die Stadt Bitterfeld auf dem Robert-Schumann-Platz, dem damaligen Platz der Jugend und Ort der Großdemonstration, einen Gedenkstein mit einer Bronzetafel.

Inschrift: Den / Teilnehmern, / Verfolgten / und Opfern / des Aufstandes / vom / 17. Juni 1953
Standort: Bitterfeld, Robert-Schumann-Platz

Auch in Bitterfeld wurde der Volksaufstand am 17. Juni 1953 mit Panzern der Roten Armee brutal niedergeschlagen.
© Bundesstiftung Aufarbeitung / Ulrich Mählert

In Eisleben erinnert seit 2003 eine Gedenktafel an die couragierten Bürger, die am 17. Juni 1953 für Gerechtigkeit und Freiheit in der DDR eintraten.
© Bundesstiftung Aufarbeitung / Oliver Boyn

Wilhelm Fiebelkorn
4. Dezember 1916 – 12. Januar 2008

Aus dem RIAS erfuhr der Grundschullehrer Wilhelm Fiebelkorn bereits am 16. Juni 1953 vom Streik der Bauarbeiter in der Berliner Stalinallee. Am nächsten Morgen begab sich der Lehrer für Physik und Mathematik wie gewöhnlich zur Comeniusschule in Bitterfeld. Doch es sollte kein gewöhnlicher Unterrichtstag werden. Als gegen 9.30 Uhr die Arbeiter des Elektrochemischen Kombinats Bitterfeld und der umliegenden Betriebe mit Paul Othma an der Spitze an den Fenstern der Schule vorbeiströmten, brach Fiebelkorn spontan den Unterricht ab und schloss sich dem Demonstrationszug in die Innenstadt an. Auf dem Platz der Jugend hielt er vor Zehntausenden Menschen eine Rede. Per Akklamation wählten ihn die Protestierenden gemeinsam mit weiteren 18 Personen ins Streikkomitee. Er formulierte ein Telegramm, dessen zehn Forderungen, darunter insbesondere der Rücktritt der Regierung und freie Wahlen, Punkt für Punkt abgestimmt wurden. Anschließend verfasste er ein zweites Telegramm an den obersten Repräsentanten der sowjetischen Besatzungsmacht. Als die sowjetischen Panzer eintrafen, tagte das Streikkomitee im Rathaus. Im allgemeinen Durcheinander gelang es Fiebelkorn unterzutauchen. Zu diesem Zeitpunkt wurde bereits intensiv nach ihm gefahndet. Gemeinsam mit Horst Sowada fand er zunächst in Seyda bei Pfarrer Willi Hagendorf für zehn Tage Unterschlupf. Mit dessen Hilfe und der Unterstützung der Befreiungsgruppe „Marlies“ überquerten die beiden Männer am 28. Juni um 16.59 Uhr die Glienicker Brücke nach West-Berlin. Fiebelkorn siedelte nach Westdeutschland über, wo er einige Zeit späte erneut eine Anstellung als Lehrer fand.

Quellen: Wilhelm Fiebelkorn. Erinnerungen an die Vorgänge des 17. Juni 1953 in Bitterfeld [Auszug], in: 17. Juni 1953 – Volksaufstand in der DDR, online unter: https://t1p.de/xft09; „Einer muss uns aufnehmen – das hat Jesus gesagt. Der 17. Juni 1953 im Seydaer Pfarrhaus. Eine Recherche nach 50 Jahren“, online unter: https://t1p.de/6f43i.

Gedenktafel zur Erinnerung an den 17. Juni 1953

Eisleben. Die Betriebe des Mansfeld-Kombinats „Wilhelm Pieck“ im Kreis Eisleben waren für die SED schon vor dem 17. Juni 1953 ein Ärgernis, galten sie doch als ständige Keimzelle „partei- und staatsfeindlicher Aktivitäten“. Bereits im April 1953 gab es hier begrenzte Arbeitsniederlegungen. Am 13. Mai streikten die Arbeiter der Schlackestein-Herstellung in Eisleben, nachdem ihnen die Löhne gekürzt worden waren und wetterbedingt ausgefallene Schichten nicht mehr bezahlt werden sollten. Die Wortführer wurden verhaftet, woraufhin andere Abteilungen in einen fünfstündigen Solidaritätsstreik traten und die Verhafteten wieder freigelassen wurden. In der Nacht zum 17. Juni fanden sich

an mehreren Stellen Eislebens auf Plakaten Parolen mit Aufrufen zum Generalstreik. Am Morgen des 17. Juni begannen Bergarbeiter des Brosowski-Schachts mit dem Streik. Bauarbeiter in Eisleben solidarisierten sich mit denen der Berliner Stalinallee und streikten ebenfalls. Am Vormittag zogen sie durch Eisleben. Die Volkspolizei schritt nicht ein, sondern geleitete die Demonstranten zum Markt, der jedoch gegen Mittag durch sowjetische Truppen geräumt wurde. Zu dieser Zeit traten die Bergarbeiter weiterer Schächte in den Streik und zogen am Nachmittag ins Eislebener Stadtzentrum. Etwa 5.000 Menschen schlossen sich dem Demonstrationszug an, aus dem Forderungen wie: „Nieder mit der Regierung!“ und „Die Zonengrenzen müssen fallen!“ zu hören waren. Streikende belagerten vorübergehend das Volkspolizeikreisamt Eisleben und vor der Untersuchungshaftanstalt forderte man die Freilassung politischer Gefangener. Die Haftanstalt wurde schließlich gestürmt und alle Häftlinge befreit. Auch das Kreisgericht, die Oberschule und die Kreisleitungen der SED und der FDJ wurden besetzt, bis am Abend sowjetische Soldaten die Gebäude räumten. Im Kreis Eisleben streikten an diesem Tag insgesamt 3.900 Menschen, 5.000 demonstrierten und einer kam dabei ums Leben. Die Streiks der Eislebener Bau- und Bergarbeiter gingen am 18. und 19. Juni weiter. Erst am 24. Juni wurde der Ausnahmezustand wieder aufgehoben.

Am 50. Jahrestag des Volksaufstandes wurde unweit des Rathauses an der Bruchsteinmauer am Marktberg eine Bronzeplatte zur Erinnerung enthüllt.

Im Rahmen einer späteren Gedenkveranstaltung anlässlich des 17. Juni kritisierte ein Vertreter der VOS e.V. die mangelnde Behandlung des Themas im Schulunterricht. Seine Kritik stieß auf Zuspruch und die Idee für das Projekt „Stätten des 17. Juni 1953“ war geboren. Das Ziel war, die Auseinandersetzung von Schülern mit dem 17. Juni zu fördern und zudem eine neue Gedenktafel zu gestalten, da die 2003 befestigte bereits Verwitterungserscheinungen zeigte. Der Historiker Hartmut Lauenroth sowie Schüler und Lehrer der Katharinenschule Eisleben setzten das Projekt um. Unterstützung erhielten sie von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, der Stiftung Rechtsstaat Sachsen-Anhalt e.V. und vom Landesverbandes Sachsen-Anhalt der VOS. Am 60. Jahrestag des Volksaufstandes 2013 wurde nach der Begrüßung durch die Oberbürgermeisterin Jutta Fischer das Ergebnis der Schülerarbeit, eine Broschüre für die zukünftige Unterrichtsgestaltung zum 17. Juni 1953, im Eislebener Rathaus vorgestellt. Nach einem Rundgang zu den Wirkstätten des Volksaufstandes in Eisleben weihten Wolfgang Stiehl von der VOS und Erhardt Schmidt, damals Bergmann im Fortschrittschacht, der am 17. Juni im Demonstrationszug nach Eisleben mitmarschierte, die neue Gedenktafel am Andreaskirchplatz ein. Schmidt hatte bereits zehn Jahre zuvor die erste Gedenktafel initiiert, die nach Anbringung der neuen Tafel eingelagert wurde.

Anlässlich des 60. Jahrestages des Volksaufstandes wurde 2013 eine neue Gedenktafel am Andreaskirchplatz eingeweiht. © Bundesstiftung Aufarbeitung / Robert Grünbaum

Seit dem 17. Juni 1998 erinnert eine Gedenktafel am Hallmarkt an die schicksalhaften Ereignisse des Volksaufstands 1953. © Bundesstiftung Aufarbeitung / Oliver Boyn

Inschrift: **Alte Bronzetafel an der Bruchsteinmauer am Marktberg:** 1953–2003/Wir erinnern an die Mutigen, die am/17. Juni 1953/für Recht, Freiheit und soziale/Verbesserungen in der DDR eintraten
Neue Gedenktafel am Andreaskirchplatz: Zum Gedenken an den/Volksaufstand vom 17. Juni 1953/in der Lutherstadt Eisleben/für soziale Gerechtigkeit,/Freiheit, Einheit und Demokratie

Standort: Eisleben, Andreaskirchplatz

Gedenktafel zum 17. Juni 1953

Halle (Saale). In der Industrie- und Universitätsstadt Halle (Saale), die damals mehr als 290.000 Einwohner zählte, kam es, wie in vielen anderen Städten der DDR, um den 17. Juni 1953 zu massenhaften Protesten der Bevölkerung gegen die SED-Diktatur. Zahlreiche Belegschaften legten am 17. Juni und an den beiden folgenden Tagen die Arbeit nieder. Sie bildeten Streikleitungen und stellten Forderungen auf. Die wichtigsten waren: Rücktritt der Regierung, freie Wahlen für ein einheitliches Deutschland, Freilassung der politischen Gefangenen, Senkung der Arbeitsnormen und der Lebensmittelpreise. Die Streikleitungen versuchten telefonisch oder über Kuriere, die Aktionen mit den Belegschaften anderer Betriebe zu koordinieren und ihre Forderungskataloge untereinander abzustimmen. Eine wichtige Rolle spielte die Lokomotiven- und Waggonfabrik Halle-Ammendorf (LOWA). Etwa 2.000 Arbeiter der LOWA marschierten gegen 10 Uhr auf der Stalinallee (heute Merseburger Straße) in Richtung des Stadtzentrums von Halle. Die Belegschaften der an der Stalinallee befindlichen Fabriken sowie Passanten schlossen sich der Demonstration an. Als der Zug den Thälmann-Platz (heute Riebeck-Platz) erreichte, war er auf über 8.000 Teilnehmer angewachsen. Eine gewaltsame Zerschlagung der Demonstration durch Polizeitruppen lehnte der sowjetische Stadtkommandant zunächst ab. In den Nachmittagsstunden entwickelte sich der Arbeiteraufstand in Halle zum Volksaufstand. Das zeigte sich auch in der Zusammensetzung des „Zentralen Streikkomitees“, das von Streikführern gegen 14 Uhr auf dem Hallmarkt gebildet worden war: Fast alle Bevölkerungsgruppen waren in diesem vertreten. Das Komitee setzte für 18 Uhr eine Großkundgebung an. Während sich die Staatsmacht durch den Protestzug bedroht sah, empfanden die Demonstranten den gemeinsamen Protest als Akt der Befrei-

ung. Auf den Straßen kam es zu spektakulären Aktionen. Die Menschen lachten und jubelten, wenn Stalin-Bilder, Transparente und SED-Akten auf die Straße flogen. Sie nahmen Polizisten die Waffen ab und zerstört oder warfen sie in die Kanalisation. Etwa 1.000 Demonstranten stürmten gegen Mittag die Strafvollzugsanstalt in der Kleinen Steinstraße, um politische Häftlinge zu befreien. Nachdem sie zunächst von der Wachmannschaft mit gezielten Schüssen zurückgetrieben worden waren, gelang es den Demonstranten am Nachmittag, in das Zellenhaus einzudringen. Daraufhin konnten alle 245 überwiegend weiblichen Insassen die Strafanstalt verlassen. Unter Einsatz von Schusswaffen und Panzern schlugen Sowjetarmee und Kasernierte Volkspolizei auch in Halle den Aufstand schließlich blutig nieder. Bereits ab 14.15 Uhr galt der Schießbefehl für alle Polizeikräfte im Bezirk Halle. Der Versuch, die politischen Gefangenen auch aus dem Zuchthaus „Roter Ochse“ zu befreien, scheiterte. Fünf Demonstranten starben hier im Gewehrfeuer der Wachmannschaft, weitere wurden schwer verletzt. Um 18.30 Uhr erfolgte durch Plakate und Flugblätter die Ausrufung des Ausnahmezustandes. Dessen ungeachtet folgten am Abend ca. 60.000 dem Aufruf des Streikkomitees zu einer Kundgebung auf dem Hallmarkt. Während die Menschen zum Abschluss das Deutschlandlied sangen, rollten sowjetische Panzer auf den Platz und vertrieben die Demonstranten.

Am 17. Juni 1998 wurde auf Beschluss des Stadtrates und auf Anregung von Herbert Priew, der nach dem 17. Juni 1953 in Halle verurteilt worden war, zusammen mit der Fraktion Neues Forum eine Gedenktafel am Ort des damaligen Geschehens enthüllt. Seit dem 17. Juni 2003 hängen neben dieser Tafel drei Fotos, die Szenen des Volksaufstandes in Halle zeigen. Sie wurden auf Initiative des Vereins Zeit Geschichte(n) e.V. und mit Unterstützung der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR des Landes Sachsen-Anhalt angebracht. Ebenfalls auf Beschluss des Stadtrates von Halle (Saale) erhielt der Hallmarkt anlässlich des 50. Jahrestages des Volksaufstandes zusätzlich den Namen „Platz des 17. Juni“.

Inschrift: Hier demonstrierten / am 17. Juni 1953 Tausende / Bürgerinnen und Bürger / mutig für / Freiheit und Demokratie

Standort: Halle (Saale), Am Hallmarkt / „Platz des 17. Juni“

Gedenktafel zum 17. Juni 1953 am Hallmarkt in Halle (Saale). © Bundesstiftung Aufarbeitung / Oliver Boyn

Herbert Priew

10. Juni 1930 – unbekannt

Während sich in vielen Städten der DDR die Demonstrationszüge im Laufe des 17. Juni 1953 in unorganisierten Aktionen aufsplitterten, fand in Halle (Saale) die wohl größte Kundgebung des Landes mit 60.000 Menschen statt. Dies ist nicht zuletzt den vier Studenten der Landwirtschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zu verdanken, die ein Verkehrshäuschen besetzten und über Lautsprecher zu einer Demonstration aufriefen. Der 23-jährige Student und Mitglied der Demokratischen Bauernpartei (DBD), Herbert Priew, verkündete: „… wir demonstrieren heute Abend um 18 Uhr auf dem Hallmarkt für Frieden, Einheit und Freiheit. Erscheint in Massen, verhaltet Euch diszipliniert, denn nur so können wir etwas erreichen. Einheit macht stark." Tatsächlich versammelte sich eine riesige Menschenmenge, die erst durch sowjetische Panzer zerstreut wurde.

Noch am selben Tag von einem Kommilitonen bei der Polizei und der Universitätsparteileitung denunziert, wurde Herbert Priew am 18. Juni 1953 vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) verhaftet und am 31. August 1953 vom 1. Strafsenat des Bezirksgerichtes Halle zu zwei Jahren Haft und fünf Jahren Sühnemaßnahmen verurteilt. Die Haftzeit verbrachte er in der Strafanstalt „Roter Ochse" in Halle und im Zuchthaus Waldheim. Nach seiner Entlassung am 17. Juni 1955 nach Bernburg (Saale), gelang ihm im Juli 1955 die Flucht über West-Berlin nach Stuttgart. Dort schloss er sein Studium 1959 mit Promotion ab. In Baden-Württemberg war Herbert Priew als Landesbeamter tätig, ab 1967 bis zu seiner Pensionierung 1993 arbeitete er im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Bonn. Später erfuhr er, dass sein Dienstapparat im Bonner Ministerium vom Staatssicherheitsdienst der DDR abgehört wurde. Am 23. Juni 1992 wurde Dr. Herbert Priew vom Bezirksgericht Halle vollständig rehabilitiert. Seit 1985 ist er Träger des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse.

Quellen: Gerstengarbe, Sybille/Henning, Horst (2009): Opposition, Widerstand und Verfolgung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1945–1961. Eine Dokumentation. Leipzig: Universitätsverlag, S. 660 f., online unter: https://t1p.de/67ysu; „17. Juni 1953. Herbert Priew", Materialien der Gedenkstätte „Roter Ochse" Halle (Saale) und der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen Anhalt, online unter: https://t1p.de/y8qsz.

Gedenktafel zum 17. Juni 1953

Jessen. Jessen war während des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 eines der Zentren des bäuerlichen Widerstandes gegen die repressive Agrarpolitik des SED-Regimes. Unter der Leitung der damaligen Initiatoren und Sprecher des Protestgeschehens, Rudolf Hildebrand und Hans-Dieter Heinze, gründete sich 46 Jahre später – am 17. Juni 1999 – der Arbeitskreis 17. Juni Jessen. Sein Anliegen ist es, die Ereignisse des Volksaufstandes in der Stadt wissenschaftlich aufzuarbeiten.

Am 9. November 1999 enthüllten der Bürgermeister von Jessen, Dietmar Brettschneider, und Rudolf Hildebrand im Innenhof des Jessener Schlosses, dem heutigen Sitz der Stadtverwaltung, eine Gedenktafel zur Erinnerung an die Ereignisse des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 in der Stadt. Ergänzt wurde der Festakt durch die Eröffnung einer kleinen thematischen Ausstellung zum 17. Juni 1953 im Foyer des Schlosses. An der feierlichen Enthüllungszeremonie nahmen außerdem der damalige Vizepräsident des Landtages von Sachsen-Anhalt, Prof. Dr. Wolfgang Böhmer, der Landrat des Landkreises Wittenberg, Dr. Wulf Littke, sowie die Fraktionsvorsitzenden der im Stadtrat vertretenen Parteien teil. Finanziert wurde die Granittafel neben dem Eingang zum Schlosshof von den Mitgliedern des Arbeitskreises 17. Juni Jessen sowie aus Mitteln der Stadt und des Landkreises. Seitdem finden an diesem Ort am 17. Juni jährlich Gedenkveranstaltungen statt.

Inschrift: Man muss begreifen, dass die Freiheit mehr wert ist,/als das eigene Leben./Solschenitzyn/Am 17. Juni 1953 erhoben sich an dieser historischen Stätte/1.500 Bauern aus den Dörfern des Kreises Jessen/gegen die Diktatur der SED und die Wirtschaftspolitik/des ‚Arbeiter- und Bauernstaates' unter der Regierung W. Ulbrichts./Viele Arbeiter und Einwohner der Stadt Jessen schlossen sich/dem Demonstrationszug der Bauern an und forderten:/sofortige freie geheime Wahlen für alle Deutschen/Absetzung der SED-Kreisverwaltung/Freilassung aller politischen Gefangenen/Abschaffung der soz. Planwirtschaft./Wir gedenken der vielen Menschen, die in der Folge umgekommen,/verfolgt und zu langen Haftstrafen verurteilt wurden./Wir gedenken derer, denen die Freiheit mehr wert war,/als das eigene Leben./Wir gedenken auch derer, die nicht mehr unter uns sind

Standort: Jessen, Schlossstraße 11

Die einstige Kreisstadt Jessen war 1953 ein Zentrum des bäuerlichen Widerstands gegen die repressive SED-Landwirtschaftspolitik.
© Bundesstiftung Aufarbeitung / Oliver Boyn

Die Industriestadt Magdeburg gehörte zu den Zentren des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953. © Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt / Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt

Rudolf Hildebrand
1927 – 2002

Die damalige Kreisstadt Jessen war 1953 ein Zentrum des bäuerlichen Widerstandes gegen die repressive SED-Landwirtschaftspolitik. Im Mittelpunkt der Proteste stand die Forderung, die Politik der Zwangskollektivierung zu stoppen und den privaten Bauern gleiche Chancen bei der Zuteilung von Saatgut, Maschinen und Geräten zu gewähren. In Jessen gingen rund 1.500 Bauern aus den umliegenden Gemeinden in den Morgenstunden des 17. Juni auf die Straße, um am Sitz der Kreisverwaltung zu protestieren. Dem Demonstrationszug schlossen sich zahlreiche Bürgerinnen und Bürger der Stadt an. Einer der vier gewählten Sprecher war der 26-jährige Landwirt Rudolf Hildebrand. Er verlangte die Freilassung unschuldig inhaftierter Bauern und die Reduzierung des Abgabensolls um 40 Prozent. Die Forderungen der Bauern nach Rücknahme der Abgaben wurden erfüllt, und die 30 Bauern, die zuvor wegen „Wirtschaftsvergehen" eingesperrt worden waren, kamen frei. Ein Kraftwagen brachte sie am Nachmittag aus dem Gefängnis Liebenwerda nach Jessen, wo sie von den Protestierenden auf dem Marktplatz mit großem Beifall empfangen wurden. Doch auch in Jessen und Umgebung währte der Moment der Freiheit nur kurz. Sowjetische Panzer fuhren auf, der Ausnahmezustand wurde verhängt und die Demonstration aufgelöst. Noch in der Nacht kam es zu ersten Verhaftungen.

Quelle: Hildebrand, Rudolf: Der Augenblick. Kurzfassung der Ereignisse um den 17. Juni 1953 in Jessen, organisiert durch die Bauern aus Rade, in: 17. Juni 1953 – Volksaufstand in der DDR, online unter: https://t1p.de/9toez.

Gedenktafel zum 17. Juni 1953

Magdeburg. Die Industriestadt Magdeburg gehörte zu den Zentren des Volksaufstandes am 17. Juni 1953. Am Vormittag versuchten tausende Demonstranten, das Untersuchungsgefängnis des MfS zu stürmen und die politischen Häftlinge zu befreien. Doch der Einsatz von Schusswaffen und Panzern durch die sowjetische Armee verhinderte das Vorhaben. Drei Teilnehmer der Demonstration verloren dabei ihr Leben. Zwei Bedienstete der Haftanstalt sowie zwei Volkspolizisten und ein MfS-Offizier kamen ebenfalls zu Tode. Den Demonstranten gelang es jedoch am Nachmittag des 17. Juni, trotz des schon verhängten Ausnahmezustandes, die Haftanstalt der Volkspolizei am Moritzplatz in der Magdeburger Neustadt zu stürmen und 221 Häftlinge zu befreien. Daraufhin wurden am 18. Juni zwei Magdeburger, Herbert Stauch und Alfred Dartsch, durch ein Sondertribunal der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) als angebliche Mörder standrechtlich zum Tode verurteilt und am selben Tag auf dem Hof der Haftanstalt Magdeburg-Sudenburg erschossen. Dass beide unschuldig starben, belegen die mittlerweile zugänglichen Akten aus russischen Archiven. Das Bezirksgericht stellte im August

1953 einen weiteren Magdeburger, Ernst Jennrich, unter Mordanklage und verurteilte ihn in erster Instanz zu lebenslanger Haft. Da das Gericht keine Beweise fand, sollte lediglich seine Teilnahme am Volksaufstand als abschreckendes Beispiel die Haftstrafe rechtfertigen. Dieses Urteil wurde jedoch auf Anweisung der Justizministerin Hilde Benjamin vom Obersten Gericht der DDR revidiert, da das SED-Politbüro die Todesstrafe für „angemessener" hielt. Im Oktober 1953 verurteilte daraufhin das Magdeburger Bezirksgericht den Angeklagten ohne neue Beweisaufnahme zum Tode. Er wurde 1954 hingerichtet. Die damaligen Todesurteile sind inzwischen von russischen und deutschen Rehabilitierungsgerichten als rechtswidrig kassiert worden.

Am 17. Juni 1999, 46 Jahre nach dem Volksaufstand, wurde anlässlich einer Ausstellungseröffnung eine Gedenktafel für die Opfer des 17. Juni 1953 am Gebäude des heutigen Ministeriums des Innern des Landes Sachsen-Anhalt in Magdeburg durch den damaligen Innenminister des Landes, Manfred Püchel, enthüllt. Sie trägt eine Inschrift.

Ein Jahr zuvor war dieser Platz in „Platz des 17. Juni" umbenannt worden. Das Gebäude beherbergte zwischen 1952 und 1989 die Bezirksdirektion der Deutschen Volkspolizei (DVP). In unmittelbarer Nähe befanden sich das Bezirksgericht Magdeburg und die Haftanstalt der DVP Magdeburg-Sudenburg sowie bis 1957 die Untersuchungshaftanstalt des MfS.

Inschrift: Zum Gedenken/an die Opfer des/Volksaufstandes/am 17. Juni 1953/in Magdeburg
Standort: Magdeburg, Gebäude des Ministeriums des Innern des Landes Sachsen-Anhalt, Halberstädter Straße 2, am Platz des 17. Juni

Dora Borchmann
9. Januar 1937 – 17. Juni 1953

Dora Borchmann war 16 Jahre alt, als sie sich am 17. Juni 1953 zu ihrer Schwester nach Magdeburg begab, um hier eine Lehrstelle anzutreten. Sie war das vierte von sechs Kindern einer Zimmermannsfamilie, die nach dem Zweiten Weltkrieg in der Region Magdeburg sesshaft wurde. Nach ihrem Schulabschluss im Jahr 1952 wurde Dora Borchmann konfirmiert und fand zunächst eine Anstellung im Braunkohletagebau. Ihre Schwester Gertrud arbeitete im Südosten Magdeburgs in einem Schwermaschinenbaubetrieb, der am 17. Juni auch bestreikt wurde. Es ist anzunehmen, dass die Schwestern, als sie sich am Vormittag zum Betrieb begaben, hier niemanden antrafen und später in das Demonstrationsgeschehen gerieten. Dora Borchmann erlitt einem Schuss in die Brust und verstarb in den Armen ihrer Schwester.

Eine Gedenktafel am ehemaligen Wohnhaus von Ernst Jennrich erinnert an dessen Schicksal.
© Thilo Rettig / Thilo Rettig

In ihrem Heimatdorf Hackeborn fand die Beerdigung unter großer Anteilnahme der gesamten Ortsgemeinschaft statt. Nur kurze Zeit nach der Beisetzung tauchte auf den roten Ziegeln der Friedhofsmauer ein mit schwarzer Farbe angebrachte Schriftzug auf: „Russki go home". Trotz wiederholter Versuche die Lettern zu entfernen, war er noch jahrelang an der Friedhofsmauer zu lesen.

Quellen: Ahrberg, Edda / Hertle, Hans-Hermann / Hollitzer, Tobias & Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Hrsg.) (2004): Die Toten des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953. Münster: LIT Verlag, S. 162 f.

Gedenktafel für Ernst Jennrich

Magdeburg. Ernst Jennrich, geboren am 15. November 1911, wurde nach dem Volksaufstand von 1953 in der Nacht zum 19. Juni 1953 verhaftet. Am 25. August 1953 verurteilte ihn das Bezirksgericht Magdeburg zunächst zu einer lebenslangen Zuchthausstrafe und kurz darauf zum Tode. Das Urteil wurde am 20. März 1954 vollstreckt.

Am 16. Juni 2010 wurde auf Initiative von Rolf-Dieter Weske, Vorstand der Siedlergemeinschaft Magdeburg Nordwest und Mitglied im Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V., am ehemaligen Wohnhaus von Ernst Jennrich ein Gedenkstein errichtet. Auf dem Gedenkstein befindet sich eine Tafel mit einer Inschrift.

Die Wohnungsbaugesellschaft Magdeburg (Wobau), der das einstige Wohnhaus der Familie Jennrich am Rembrandweg 1 mittlerweile gehört, stellte die Freifläche zur Verfügung und trug die Kosten für die Errichtung des Gedenksteines. An der feierlichen Enthüllungszeremonie nahmen Ernst Jennrich Junior, der jüngste Sohn des hingerichteten Ernst Jennrich, der Initiator der Gedenktafel, Rolf-Dieter Weske, Magdeburgs Stadtrat, Hans-Dieter Bromberg, der damalige Präsident des Landtages von Sachsen-Anhalt, Dieter Steinecke, der Landtagsabgeordnete, Wigbert Schwenke sowie Magdeburgs Ordnungsbeigeordneter, Holger Platz, und Vertreter der Wobau Magdeburg teil.

Inschrift: Rembrandtweg 1a, ehemaliges Wohnhaus von Ernst Jennrich/In diesem Haus wohnte Ernst Jennrich, geboren am 15.1.1911 in Wedringen,/hingerichtet am 20.3.1954 in Dresden./Am 17. Juni 1953 nahm Ernst Jennrich am Volksaufstand in Magdeburg teil. Vor der/Haftanstalt Sudenburg entwaffnete er einen Jugendlichen, gab zwei Schüsse in die Luft/ab und zerschlug das Gewehr. Er wurde am folgenden Tag verhaftet und beschuldigt,/einen Volkspolizisten ermordet zu haben. Anfang August 1953 forderte Hilde Benjamin,/Vizepräsidentin des Obersten Gerichtes der DDR und spätere Justizministerin der DDR,/in einem Schreiben an das Zentralkomitee der SED für Jennrich die Todesstrafe. Das/Bezirksgericht Magdeburg hatte erhebliche Zweifel an den gesteuerten/Zeugenaussagen und verhängt im August 1953 eine lebenslange Haftstrafe. Am 6./Oktober verurteilten dieselben Richter, die das erste Urteil gefällt hatten, auf Weisung/des Obersten Gerichtes der DDR Erst Jennrich zum Tode. Ernst Jennrich, verheiratet,/Vater von vier Kindern wurde am 20. März 1954 in Dresden hingerichtet. Im Jahr 1991/wurde er vom Bezirksgericht Magdeburg postum rehabilitiert.

Standort: Magdeburg, Rembrandtweg 1 a

Ernst Jennrich

15. November 1911 – 20. März 1954

Nachdem sich der 42-jährige Gärtner Ernst Jennrich am Morgen des 17. Juni 1953 über die Menschenmengen auf den Straßen wunderte, begab er sich in den Mittagsstunden mit einem seiner Söhne ins Magdeburger Stadtzentrum. Dort trafen sie am Hasselbachplatz auf die Demonstranten. Am nahegelegenen Gefängniskomplex in Magdeburg-Sudenburg gelangte Jennrich in den Besitz eines Karabiners der Volkspolizei. Er feuerte zwei Schüsse ab, um die Waffe zu entladen und zerschlug diese anschließend, damit sie unbrauchbar wurde.

Nach seiner Verhaftung am 19. Juni wurde Ernst Jennrich zunächst von sowjetischen Vernehmern verhört und anschließend an die deutschen Behörden überstellt. Die vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) konstruierte Anklage, Jennrich habe tödliche Schüsse auf den MfS-Angehörigen Hans Waldbach abgegeben, ließ sich nicht beweisen. Dennoch verurteilte ihn das Bezirksgericht Magdeburg am 25. August 1953 zu einer lebenslangen Zuchthausstrafe. Nach Einspruch des Staatsanwalts, der ein höheres Strafmaß gefordert hatte, wurde das Urteil auf Anweisung der damaligen Justizministerin Hilde Benjamin vom Obersten Gericht der DDR aufgehoben. In einem zweiten Prozess verhängte dasselbe Gericht am 6. Oktober 1953 trotz unveränderter Beweislage die Todesstrafe. Ein Antrag auf Berufung sowie ein Gnadengesuch wurden abgelehnt. Noch am selben Tag versuchte einer der Schöffen beim Bezirksgericht, gegen die Urteilskorrektur Widerspruch

Paul Othma wurde auf dem Friedhof in Sandersdorf beigesetzt. © Bundesstiftung Aufarbeitung / Oliver Boyn

einzulegen. Das wenige Tage später ausgestellte Originaldokument des Todesurteils trug letztendlich aber auch seine Unterschrift. Gegen 4.00 Uhr morgens am 20. März 1954 wurde das Todesurteil gegen Ernst Jennrich im Zuchthaus Dresden vollstreckt. Auf Antrag seines Sohnes wurde Ernst Jennrich am 20. August 1991 vom Bezirksgericht Magdeburg postum rehabilitiert. Der Fall war später Vorlage für das Theaterstück „Der Massenmensch", das 2003 in der Gedenkstätte Münchner Platz in Dresden uraufgeführt wurde. Es dokumentiert die Gerichtsverhandlung, beruhend auf einem Tonmitschnitt des Ministeriums für Staatssicherheit.

Quellen: Ahrberg, Edda / Hertle, Hans-Hermann / Hollitzer, Tobias & Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Hrsg.) (2004): Die Toten des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953. Münster: LIT Verlag, S. 176–180; „Der Aufstand im Bezirk Magdeburg. Todesurteil ohne schlüssige Beweise", in: Das Stasi-Unterlagen-Archiv im Bundesarchiv, online unter: https://t1p.de/rsdv3.

Gedenkstein für die Opfer von Terror und Gewalt und Grab des Streikführers Paul Othma

Sandersdorf. Paul Othma (1905–1969) wurde im heute polnischen Radzionkau geboren. Als Elektromonteur sowie Radio- und Fernsehfachmann machte er sich nach dem Zweiten Weltkrieg in Sandersdorf, einem kleinen Ort fünf Kilometer von Bitterfeld entfernt, selbstständig. Die restriktive Politik des Staats gegenüber selbständigen Handwerkern führte jedoch dazu, dass er bald eine andere Arbeit in einem Chemiewerk in Bitterfeld aufnehmen musste. Da er in der Lage war, seine Meinung öffentlich zu vertreten, bestimmten die Chemiewerker Paul Othma am 17. Juni 1953 zu ihrem Sprecher. Die Streikenden in Bitterfeld forderten den Sturz der DDR-Regierung, freie und geheime Wahlen in ganz Deutschland, die Freilassung der politischen Gefangenen, die Absetzung der „SED-Leute" und eine 40-prozentige Herabsetzung der Lebensmittelpreise. Den Sturz der DDR-Regierung vertrat Othma nicht, mit allen anderen Punkten war er jedoch einverstanden. Als es auf dem Marktplatz in Bitterfeld zu Zusammenstößen kam, redete Othma vom Rathaus aus beschwichtigend auf die Arbeiter ein. Auch im Polizeipräsidium, wo Jugendliche die Waffenkammer stürmen wollten, vermittelte er und verhinderte die Tat. Einen Streik im örtlichen Elektrizitätswerk konnte er ebenso abwenden. Trotzdem verhaftete die Staatssicherheit Othma, der sich bei seinen Eltern versteckt hatte, noch in der Nacht nach der Niederschlagung des Aufstandes. Ein halbes Jahr verbrachte er in Untersuchungshaft im „Roten Ochsen", bis er schließlich zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilt und sein Vermögen eingezogen wurde. Der an Leberzirrhose erkrankte Othma wurde erst 1964 nach elfeinhalb Jahren Haft entlassen. Kurz zuvor war noch ein Gnadengesuch abgelehnt worden. Am 20. Juni 1969 starb Paul Othma an den Spätfolgen seiner Inhaftierung.

Im Jahr 1994 wurde auf dem Friedhof in Sandersdorf ein Gedenkstein mit einer Inschrift eingeweiht. Auf diesem Friedhof ist auch Paul Othma beigesetzt worden. Eine kleine Steinplatte auf dem Urnengrab seines Verwandten Wilhelm Barschdorf trägt seinen Namen.

Anlässlich des 50. Jahrestages des Volksaufstandes erhielt das Gemeindezentrum von Sandersdorf in der Zscherndorfer Straße 15 den Namen „Haus Paul Othma". Die Namensgebung am 17. Juni 2003 fand im Rahmen einer Feierstunde in Anwesenheit der Witwe Hedwig Othma statt.

Inschrift: Zum Gedenken/an die Opfer/des II. Weltkrieges/und als Mahnung/gegen Terror/und Gewalt
Standort: Sandersdorf Friedhof, Greppinerstraße

Gedenktafel zum 17. Juni 1953

Seyda. In dem kleinen Ort in der Nähe von Wittenberg erinnert seit dem 15. Juni 2003 eine Gedenktafel am örtlichen Pfarramt an die mutige Tat des Pfarrers Willi Hagendorf. Nach der Niederschlagung des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 versteckte er Mitglieder der Bitterfelder und Wolfener Streikleitung in seinem Pfarrhaus. Die Staatssicherheit erfuhr davon und verhaftete den Pfarrer am 17. September 1953. Am 7. Oktober 1954, dem 5. Jahrestag der DDR, wurde er begnadigt, erhielt jedoch Redeverbot und konnte somit seinen Beruf nicht mehr ausüben. Der Tod eines Verwandten ermöglichte ihm die „besuchsweise Ausreise" nach Westdeutschland. Er kehrte jedoch nicht mehr in die DDR zurück und wurde später Superintendent in Westfalen.

Die Tafel geht zurück auf eine Initiative der Kirchengemeinde und einen Beschluss des Gemeindekirchenrates von Seyda.

Inschrift: „Herr, du bist unsere Zuflucht für und für"/Psalm 90/In diesem Pfarrhaus fand nach dem/niedergeschlagenen Aufstand vom 17. Juni 1953/die Streikleitung von Wolfen/und Bitterfeld einen Zufluchtsort.
Standort: Seyda, Pfarramt, Kirchplatz 1

Eine Gedenktafel am Pfarramt in Seyda erinnert an die mutige Tat von Pfarrer Willi Hagendorf am 17. Juni 1953 © Evangelische Kirchengemeinde Seyda / Thomas Meinhof.

Willi Hagendorf
Lebensdaten unbekannt

Die kleine Gemeinde Seyda, heute ein Ortsteil der Stadt Jessen in Sachsen-Anhalt, war nach dem 17. Juni Schauplatz einer dramatischen Geschichte, die erst nach der Friedlichen Revolution 1989 bekannt wurde. Auch in Seyda herrschte in diesen Tagen, wie in vielen Orten der DDR ab 21.00 Uhr Ausgangsperre. Spät am Abend klopfte es plötzlich bei Pfarrer Willi Hagendorf an der Tür. Es handelte sich um Wilhelm Fiebelkorn und Horst Sawada, die hofften, im Pfarrhaus Hilfe zu bekommen, nachdem ihnen die abenteuerliche Flucht aus Bitterfeld gelungen war. Zehn Tage beherbergte Willi Hagendorf die beiden Gesuchten. Das war kein leichtes Unterfangen, denn die Grundversorgung war zu diesem Zeitpunkt immer noch über Lebensmittelmarken geregelt und der Pfarrer selbst musste eine achtköpfige Familie ernähren. Dann gelang es den Flüchtigen, falsche Papiere zu besorgen, und am 28. Juni erreichten sie West-Berlin. Am 17. September 1953 wurde Willi Hagendorf verhaftet und vom 1. Strafsenat des Bezirksgerichts Magdeburg im April 1954 zu zwei Jahren und sechs Monaten Zuchthaus verurteilt. Am 7. Oktober 1954 wurde er amnestiert und ging nach Westfalen, wo er zunächst als Religionslehrer arbeitete und später Superintendent wurde.

Quellen: Jochade, Evelyn: Volksaufstand 1953: Erinnerung an einen Vorgänger, in: Mitteldeutsche Zeitung vom 09.07.2013, online unter: https://t1p.de/l4ak2; „Einer muss uns aufnehmen – das hat Jesus gesagt. Der 17. Juni 1953 im Seydaer Pfarrhaus. Eine Recherche nach 50 Jahren", online unter: https://t1p.de/6f43i.

Gedenktafel für Kurt Arndt

Wimmelburg. Zum 60. Jahrestag des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 wurde zur Erinnerung an den Bergarbeiter Kurt Arndt am 17. Juni 2013 eine Gedenktafel eingeweiht. Seine beiden Söhne Winfried und Horst Arndt nahmen an der Einweihung vor dem alten Wohnhaus Kurt Arndts teil.

Inschrift: Bergmann Kurt Arndt / 10. Juli 1914 – 21. Juni 1953 / Opfer des Volksaufstandes am 17. Juni im Mansfelder Land.
Standort: Wimmelburg, Unterdorf, hinter dem Supermarkt

Kurt Arndt

10. Juli 1914 – 21. Juni 1953

Der Volksaufstand in der DDR fand nicht nur in Berlin statt. Auch im Mansfelder Land gingen Menschen wie Kurt Arndt, der damals im Fortschrittschacht arbeitete, auf die Straße. Er und andere Bergbauarbeiter erfuhren vom Streik im Otto-Brosowski-Schacht und schlossen sich dem Demonstrationszug nach Eisleben an. Sie forderten von der Hauptverwaltung des VEB Mansfeld die Rücknahme der Normerhöhung. Als die Volkspolizei Kurt Arndt am 18. Juni 1953 an seinem Wohnhaus als angeblichen „Provokateur und Rädelsführer" festnehmen wollte, versuchte er, sich der Verhaftung durch Flucht auf ein nahegelegenes Dach zu entziehen. „Die kriegen mich nicht", soll er noch gerufen haben, bevor die Volkspolizei anfing, scharf zu schießen. Von drei Schüssen niedergestreckt, brach Kurt Arndt zusammen. Seine Frau kletterte noch zu ihm aufs Dach und versuchte, die stark blutende Bauchwunde zu versorgen.

Drei Tage später starb Kurt Arnd im Bergbaukrankenhaus in Eisleben und wurde namenlos auf dem Wimmelburger Friedhof beigesetzt. An Gewaltakten und Zerstörungen in der Stadt Eisleben war Arndt nicht beteiligt. Der Grund für die Flucht war vermutlich sein fehlendes Vertrauen in die Rechtstaatlichkeit der DDR.

Quellen: Ahrberg, Edda / Hertle, Hans-Hermann / Hollitzer, Tobias & Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Hrsg.) (2004): Die Toten des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953. Münster: LIT Verlag, S. 101 f.

2019 wurde das Denkmal um ein Hinweisschild und eine Gedenktafel mit zusätzlichen Informationen zum Volksaufstand erweitert. © Stadt Elmshorn, Amt für Kultur und Weiterbildung

Schleswig-Holstein

Denkmal zum Volkaufstand in der DDR am 17. Juni 1953

Elmshorn. Am 17. Juni 1963 jährte sich der Volksaufstand in der DDR zum zehnten Mal. Aus diesem Anlass wurde am Probstenfeld in der Stadt Elmshorn ein Denkmal zur Erinnerung an die landesweiten Proteste installiert. Ursprünglich bestand das Denkmal aus einer Mauer mit einer Inschrift sowie einer schmiedeeisernen Landkarte des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937. Damit erinnerte es nicht nur an die deutsch-deutsche Teilung, sondern auch an die ehemaligen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Grenze. Nachdem die Inschrift und die Landkarte in den 1990er Jahren durch Vandalismus zerstört wurden, blieb die Mauer zunächst für einige Jahre als Denkmal an den 17. Juni unkenntlich.

Auf Beschluss des Magistrats wurde im Herbst 1998 die heutige Gedenktafel mit einer Inschrift an die Mauer montiert. Die Inschrift enthält den ursprünglichen Text von 1963, während das Symbol der Landesgrenzen von 1937 aufgrund revanchistischer Konnotationen nicht erneuert wurde.

Seit September 2019 befindet sich links neben der Gedenktafel auch ein Hinweisschild, das über den Volksaufstand am 17. Juni 1953 informiert. Über einen QR-Code können weitere Informationen zum Denkmal abgerufen werden.

Inschriften: **Auf der Gedenktafel:** 17. JUNI 1953/GEGEN TERROR UND WILLKÜR/FÜR/EINIGKEIT, RECHT UND FREIHEIT
Auf dem Hinweisschild: Elmshorn/Das Denkmal erinnert an den Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953/In über 700 Städten und Gemeinden kam es zwischen dem 16. und/21. Juni zu Demonstrationen und Streiks. An diesen waren etwa eine/Million Menschen beteiligt./Was zunächst als Protest gegen erhöhte Arbeitsnormen begann,/weitete sich rasch aus. Die Hauptforderungen der Demonstranten/lauteten nun: Nieder mit der SED | Freie Wahlen | Freilassung aller/politischen Häftlinge | Rücktritt der Regierung | Abzug der Besat-/zungstruppen aus Deutschland und Wiedervereinigung./Der Aufstand wurde durch den Einsatz sowjetischer Panzer blutig/niedergeschlagen und so die Herrschaft der SED in den folgenden/Jahrzehnten gesichert./Erst durch die friedliche Revolution im Oktober/November 1989/fand die Idee von Einheit und Freiheit ihre unverhoffte Vollendung.

Standort: Elmshorn, am Probstenfeld

Berlin-Stein

Fehmarn. Zur Erinnerung an Berlin als Hauptstadt eines ungeteilten Deutschlands wurden in einer Reihe von Städten der Bundesrepublik Deutschland in den 1950er und 1960er Jahren „Meilensteine“ errichtet, die eine Entfernungsangabe des Ortes von Berlin angaben. In Burg auf der Insel Fehmarn wurde dieses Gedenken mit dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR verbunden. Das Inselkuratorium Unteilbares Deutschland rief die Bevölkerung am 16. Juni 1960 zu einer Kundgebung auf. Mit einer Feierstunde sollte der „Tag der Deutschen Einheit“ begangen werden. Dabei bekannten sich die Teilnehmer zur Unteilbarkeit des deutschen Volkes und erinnerten an die Opfer des Volksaufstandes von 1953 in der DDR. Nach der von Schülern der Mittelschule Burg gestalteten Gedenkfeier wurde an einer Doppeleiche eines zentralen Platzes in Burg ein Gedenkstein zur Erinnerung an die Tapferkeit der Berliner Bevölkerung und als Symbol des Freiheitswillens der Deutschen enthüllt. Der „Meilenstein“ enthält den Berliner Bären als Wappentier und die Inschrift „Berlin / 395 km“. Der Platz neben der Doppeleiche wurde bewusst gewählt, da diese 1898 nach dem Motiv „Up ewig ungedeelt“ gepflanzt und als Symbol der Unteilbarkeit Schleswigs und Holsteins an den Schleswig-Holsteinischen Krieg von 1848 erinnert.

Inschrift: Berlin / 395 km
Standort: Fehmarn, Breite Straße / Sahrensdorfer Straße

Mit der Errichtung des Berlin-Meilensteines wurde auf Fehmarn auch das Gedenken an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 verbunden. © Timo Jädke

Berlin-Gedenkstein

Lütjenburg. Am 29. September 1959 beschloss die Lütjenburger Stadtverordnetenversammlung auf Initiative von Ludolf Süßenguth die Aufstellung eines Berlin-Gedenksteines, der an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR erinnern sollte. Bis zum Jahr 1989 wurde auf dem Marktplatz von Lütjenburg alljährlich mit einer Veranstaltung an den Volksaufstand gedacht. Nach 1961 kam die Erinnerung an den Mauerbau hinzu. Anlässlich des 15. Jahrestages des Falls der Berliner Mauer wurde in einer gemeinsamen Veranstaltung mit der mecklenburg-vorpommerischen Partnerstadt Sternberg der Gedenkstein um das Datum des 9. November 1989 ergänzt.

Inschrift: 17. Juni 1953 / 13. August 1961 / 9. November 1989
Standort: Lütjenburg, Markt

1987 entstandene Aufnahme des Berlin-Gedenksteins zur Erinnerung an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953. © Stadt Lütjenburg, Stadtbildarchiv

Seit dem 17. Juni 2006 erinnert in Gera eine Gedenkplatte an die Ereignisse des Volksaufstands 1953. © Stadt Gera / Miriam Vinzelberg

Thüringen

Gedenkplatte zur Erinnerung an den 17. Juni 1953

Gera. Die Stadt gehörte zu den mehr als 700 Städten in der DDR, in denen insgesamt eine Million Menschen am 17. Juni 1953 streikten und demonstrierten. Hier traten an diesem Tag um 10.30 Uhr bereits 6.500 Arbeiter in den Streik. Sie zogen zu mehreren Betrieben und forderten die Arbeiter dazu auf, sich anzuschließen. Alle größeren Betriebe Geras wurden bestreikt und es wurde ein überbetriebliches Streik-Komitee gebildet. Mehrere Zehntausend Einwohner strömten in die Innenstadt und besetzten das Rathaus, den Rat des Bezirks, die SED-Bezirks- und Kreisleitung, das Volkspolizeigebäude und die Dienststelle des MfS. Vor der Untersuchungshaftanstalt forderten sie die Freilassung der Häftlinge. Etwa 1.000 Menschen drangen schließlich in das Gebäude ein und befreiten 65 Gefangene. Zu den Forderungen der Streikenden gehörten die Rücknahme der Lohn- und Gehaltskürzungen, freie und geheime Wahlen, Presse- und Informationsfreiheit sowie die Auflösung des MfS.

Am Nachmittag fuhren Wismut-Arbeiter mit Losungen wie „Nieder mit der Regierung!“ und „40% HO-Preissenkung!“ durch die Stadt. Polizeiwagen wurden zerstört, Einheiten der Kasernierten Volkspolizei entwaffnet und es wurde geschossen, bis die sowjetische Armee einschritt und die Stadt abriegelte.

Anlässlich des 53. Jahrestages des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 in der DDR wurde auf Initiative des Zeitzeugen Peter Große und mit Unterstützung der Stadt Gera sowie der Gedenkstätte Amthordurchgang eine Gedenkplatte eingeweiht. Sie befindet sich auf dem Gehweg in der Rudolf-Diener-Straße vor dem Landgericht.

Inschrift: In Erinnerung an / den Volksaufstand / 17. Juni 1953 // Stadt Gera // Gedenkstätte Amthordurchgang e. V.

Standort: Gera, Gehweg gegenüber dem Landgericht, Rudolf-Diener-Straße

Horst Walde

3. Februar 1927 – 12. November 1954

Am 17. Juni 1953 wurde im Stahlwerk Silbitz – einem Betrieb, der als Sowjetische Aktiengesellschaft (SAG) geführt wird – gestreikt. Die Streikleitung formulierte die Forderungen: „Freilassung der politischen Häftlinge, Rücktritt der Regierung, Herabsetzung der Preise in den Geschäften der staatlichen Handelsorganisation, Wegfall der Zonengrenzen." Wie die meisten anderen Arbeiter beteiligte sich auch der Fertigputzer Horst Walde an dem Streik. Als er zwei Tage nach der Niederschlagung des Volksaufstandes am 19. Juni seine Schicht wieder antrat und erfuhr, dass die Streikleitung immer noch verhaftet war, setzte er sich dafür ein, durch eine neuerliche Arbeitsniederlegung deren Freilassung zu erzwingen. Am 16. Oktober 1953 äußerte sich Horst Walde offenherzig über die Rückführung der SAG-Betriebe in den Staatsbesitz der DDR. Gegenüber dem Parteisekretär seiner Abteilung merkte er an, dass die Betriebe seitens der sowjetischen Besatzungsmacht von Maschinen und Lagerbeständen leergeräumt übergeben worden waren. Noch am selben Tag informierte der SED-Sekretär des Stahlwerks die Kreisdienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in Eisenberg, die bereits über die Beteiligung Waldes am Volksaufstand informiert war.

Am 28. Oktober 1953 wurde Horst Walde verhaftet und in der Geraer Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit vernommen. Zuvor entließ ihn das Stahlwerk Silbitz „wegen Hetze gegen die Sowjetunion". Das Bezirksgericht Gera verurteilte Walde am 4. Dezember 1953 zu zwei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Sühnemaßnahmen und überstellte ihn in das Gefängnis nach Zwickau. In der Haft litt er unter schweren Depressionen und begehrte gegen die Haftbedingungen auf. Am 12. November 1954 wurde er, am Fensterrahmen hängend, tot aufgefunden.

Auf Wunsch der Witwe fand die Bestattung Horts Waldes in seinem Heimatort Tröglitz statt. Über die näheren Umstände der Verurteilung erfuhr die Familie erst im Zuge des Rehabilitierungsverfahrens im Jahre 1991.

Quellen: Ahrberg, Edda / Hertle, Hans-Hermann / Hollitzer, Tobias & Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Hrsg.) (2004): Die Toten des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953. Münster: LIT Verlag, S. 62–67.

Die Holzplastik im Jenaer Rathaus thematisiert die Geschehnisse des Volksaufstands und des couragierten Widerstands gegen das SED-Regime.
© Bundesstiftung Aufarbeitung / Oliver Boyn

Holzplastik zum Gedenken an die Opfer des 17. Juni 1953

Jena. In der thüringischen Industriestadt Jena kam es zu massenhaften Protesten, die am 17. Juni 1953 eskalierten. Am Vormittag versammelten sich etwa 20.000 Demonstranten, vor allem Arbeiter der Großbetriebe Zeiss und Schott, auf dem Holzmarkt, um sich dem Streikaufruf der Berliner Bauarbeiter anzuschließen. Bei dieser größten Erhebung in Thüringen wurden die SED-Kreisleitung, die Dienststelle des Staatssicherheitsdienstes in der Humboldtstraße und der Sitz des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) gestürmt, wobei es zu heftigen Auseinandersetzungen und Sachschäden kam. 1.500 Menschen drangen gewaltsam in die Untersuchungshaftanstalt ein und befreiten 61 Häftlinge. Kurz darauf begann eine Verhaftungswelle in der Stadt. Zunächst wurden 13 Demonstranten in der SED-Kreisleitung festgenommen, unter ihnen auch Alfred Diener (1927–1953). Am 18. Juni 1953 wurde Alfred Diener als „Rädelsführer des faschistischen Putsches“ durch ein Sondertribunal der sowjetischen Militäradministration (SMAD) in Weimar zum Tode verurteilt und standrechtlich erschossen. Das Todesurteil und dessen öffentlich über Lautsprecherwagen, Rundfunk und Zeitungen bekannt gegebene Vollstreckung dienten der Einschüchterung und Abschreckung.

Im Herbst 1999 wurde im historischen Jenaer Rathaus eine Holzplastik der Bildhauerin Elly-Viola Nahmmacher enthüllt, die den Volksaufstand und den Widerstand gegen das SED-Regime thematisiert. Seit 1993 gibt es eine Alfred-Diener-Straße in Jena. Zudem wurde anlässlich des 50. Jahrestages des Volksaufstandes am 17. Juni 2003 ein Teilstück der Humboldtstraße in „Straße des 17. Juni“ umbenannt.

Standort: Jena, Markt 1

Walter Scheler
18. April 1923 – 19. August 2008

Walter Scheler gehörte zu jenen Sozialdemokraten, die in den dramatischen Stunden des 17. Juni 1953 von ihren Kollegen zu Sprechern gewählt wurden, um die politischen und ökonomischen Forderungen der Belegschaft an die SED-Kreisleitung zu überbringen, und diesen Einsatz teuer bezahlen mussten.

Nach seiner Rückkehr aus englischer Kriegsgefangenschaft war Scheler in die SPD eingetreten und nach der Zwangsvereinigung 1946 Mitglied der SED. Enttäuscht trat er 1949 aus der Partei aus. Im Zuge der „Aktion Ungeziefer“ erfolgte am 6. Juni 1952 die Zwangsumsiedlung der Familie – Scheler lebte mit Frau und Kind

in Sonneberg in der thüringisch-fränkischen Grenzregion – nach Jena. Hier arbeitete der Buchhalter im Juni 1953 in einem Kohlehandel.

Gemeinsam mit anderen begab sich Walter Scheler am 17. Juni in das SED-Kreisleitungsgebäude von Jena-Stadt, um den Protest im Namen seiner Kollegen an dieser Stelle zu formulieren. Dort wurde er wenig später zusammen mit Alfred Diener und Herbert Bähnisch verhaftet, zunächst zur Vernehmung in die Kaserne Löbstedt verbracht und anschließend zum Sitz des Sowjetischen Militärtribunals (SMT) nach Weimar überführt. In einer zehnminütigen, auf Russisch abgehaltenen „Verhandlung" wurde Scheler zu 25 Jahren Lagerhaft verurteilt. Statt nach Sibirien, gelangte Scheler jedoch ins Zuchthaus Bautzen. Im berüchtigten „Gelben Elend" wurde er als einer der „Haupträdelsführer des faschistischen Putsches" bis 1956 in Isolationshaft festgehalten. Erst 1961 kam er durch einen präsidialen „Gnadenentscheid" frei und kehrte nach Jena zurück. Bis zu seiner Berentung konnte er nur in untergeordneten Positionen in verschiedenen Betrieben arbeiten. Bei seiner Entlassung aus der Haft musste er eine Schweigeverpflichtung unterzeichnen. Erst 1990 konnte er über den Volksaufstand und seine Hafterfahrungen offen reden. Die Generalstaatsanwaltschaft erklärte sein Urteil für „rechtstaatswidrig" und in allen Teilen für ungültig, sodass er am 15. November 1993 rehabilitiert wurde. Die Stadt Jena ehrte Walter Scheler 2003 als Ehrenbürger.

Quelle: Voigt, Hainz (2003): Walter Scheler – Die Courage des Augenblicks, in: Mählert, Ulrich (Hrsg.): Der 17. Juni 1953. Ein Aufstand für Einheit, Recht und Freiheit, Bonn: Verlag J.H.W.Dietz, S. 209–214; Kowalczuk, Ilko-Sascha (2010): Scheler, Walter, in: Müller-Enbergs, Helmut / Wielgohs, Jan / Hoffmann, Dieter et al. (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? Ein Lexikon ostdeutscher Biographien, Berlin: Ch. Links Verlag, online unter: https://t1p.de/niqlq.

Seit dem 17. Juni 2002 erinnert im Jenaer Löbdergraben eine Gedenktafel an die Ereignisse des Volksaufstands 1953 in der Stadt.
© Bundesstiftung Aufarbeitung / Oliver Boyn

Gedenktafel zum 17. Juni

Jena. Neben der Holzplastik zum Gedenken an die Opfer des 17. Juni erinnert in Jena auch eine Gedenktafel an die Ereignisse jenes Tages in der Stadt. Insbesondere dem Schicksal von Alfred Diener wird gedacht. Der 26-jährige Schlosser Alfred Diener gehörte zu den 20.000 Demonstranten auf dem Jenaer Holzmarkt, die sich dem Streikaufruf der Berliner Bauarbeiter anschlossen und mehrere staatliche Gebäude besetzten. Gemeinsam mit Delegierten der Kohlearbeiter drang Diener in die SED-Kreisleitung ein und redete auf den Ersten Sekretär der Kreisleitung ein. Sowjetische Besatzungstruppen fuhren auf und verhafteten ihn. Er wurde nach Weimar gebracht, dort von einem sowjetischen Militärtribunal zum Tode verurteilt und am 18. Juni 1953 hingerichtet.

Auf Initiative der Stadt Jena und mit Unterstützung der Jenaer Geschichtswerkstatt wurde die Gedenktafel am 17. Juni 2002 enthüllt.

Inschrift: Am 17. Juni 1953/standen in Jena 20.000 Menschen/für die Veränderung ihrer Gesellschaft auf./Der Aufstand wurde niedergeschlagen./Alfred Diener (26 Jahre) wurde als angeblicher Rädelsführer/standrechtlich erschossen.

Standort: Jena, Löbdergraben

Kurt Unbehauen
Lebensdaten unbekannt

Unter den Demonstranten in Jena befand sich auch der 39-jährige Kurt Unbehauen aus Maua, einem kleinen Dorf in der Nähe Jenas.

Er war Mitglied der SED, Vorsitzender der örtlichen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) und des Gemeinderates in Maua. Mehrere Wochen vor dem Aufstand am 17. Juni 1953 war sein Stiefvater aufgrund eines gewaltsamen Konflikts um die Enteignung der elterlichen Molkerei und Landwirtschaft verhaftet worden. Daraufhin flüchtete Unbehauen nach West-Berlin. Nach den Beschlüssen des SED-Politbüros zum „Neuen Kurs" vom 11. Juni 1953 kehrte er wieder nach Maua zurück. Am Morgen des 17. Juni 1953 fuhr er nach Jena, um seinen Stiefvater zu suchen, der bei der Erstürmung des Gefängnisses freigekommen war.

In der Nähe von Dessau wurde Unbehauen an einer Straßensperre festgenommen und nach Gera zum Verhör durch sowjetische Militärangehörige verbracht. Am 22. Juni 1953 verurteilte ihn der 1. Strafsenat des Bezirksgerichtes Gera zu einer lebenslänglichen Zuchthausstrafe. Kurt Unbehauen verbüßte elf Jahre in Haftanstalten in Waldheim und Brandenburg. 1964 konnte ihn die Bundesregierung freikaufen.

Quellen: Spengler, Jochen: Brennpunkt Jena, in: Deutschlandfunk vom 02.06.2003, online unter: https://t1p.de/qisy1; „Zeitzeugenbericht von Kurt Unbehauen", in: Lange, Peter/Roß, Sabine (Hrsg.) (2004): 17. Juni 1953 – Zeitzeugen berichten. Protokoll eines Aufstands. Münster: LIT Verlag, Audiobeitrag online unter: https://t1p.de/x0a85; Lange, Peter: Die Abrechnung, in: Deutschlandfunk vom 07.06.2003, online unter: https://t1p.de/jhu4j.

Alfred-Diener-Straße

Jena. Seit April 1991 trägt eine Straße in Jena am Lobeda West-Park den Namen Alfred Dieners (1.2.1927 – 18.6.1953). Die Benennung der zuvor namenlosen Straße in „Alfred-Diener-Straße“ erfolgte auf Initiative des „Sonderausschusses Straßennamen/Ehrenbürger“ der Stadtverordnetenversammlung Jena.

Der gebürtiger Jenaer Alfred Diener beteiligte sich am Volksaufstand des 17. Juni 1953 in seiner Heimatstadt. Bereits einen Tag später wurde Diener als angeblicher „Rädelsführer des faschistischen Putsches“ durch ein sowjetisches Militärtribunal in Weimar zum Tode verurteilt und standrechtlich erschossen. Im Jahr 1995 wurde Diener durch den Generalstaatsanwalt der Russische Föderation vollständig rehabilitiert.

Auch in Weimar befindet sich seit 1993 eine „Alfred-Diener-Straße“ und seit 1996 auch eine Gedenktafel zur Erinnerung an Diener am Gebäude der Polizeiinspektion.

Inschrift: Beteiligt am Volksaufstand des 17. Juni 1953 in Jena / Geboren am 1. Februar 1927 in Jena – am 18. Juni 1953 in Weimar hingerichtet
Standort: Jena, am Lobeda West-Park

Im Jenaer Lobeda West-Park ist seit 1993 eine Straße nach Alfred Diener benannt.
© Bundesstiftung Aufarbeitung / Oliver Boyn

Gedenktafel für Otto Reckstat

Nordhausen. Auf Initiative der SPD-Fraktion des Stadtrates von Nordhausen erhielt die Brücke zwischen der Halleschen Straße und der Barbarossastraße am 13. Oktober 1998 den Namen Otto-Reckstat-Brücke. Am Brückengeländer sind rechts und links zwei identische Gedenktafeln angebracht. Sie tragen eine Inschrift.

Anlässlich des 50. Jahrestages des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 brachte die Stadt Nordhausen, am 17. Juni 2003, unterhalb einer der beiden Gedenktafeln für Otto Reckstat außerdem eine Blumenschale an. Die Namensgebung ehrt den Sozialdemokraten für sein Engagement als Gewerkschaftsfunktionär, für den er während des Nationalsozialismus mehrmals inhaftiert wurde sowie für seinen Einsatz während des Volksaufstandes, für den er zu einer langjährigen Zuchthausstrafe verurteilt wurde.

Inschrift: Otto-Reckstat Brücke / Otto Reckstat (1898–1983) / Gewerkschaftsfunktionär / Stadtverordneter der SPD bis 1933 / mehrmalige Haft in der NS-Zeit / verurteilt nach dem 17. Juni 1953 / zu 8 Jahren Zuchthaus.

Standort: Nordhausen, Otto-Reckstat-Brücke

Otto Reckstat

11. September 1898 – 22. Juni 1983

Sozialdemokraten wie Otto Reckstat waren das ideale Feindbild der SED-Propaganda. Er war bereits vor 1933 in der SPD und der Gewerkschaft tätig gewesen. 1948 wurde er Mitglied der SED. Bereits 1950 jedoch wegen „Nichtunterzeichnung zur Ächtung der Atombombe“ wieder ausgeschlossen.

Am 17. Juni 1953 wurde in allen Kreisen des Bezirkes Erfurt der Ausnahmezustand verhängt. Zuvor waren in Nordhausen, Erfurt, Herbsleben, Gotha und Waltershausen Arbeiter in den Streik getreten. Reckstat, der seit 1952 als Gewerkschaftsvertrauensmann im Nordhäuser VEB ABUS-Maschinenbau aktiv war, wählte die Belegschaft an diesem Tag zum Streikführer. Nach der Niederschlagung des Volksaufstandes legte er am 8. Juli während einer Belegschaftsversammlung ein 16-Punkte-Programm vor, in dem er u. a. die Aufhebung der Zonengrenzen, die Herabsetzung der Preise in den Geschäften der staatlichen Handelsorganisation sowie die Verbesserung der Arbeitsbedingungen forderte. Dieses Dokument führte am 17. Juli zu seiner Verhaftung. Noch am selben Tag berichtete die SED-Parteizeitung „Neues Deutschland“ ausführlich über den „Provokateur“ Reckstat. Er sei ein „Renegat“, der die Arbeiterklasse in den Dienst des „faschistischen Putsches“ stellen wollte. Der 1. Strafsenat des Bezirksgerichts Erfurt verurteilte ihn am 28. Oktober 1953 als „imperialistischen Agenten“ zu acht Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Sühnemaßnahmen. Nach seiner vorzeitigen Entlassung aus der Strafanstalt Gräfentonna und der Aussetzung der Reststrafe auf Bewährung im Dezember 1956 flüchtete er gemeinsam mit seiner Frau im November 1957 zunächst nach West-Berlin und von dort nach Bremen, wo er im Januar 1958 eine Anstellung bei den Stahlwerken Bremen erhielt. Dort arbeitete er wieder als Elektriker und war in der SPD aktiv. 1963 ging er in den Ruhestand. Otto Reckstat starb am 22. Juni 1983.

Quellen: Hellberg, Rainer / Schmalz, Fritz (2003): Der 17. Juni 1953 in Nordhausen. Die Ereignisse im Landkreis Nordhausen vor, während und nach den Unruhen, Nordhausen: Le Petit, S. 86–88; „Menschen sind aufgestanden, haben Rückgrat gezeigt“, Meldung vom 17. Juni 2003 der Stadt Nordhausen im Harz, online: https://t1p.de/zvewn.

Gedenkstein für Alfred Walter und die Verwundeten des Volksaufstandes in Weida

Weida. Anlässlich des 59. Jahrestages des Volksaufstandes stiftete Walter Frielitz am 17. Juni 2012 im Beisein des Bürgermeisters von Weida, Werner Beyer, einen Gedenkstein in Erinnerung an Alfred Walter, der während der Protestereignisse am 17. Juni 1953 tödlich verwundet wurde. Walter Frielitz selbst überlebte damals als 17-jähriger Berufsschüler eine ihm zugefügte Schusswunde schwer verletzt. An der feierlichen Einweihungszeremonie des Gedenksteines nahm neben zahlreichen Einwohnern und Gästen der Stadt Weida, auch der Enkel des getöteten Alfred Walter, Gen Walter, teil. Er verlas im Rahmen der Gedenkfeierlichkeiten ein Gedicht seines mittlerweile in Japan lebenden Vaters.

Die Stadt Weida hatte Alfred Walter bereits im Jahr 2000 geehrt. Sein Name steht mit auf der Ehrentafel für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft im Eingangsbereich der Widenkirche. Die Bürgerschaft Weidas hatte die Tafel gestiftet.

Inschrift: 17. Juni 1953/Zum Gedenken/an das Opfer/Alfred Walter †/und/den Verwundeten/des Volksaufstandes/in Weida

Standort: Weida, Burgstraße, am Aufgang zur Osterburg

Alfred Walter

13. August 1919 – 17. Juni 1953

Auch in der Kleinstadt Weida bei Gera kam es am 17. Juni 1953 zu Protesten und Demonstrationen gegen das SED-Regime. Die streikenden Arbeiter wurden hier vor allem von Wismut-Kumpeln unterstützt. Gegen Mittag wurde das Rathaus gestürmt. Die darauffolgende Kundgebung blieb aber vergleichsweise friedlich. Gegen Abend eskalierte die Situation, als es zu einem Angriff auf das örtliche Polizeirevier kam. Aus Gera eintreffende Wismut-Kumpel versuchten, zwei im Revier festgehaltene Bergbauarbeiter zu befreien.

Als der Aufstand Weida erreichte, war der 33-jährige Bäcker Alfred Walter verheiratet, und seine Frau war im sechsten Monat schwanger. Er befand sich gerade bei einem Einkauf, als es in der unmittelbaren Umgebung des Polizeireviers zu einem Schusswechsel kam und er – genauso wie der 17-jährige Berufsschüler Walter Frielitz – verwundet wird. Noch am selben Abend erlag Alfred Walter im Krankenhaus seinen schweren Verletzungen.

Der Gedenkstein für Alfred Walter und die Verwundeten des Volksaufstands wurde am 17. Juni 2012 eingeweiht.
© Stadtverwaltung Weida / Bettina Gunkel

Seit 1996 erinnert am Gebäude des einstigen Gerichtsgefängnisses in Weimar eine Gedenktafel an Alfred Diener. © Bundesstiftung Aufarbeitung / Oliver Boyn

Seine Bestattung fand am 23. Juni 1953 in Gera im engsten Familienkreis und unter Beobachtung der Volkspolizei statt. Ein Jahr später verließ Walters Witwe mit ihrem Sohn die DDR. Uwe Walter lebte später als Musiker in Japan. In Erinnerung an seinen Vater, den er nicht mehr kennenlernen konnte, spielte er am 17. Juni 1999 in der Kirche von Weida ein Konzert.

Quellen: Ahrberg, Edda / Hertle, Hans-Hermann / Hollitzer, Tobias & Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Hrsg.) (2004): Die Toten des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953. Münster: LIT Verlag, S. 58–61.

Gedenktafel für Alfred Diener

Weimar. Im Auftrag der Thüringer Staatskanzlei wurde am 18. Juni 1996 am Gebäude des ehemaligen Gerichtsgefängnisses in Weimar, in dem sich heute eine Polizeiinspektion befindet, eine Gedenktafel für Alfred Diener enthüllt. Sie erinnert daran, dass Alfred Diener wegen seiner Teilnahme am Volksaufstand vom 17. Juni 1953 von einem Sondertribunal der sowjetischen Militäradministration zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde.

In Jena wurde 1993 eine Straße nach Alfred Diener benannt.

Inschrift: Einen Tag nach dem Volksauf-/stand vom 17. Juni 1953 wurde/der 26-jährige Alfred Diener aus/Jena in den Morgenstunden von/einem sowjetischen Militär-/tribunal in Weimar zum Tode/verurteilt und standrechtlich/erschossen.// In ehrendem Gedenken/Stadt Weimar

Standort: Weimar, Polizeiinspektion, Carl-von-Ossietzky-Straße 60

Alfred Diener

1. Februar 1927 – 18. Juni 1953

Am Vormittag des 17. Juni 1953 versammelten sich in Jena 20.000 bis 25.000 Demonstranten, vor allem Arbeiter der Großbetriebe Zeiss, Schott und Jenapharm, spontan auf dem Holzmarkt, um sich dem Streikaufruf der Berliner Bauarbeiter anzuschließen. Während dieser größten Erhebung in Thüringen drangen 1.500 Menschen gewaltsam in die Untersuchungshaftanstalt ein und befreiten 61 politische Häftlinge aus dem Gefängnis. Außerdem stürmten die Demonstranten die Dienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in der Humboldtstraße, den Sitz des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes und die SED-Kreisleitung. Als die Demonstranten in das Gebäude eindrangen, war auch Alfred Diener dabei. Der 26-jäjrige Autoschlosser lebte zu diesem Zeitpunkt in Jena, war mit Margot Strauß liiert und hatte einen sechs Monate alten Sohn. Am 19. Juni 1953 sollte seine Hochzeit stattfinden. Doch es kam anders.

Inzwischen hatte eine Verhaftungswelle in der Stadt begonnen. Am frühen Nachmittag gelangten sowjetische Besatzungstruppen auch in das von den Demonstranten belagerte Gebäude der SED-Kreisleitungs. Gemeinsam mit Walter Scheler und Herbert Bähnisch wurde Alfred Diener hier festgenommen, in die Kaserne Löbstedt verbracht und dort verhört. Am 18. Juni 1953 verurteilte ihn ein Sondertribunal der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) in Weimar als angeblichen „Rädelsführer des faschistischen Putsches" zum Tode. Die Hinrichtung fand noch am selben Tag statt. Wie und wo genau Alfred Diener ermordet wurde und was mit seinem Leichnam geschah, ist bis heute ungeklärt. Die Mitteilung über seine Hinrichtung wurde in der Stadt plakatiert sowie über Lautsprecherwagen und mit einer Meldung in mehreren Lokalzeitungen verkündet.

Nach dem 18. Juni schien es so, als wären alle Spuren von Dieners Existenz in der Stadt getilgt: Der Kreismeldekartei war sein Name unbekannt, eine Sterbeurkunde wurde nicht ausgestellt, eine Grabstätte gab es nicht. Nachforschungen wurden aus Angst vor Repressalien nicht durchgeführt. Erst nach der Friedlichen Revolution und dem Zusammenbruch der Sowjetunion, erklärte der Generalstaatsanwalt der Russischen Föderation 1995 das damalige Urteil in allen Teilen für ungültig.

Quelle: Ahrberg, Edda / Hertle, Hans-Hermann / Hollitzer, Tobias & Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Hrsg.) (2004): Die Toten des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953. Münster: LIT Verlag, S. 55–57.

Anlässlich des 60. Jahrestags des Volksaufstandes wurde die Straße am „Industriepark“ 2013 in „Straße des 17. Juni“ umbenannt.
© Stadtverwaltung Weimar

Straße des 17. Juni

Weimar. Die CDU-Stadtratsfraktion in Weimar initiierte zum 60. Jahrestag des Volksaufstandes des 17. Juni 1953 die Umbenennung der Straße „Am Industriepark“ in „Straße des 17. Juni“. Mit der öffentlichen Bekanntmachung der Stadt Weimar vom 28. Oktober 2013 erhielt der neue Straßenname seine Gültigkeit.

Mit der „Straße des 17. Juni“ soll die Erinnerung an den Volksaufstand in der Stadt Weimar auch für zukünftige Generationen bewahrt werden. Das Straßenschild befindet sich in unmittelbarer Nähe des ehemaligen VEB-Mähdrescherwerks, das zu DDR-Zeiten diverse landwirtschaftliche Maschinen herstellte. Sowohl Arbeiter, Angestellte als auch Führungspersonal des Mähdrescherwerks gründeten hier zunächst einen Streikausschuss, der insgesamt 17 Mitglieder umfasste. Bereits seit dem 12. Juni war die Stimmung in Weimar sehr angespannt. Auf Geheiß des SED-Politbüros wurden an diesem Tag 15 politisch inhaftierte Personen, so auch der Besitzer des Hotels „Germania“, aus der Haft entlassen. Nach Berichten des MfS versammelten sich mehrere hundert Menschen vor der U-Haftanstalt, um den Hotelbesitzer unter Beifall zu begrüßen. Dabei äußerten sich die Teilnehmenden auch kritisch gegenüber der Repression durch das SED-Regime. Die Nachrichten aus Berlin am 17. Juni nahmen die Arbeiter des Mähdrescherwerks zum Anlass, zu einer Demonstration um 15 Uhr am selben Tag aufzurufen. Neben der Forderung nach Senkung der Arbeitsnormen soldarisierten sich die Streikenden auch mit den Bauern. Der Start der Demonstration wurde jedoch durch die Verhängung des Ausnahmezustandes und die Bereitstellung von Volkspolizei und Militär verhindert und die 17 Angehörigen des Streikausschusses in Haft genommen. In den folgenden Tagen fanden weitere Streiks statt, die zu Verhaftungen führten und teilweise mit längeren Zuchthausstrafen geahndet wurden.

Standort: Straße des 17. Juni

Anfang

AUSWAHLBIBLIOGRAPHIE

- Ahrberg, Edda / Hertle, Hans-Hermann / Hollitzer, Tobias (Hrsg.): **Die Toten des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953.** Münster: Lit, 2004.
- Apelt, Andreas A. / Engert, Jürgen (Hrsg.): **Das historische Gedächtnis und der 17. Juni 1953.** Halle(Saale): Mitteldeutscher Verlag, 2014.
- Baring, Arnulf: **Der 17. Juni 1953.** 2. Auflage. Stuttgart: Deutsche. Verlagsanstalt, 1983.
- Beier, Gerhard: **Wir wollen freie Menschen sein. Der 17. Juni 1953: Bauleute gingen voran.** Frankfurt a. M.: Büchergilde Gutenberg, 1993.
- Bruhn, Peter: **17. Juni 1953. Bibliographie. 50 Jahre 17. Juni 1953.** Berlin: BWV, Berliner Wissenschafts-Verlag, 2003.
- Ciesla, Burghard (Hrsg.): **„Freiheit wollen wir!" Der 17. Juni 1953 in Brandenburg. Eine Dokumentenedition.** Berlin: Links, 2003. (Forschungen zur DDR-Gesellschaft).
- Diedrich, Torsten / Kowalczuk, Ilko-Sascha (Hrsg.): **„Staatsgründung auf Raten?".Zu den Auswirkungen des Volksaufstandes 1953 und des Mauerbaus 1961 auf Staat, Militär und Gesellschaft der DDR.** Berlin: Ch. Links Verlag, 2005. (Reihe „Militärgeschichte der DDR", Herausgegeben vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt und der BStU; 11).
- Engelmann, Roger / Kowalczuk, Ilko-Sascha (Hrsg.): **Volkserhebung gegen den SED-Staat. Eine Bestandsaufnahme zum 17. Juni 1953.** Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2005. (Analysen und Dokumente; 27).
- Eisenfeld, Bernd / Kowalczuk, Ilko-Sascha / Neubert, Erhart: **Die verdrängte Revolution. Der Platz des 17. Juni in der deutschen Geschichte.** Bremen: Edition Temmen, 2004. (Analysen und Dokumente; 25).
- Fricke, Karl Wilhelm / Engelmann, Roger: **Der „Tag X" und die Staatssicherheit. 17. Juni 1953. Reaktionen und Konsequenzen im DDR-Machtapparat.** Bremen: Edition Temmen, 2003. (Analysen und Dokumente; 24).
- Gehler, Michael / Steininger, Rolf: **17. Juni 1953. Der unterdrückte Volksaufstand. Seine Vor- und Nachgeschichte.** Reinbek: Lau Verlag, 2018.
- Grashoff, Udo: **Der DDR-Volksaufstand vom 17. Juni 1953. Wir wollen freie Menschen sein!** 3. überarbeitete Auflage. Erfurt: Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, 2022.
- Hegedüs, András B. / Wilke, Manfred (Hrsg.): **Satelliten nach Stalins Tod. Der „Neue Kurs". 17. Juni 1953 in der DDR. Ungarische Revolution 1956.** Berlin: Akademie Verlag, 2000. (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin).

- Heidenreich, Ronny (Hrsg.): **„17. Juni 1953". Berichte über den Volksaufstand aus Ostberlin und Bonn**, 3 Bde., Berlin, 2023.

- Heidenreich, Ronny: **Die Organisation Gehlen und der Volksaufstand am 17. Juni 1953/Unabhängige Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes 1945 – 1968.** Marburg, 2013. (Studien/Unabhängige Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes 1945 – 1968; 1).

- Heitmann, Clemens/Schubert, Thomas (Hrsg.): **Der 17. Juni 1953 in Sachsen. Ursachen, Ereignis, Wirkung und Rezeption.** Berlin: Links, 2013. (Forschungen zur DDR-Gesellschaft).

- Herz, Andrea: **Wenn Streik auch Aufstand ist. 17. Juni 1953 in Thüringen. Akteure – Jugendliche – Funktionäre – Panzer.** Erfurt: Thüringer Landesbeauftragte für Stasi-Unterlagen, 2013.

- Karmrodt, Andreas: **Der 17. Juni 1953 in Jena. Volk – Polizei – Partei.** Erfurt: Landesbeauftragte des Freistaates Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der Ehemaligen DDR, 1997. (Der LStU Thüringen informiert: Reihe C).

- Kowalczuk, Ilko-Sascha: **17. Juni 1953 – Volksaufstand in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen.** Bremen: Edition Temmen, 2003.

- Kowalczuk, Ilko-Sascha: **17. Juni 1953.** München: Beck, 2013. (Beck'sche Reihe; 2771: Wissen).

- Krämer, Martin: **Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 und sein politisches Echo in der Bundesrepublik Deutschland.** Bochum: Brockmeyer, 1996. (Dortmunder historische Studien; 17).

- Lähns, Thomas: **Aufstand in Stadt und Land. Der 17. Juni im Bezirk Potsdam.** Norderstedt: BoD – Books on Demand, 2013.

- Lange, Peter/Roß, Sabine (Hrsg.): **17. Juni 1953 – Zeitzeugen berichten. Protokoll eines Aufstands.** Münster: Lit, 2004.

- Lauenroth, Hartmut: **Der 17. Juni 1953 in der Lutherstadt Eisleben. Eine Dokumentation.** Lutherstadt Eisleben, 2013.

- Mayer, Tilman (Hrsg.): **Im „Wartesaal der Geschichte". Der 17. Juni als Wegmarke der Freiheit und Einheit.** Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2014.

- Mählert, Ulrich (Hrsg.): **Der 17. Juni 1953. Ein Aufstand für Einheit, Recht und Freiheit.** Bonn: Dietz, 2003.
- Moczarski, Norbert: **Der 17. Juni 1953 im Bezirk Suhl. Vorgeschichte, Verlauf und Nachwirkungen. Versuch einer historiographischen Skizze anhand archivalischer Quellen.** Erfurt: Landesbeauftragter des Freistaates Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der Ehemaligen DDR, 1996. (Der LStU des Freistaates Thüringen informiert. Reihe C).
- Roth, Heidi: **Der 17. Juni 1953 in Sachsen. Sonderausgabe für die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung.** Köln: Böhlau, 1999. (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung; 11).
- Rupieper, Hermann-Josef (Hrsg.): **„... und das Wichtigste ist doch die Einheit". Der 17. Juni 1953 in den Bezirken Halle und Magdeburg.** Sonderauflage für die Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt. Münster: Lit, 2003. (Forschungen zur neuesten Geschichte; 1).
- Schöne, Jens: **Jenseits der Städte. Der Volksaufstand vom Juni 1953 in der DDR.** Erfurt: Landeszentrale für politische Bildung, 2023.
- Schöne, Jens: Volksaufstand. **Der 17. Juni 1953 in Berlin und der DDR.** Berlin: Berlin-Story-Verlag, 2013.
- Schwabe, Klaus: **Aufstand an der Küste. Ursachen, Verlauf und Ergebnisse des 17. Juni 1953.** Schwerin: Helms, 2003.
- Schwarze, Reiner: **Strausbergs heißer Juni. Versuch einer Begebenheitsanalyse von den Tagen um den 17. Juni 1953 in Strausberg und Umgebung.** 3. erw. und verb. Auflage. Strausberg: Klein, 2010. (StrausbergerStudien zur Geschichte; 44).
- Spittmann, Ilse/Fricke, Karl Wilhelm (Hrsg.): **17. Juni 1953. Arbeiteraufstand in der DDR.** 2. erw. Auflage. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, 1988. (Edition Deutschland-Archiv).
- Wolle, Stefan: **Der 17. Juni 1953.** Erfurt: Landeszentrale für politische Bildung, 2003.

GEOGRAFISCHES REGISTER

- **Alzey** 61
- **Berlin** 21 ff.
  - Charlottenburg-Wilmersdorf 21 ff.
  - Friedrichshain-Kreuzberg 23 ff.
  - Lichtenberg 26 f.
  - Mitte 28 ff.
  - Reinickendorf 34
  - Tempelhof-Schöneberg 35
  - Treptow-Köpenick 36
  - Steglitz-Zehlendorf 37 f.
- **Bitterfeld** 83 ff.
- **Brandenburg an der Havel** 39 f.
- **Braunschweig** 53
- **Calw** 20
- **Darmstadt** 48
- **Delitzsch** 65 ff.
- **Dillenburg** 48 f.
- **Dresden** 68 f.
- **Düren** 58
- **Eisenhüttenstadt** 41 f.
- **Eisleben** 86 ff.
- **Elmshorn** 100
- **Fehmarn** 101
- **Freiberg** 70
- **Gera** 102 f.
- **Gießen** 49 f.
- **Görlitz** 70 ff.
- **Hagen** 58
- **Halle (Saale)** 88 ff.
- **Hannover** 53 f.
- **Hennigsdorf** 42 ff.
- **Jena** 104 ff.
- **Jessen** 91 f.
- **Jever** 54
- **Kahl am Main** 20 f.
- **Koblenz** 62
- **Leipzig** 73 ff.
- **Lübbecke** 59
- **Lüneburg** 55
- **Lütjenburg** 101
- **Magdeburg** 92 ff.
- **Mainz** 63 f.
- **Metelen** 59
- **Neuruppin** 44 f.
- **Niesky** 77
- **Nordhausen** 107 f.
- **Oberhausen** 60
- **Pirmasens** 64
- **Ratingen** 60 f.
- **Rothenburg** 78 f.
- **Sandbostel** 55 f.
- **Sandersdorf** 96 f.
- **Schladen-Werla** 57
- **Selb** 21
- **Seyda** 97 f.
- **Steinhagen** 51
- **Stralsund** 51 f.
- **Strausberg** 45 f.
- **Taucha** 80 f.
- **Teltow** 47
- **Uelzen** 57
- **Weida** 109 f.
- **Weimar** 110 ff.
- **Wimmelburg** 98 f.
- **Zittau** 82

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

- **ABUS** Ausrüstungen für Bergbau und Schwerindustrie
- **BStU** Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
- **BSV** Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V.
- **CDU** Christlich Demokratische Union Deutschlands
- **CVJM** Christlicher Verein Junger Menschen
- **CSSR** Československá Socialistická Republika (Tschechoslowakische Sozialistische Republik)
- **CSU** Christlich-Soziale Union in Bayern
- **DEFA** Deutsche Film-Aktiengesellschaft
- **DD** Dienst für Deutschland
- **DDR** Deutsche Demokratische Republik
- **DGB** Deutscher Gewerkschaftsbund
- **DVP** Deutsche Volkspolizei
- **EVG** Europäische Verteidigungsgemeinschaft
- **FDGB** Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
- **FDJ** Freie Deutsche Jugend
- **HEAE** Hessischen Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge
- **HO** Handelsorganisation
- **IFA** Industrieverband Fahrzeugbau
- **KPD** Kommunistische Partei Deutschlands
- **KVP** Kasernierte Volkspolizei
- **LEW** Lokomotivbau Elektrotechnische Werke
- **LOWA** Lokomotiven- und Waggonfabrik Halle-Ammendorf
- **LPG** Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
- **MfS** Ministerium für Staatssicherheit
- **NAL** Notaufnahmelager
- **NATO** North Atlantic Treaty Association (Nordatlantische Vertragsorganisation)
- **NSDAP** Nationalsozialistische Partei Deutschlands
- **RAW** Reichsbahnausbesserungswerk
- **RIAS** Rundfunk im Amerikanischen Sektor
- **SA** Sowjetische Aktiengesellschaft
- **SBZ** Sowjetische Besatzungszone
- **SED** Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
- **SMAD** Sowjetische Militäradministration
- **SMT** Sowjetisches Militärtribunal
- **SPD** Sozialdemokratische Partei Deutschlands
- **UHA** Untersuchungshaftanstalt
- **UOKG** Union der Opfervereinigung Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V.
- **USA** United States of America (Vereinigte Staaten von Amerika)
- **VEB** Volkseigener Betrieb
- **VOS** Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V.
- **VP** Volkspolizei
- **VPKA** Volkspolizeikreisamt
- **ZAH** Zentrale Aufnahmestelle des Landes Hessen
- **ZK** Zentralkomitee

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG